

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

~~A~~(Ohn-)Macht der Nationalrätinnenó

Ursachen der medialen Unterrepräsentation von Politikerinnen

Verfasserin

Ulrike Klima

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienbuchblatt: A 310 300

Diplomarbeitsgebiet lt. Studienblatt: Publizistik und Kommunikationswissenschaft

Betreuerin: Univ.-Ass. Dr. Johanna Dorer

Danksagung

Dass es tatsächlich zur Ausarbeitung gekommen ist, verdanke ich in erster Linie meiner Diplomarbeitsbetreuerin Univ.-Ass. Drⁱⁿ. Johanna Dorer, die mit einem sehr motivierenden Mail und einer großen Portion Vertrauensvorschuss die Initialzündung für die Fertigstellung dieser Arbeit gab. Großes Dankeschön auch an Prof. Drekonja, Prof. Dvorak und Prof. Hausjell.

Die Entscheidung zum Karenzjahr und meine im ersten Halbjahr äußerst schlafbedürftige Tochter Larissa ermöglichten mir den Schritt zum Abschluss. Als eine überwiegend im Home Office berufstätige, vierfache Mutter von David (16), Niklas (4), Lilly (3) und Larissa (7 Monate) und Ehefrau verließ mich nicht nur einmal der Mut, es zu schaffen.

Dass es nun doch geschafft ist, verdanke ich Menschen wie meinem dreieinhalb Jahre älteren Bruder Herwig, der mir schon vor vierzig Jahren ins Ohr flüsterte: *„Du brauchst nicht weinen, bin eh da“*.

Meinen geliebten Kindern, die all meine Höhen und Tiefen teilweise über Jahre - miterlebt und auch mitgetragen haben.

Meinem geliebten Mann Gero Parfuss, der wohl aus Liebe zu mir eine der schwierigsten Phasen seines Daseins durchlebt und alles mitgetragen hat.

Ingeborg Blattl, die immer an mich glaubte und während meiner Durchhänger nie ein böses Wort verlor.

Meinem großen Bruder Klemens, der mir seinerseits durch Zurückhaltung den Rücken frei gehalten hat.

Ich danke auch meinem Papa, der leider viel zu früh 1975 gestorben ist, mir aber in den ersten Jahren wohl die Flügel gab, mit denen ich lernte zu fliegen.

Der allergrößte Dank gilt meiner Mama, Elfriede Klima, die im dreiwöchigen Finale meiner Schreiberei zur Stelle und auch maßgeblich daran beteiligt war, dass das Chaos zu Hause nicht völlig ausuferte und mir durch ihr Dasein von Kindheit an das Nest gab, aus dem ich stark genug für diese Welt flüchten durfte.

...auf dass es wieder egal sein wird, ob ich beim Vorlesen von Geschichten am Abend einschlafe oder nicht

Danke!

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	6
1.1	Fragestellung	6
1.2	Institutionalisierung der Frauen- und Gleichstellungspolitik	9
1.3	Das erste Frauenministerium in Österreich	9
2	FRAUEN, POLITIK UND DAS ÖSTERREICHISCHE PARLAMENT	12
2.1	Frauen tragen das Österreichische Parlament	12
2.2	Der Nationalrat	15
2.2.1	Zusammensetzung des Nationalrates	16
2.3	Frauen im Nationalrat	16
2.3.1	Die ersten Nationalrätinnen	16
2.3.2	Frauenanteile im österreichischen Nationalrat	18
2.3.3	Parteilpolitische Aspekte zum Frauenanteil	19
2.3.4	AGender Mainstreamingó in den Parlamentsparteien	19
2.3.5	Rekrutierung von Abgeordneten	20
2.3.6	Frauenanteil im Präsidium und in der Präsidialkonferenz	28
2.3.7	Die Präsidialkonferenz	30
2.3.8	Frauenanteil an der Spitze der Parlamentarischen Ausschüsse	32
2.3.9	Zuordnung der Bereichssprecher/innen der Parlamentsklubs	35
3	POLITIK, KOMMUNIKATION UND MEDIEN	37
3.1	Politische Kommunikation	38
3.2	Nonverbale Kommunikation	40
3.3	AGenderó in der politischen Kommunikation	40
3.3.1	AGender managementó	41
3.3.2	ADoing Politicsó	42
3.4	Medienkonstruktion als Teil der politischen Kommunikation	43

4	POLITISCHE BERICHTERSTATTUNG	46
4.1	Geschlechterspezifische Politikberichterstattung	47
4.1.1	Geschlechterspezifische Themenrepräsentanz	47
4.1.2	Unsichtbare Frauen in der Politikberichterstattung ñ Ein internationaler Exkurs	48
4.2	Fakten zur medialen Unterrepräsentation von Politikerinnen	53
4.3	Mediale Repräsentanz von Politiker/innen im Vergleich	57
4.3.1	Geschlechterspezifische Darstellungsdifferenzen in den Nachrichten	57
4.3.2	Personalisierung der mediatisierten Politik	58
5	HINDERNISSE IM MEDIENALLTAG VON POLITIKERINNEN	65
5.1	Politische Perspektiven	65
5.1.1	Überalterung des politischen Begriffs	66
5.1.2	Ungleiche Präsenz von Politiker/innen bei Redezeiten	67
5.1.3	Parteilpolitische Aspekte zum Frauenanteil in den Medien	67
5.1.4	Maskuline Selbstverständigung im Wahlkampf	68
5.2	Mediale Perspektiven	74
5.2.1	Reduzierte Form der Kommunikation	74
5.2.2	Trivialisierung/ Unsichtbarkeit und Nicht-Existenz	77
5.2.3	Öffentlich ist männlich ñ Privat ist weiblich	77
5.2.4	Geschlechterdifferente Bewertung von Politiker/innen	79
5.2.5	Codierungsprozesse in der Nachrichtenberichterstattung	80
5.3	Verzernte Ergebnisse bezüglich Medienrezeptionsverhalten	81
5.3.1	Geschlechterdifferente Mediennutzung	81
5.3.2	Betriebsblindheit in Bezug auf Geschlechterdifferente Mediennutzung	81
5.3.3	Stereotype in der Medienrezeption	82
5.3.4	Geschlechterdifferenzierung durch Einschaltquoten	84
5.3.5	Befragungen und Duale Konzeption	84
6	CONCLUSIO	93
7	ABSTRACT	97

8	LITERATUR	99
9	INTERNETQUELLEN	103
I.	TABELLENVERZEICHNIS	105
II.	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	106
III.	ANHANG	107

1 Einleitung

1.1 Fragestellung

Wird das Parlament von der Wiener Ringstraße aus betrachtet, fällt der erste Blick auf eine Frau – die Pallas Athene. Folgt ein Rundgang um das Parlament, beeindruckt die Frauen, die auf ihren Köpfen das Österreichische Parlament tragen – Die Karythiden. Weil dies die ersten Blickpunkte auf dem Weg zum oder um das Parlament sind, wird auch diesen tragenden Frauen ebenso wie den ersten realen Volksvertreterinnen ein Kapitel gewidmet.

Nachdem sich mein berufliches Feld als Parlamentarische Mitarbeiterin seit beinahe zehn Jahren auf den österreichischen Nationalrat bezieht, stellte sich für mich immer wieder die Frage, warum Politikerinnen, insbesondere Nationalrätinnen in der medialen Welt nicht oder so gut wie nicht aufscheinen. Diese Beobachtung ergab den Anstoß für das Thema *„(Ohn-)Macht der Nationalrätinnen – Ursachen für die mediale Unterrepräsentation Politikerinnen“*.

Dieses Thema wirft folgende konkrete Fragestellung auf:

„Wie kommt es zur Unterrepräsentation, zur medialen Ohnmachtstellung von Politikerinnen in den Medien?“

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, wurden verschiedene Bereiche herangezogen, die maßgeblich an der Unterrepräsentation von Politikerinnen beteiligt zu sein scheinen. Im Zuge dieser Überlegungen ergaben sich vier große Bereiche. Zu diesen Bereichen zählen *„Institutionelle Politik“*, *„Politische Kommunikation“*, *„Rezeptionsverhalten“* als Entscheidungsfaktor für Medienmacher und *„Konkrete Hürden“*, mit denen Politikerinnen im medialen Alltag konfrontiert sind. Um einen konkreten politischen Bezug herstellen zu können, wurde der Nationalrat als Bezugsgröße herangezogen, um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie institutionelle Politik zusammengesetzt wird bzw. sich zusammensetzt. Demgegenüber wird die massenmediale Darstellung betrachtet.

Folgende Hypothese lässt sich aus meinen Überlegungen formulieren:

Die Repräsentanz von Politikerinnen, insbesondere von Nationalrätinnen steigt solange nicht deutlich an, solange die Ungleichheit der Geschlechter in der soziokulturellen Struktur der Gesellschaft zu sehr verhaftet ist.⁶

In Kapitel A Frauen, Politik und das Österreichische Parlament⁶ wird der Bezug zur politischen Institution hergestellt. Der Nationalrat als gesetzgebendes Organ, der auch den Grad an Demokratie eines Landes darstellt, wurde herangezogen. Einerseits, weil die Anzahl an Akteurinnen nicht dem Frauenanteil der Gesellschaft entspricht. Andererseits sehr wohl aber die sozioökonomische und gesellschaftlich-kulturelle Einstellung einer Bevölkerung in der Zuordnung der Funktionen innerhalb des politischen Organs erkennen lässt. Daraus ergeben sich weitere Befunde bezüglich relevanter Bereiche wie Rekrutierungsmechanismen der Parteien, Themenzuordnung der Bereichssprecher/innen, Zusammensetzung der Führungsgremien und auch die Frauenanteile im Bereich der Ausschussvorsitzenden der Parlamentsausschüsse. Inwiefern spielt *gender-mainstreaming* in den Parteien eine Rolle?

Es wird ein Überblick darüber geschaffen, wie viele Frauen im österreichischen Nationalrat ein Mandat inne haben. Da eine der Wurzeln der Unterrepräsentation in den Medien in der politischen Repräsentanz an sich liegt, wird diesem Aspekt ein umfangreiches Kapitel gewidmet. Allein der Weg zu einem Mandat enthält schon die ersten Hürden, die dennoch von einigen Mandatarinnen gemeistert werden und zu ca. 27 Prozent Frauenanteil in der XXIV. Gesetzgebungsperiode (GP) führte.

Im Kapitel II A Politik und Kommunikation⁶ wird erläutert, aus welcher Perspektive Kommunikation betrachtet werden kann. Welche Ziele der Kommunikation werden formuliert? Welchen Stellenwert nimmt *gender* in der politischen Kommunikation ein und was bedeuten Begriffe wie *doing gender* und *gender management* im Kontext mit politischer Kommunikation. Dabei werden auch feministische Theorien erläutert, den Zugang der Medien zur Realität und deren Wiedergabe oder Konstruktion. Dieses Kapitel soll einen Überblick schaffen, wie geschlechterdifferente Medienpräsenz in politischer Kommunikation zustande kommen kann und welche Theorien in der feministischen Kommunikation eine Rolle spielen können.

Dies führt zum Kapitel A Politische Berichterstattung⁶, wo die Unterrepräsentation von Politikerinnen und Nationalrätinnen im Speziellen angeführt wird. Nachdem es um eine

Ungleichheit der Geschlechter geht, ist auch in diesem Kapitel eine geschlechterspezifische Aufarbeitung der politischen Berichterstattung von Relevanz. Dabei werden Themenrepräsentanzen von Nachrichtensendungen untersucht und in Bezug zu den Themenzuordnungen der Bereichssprecher/innen hergestellt. Die Zusammenhänge zwischen den thematischen und hierarchischen Positionen innerhalb des Parlaments, des Nationalrats und der Medienberichterstattungen von Politiker/innen werden herausgearbeitet. Unter besonderer Berücksichtigung der Position der Frau in der politischen Berichterstattung werden auch die Darstellungsunterschiede von Männern und Frauen in den Medien angeführt. Ebenso wie die Personalisierung der mediatisierten Politik spielt in diesem Kapitel auch die Boulevardisierung des Journalismus eine Rolle und führt zu Anknüpfungspunkten an die Ursachen zur Unterrepräsentanz der Nationalrätinnen, welche ins weitere Kapitel münden.

Im vorletzten Kapitel *ÄHindernisse von Politikerinnen im medialen Alltag* werden die direkten Differenzen angeführt, denen Politikerinnen ausgesetzt sind. Erkenntnisse feministischer Medienforschung sind Teil dieses Kapitels. Hier werden im ersten Bereich die konstanten Hindernisse des Medienalltags von Politikerinnen erläutert. Die Hindernisse betreffen einerseits politisch relevante, andererseits medienrelevante Perspektiven. Politisch relevante Bereiche beschreiben z. B. die *ÄUnsichtbarkeit* oder *ÄNicht-Existenz* von Politikerinnen oder die Einteilung in Privaten und Öffentlichen Raum im Sinne von Privat ist weiblich und Öffentlich ist männlich. Im Medienalltag kann dies ein wesentliches Hindernis in Bezug auf Präsenz darstellen, vor allem dann, wenn es um eine geschlechterdifferente Bewertung von Politiker/innen geht. Abgesehen vom Medienalltag werden auch die Auswirkungen auf die Medienpräsenz von Politikerinnen ausgeführt, die in den Wahlkampfbüros *Äproduziert* werden.

Das letzte Kapitel betrifft den gesellschaftlichen Grad an umgesetzter Gleichstellungspolitik, das im Bereich der Entscheidungen in der Medienproduktion widerspiegelt wird. Chefredakteur/innen und Journalist/innen sammeln, selektieren, zensurieren und entscheiden, welche Darstellungen und welche Darsteller/innen, zu Wort kommen oder abgebildet werden. Dabei spielt die Rezipient/innenforschung eine tragende Rolle, da Medienberichterstattung nach Auflagen und Einschaltquoten produziert wird. Dies bedeutet, dass die Erkenntnisse aus der Mediennutzungsforschung Einfluss gebend sind. In dieser Arbeit werden die Untersuchungsart der Befragung und die Konzeption des Dualismus kritisch angemerkt. Eine Studie von Dorer wird explizit angeführt, da die gesellschaftlichen Zusammenhänge mit der

Medienproduktion über die Erkenntnisse aus der Medienrezeption und den damit zusammenhängenden politischen Repräsentanz von Politikerinnen hergestellt werden kann.

1.2 Institutionalisierung der Frauen- und Gleichstellungspolitik

Da ohne Institutionalisierung der Frauen- und Gleichstellungspolitik die Kraft der feministischen Bewegung der 1970er Jahre politisch wesentlich weniger beeinflussbar geblieben wäre, werden an dieser Stelle ein paar Worte zur Institutionalisierung zusammengefasst. (vgl. Rosenberger 2006, 745) Parallel mit der UNO-Frauendekade 1975-84 richtete Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) 1979 gegen den Widerstand der SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs)-Parteigremien und gegen die Kritik der Opposition, die von Verschwendung von Steuergeldern sprach, zwei Staatssekretariate ein, die den Anfang der Institutionalisierung der Frauen- und Gleichstellungspolitik darstellten. Das Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen¹ war im Bundeskanzleramt, das Staatssekretariat für Angelegenheiten der berufstätigen Frauen¹ war im Sozialministerium beheimatet. Dass dafür die Anzahl an Regierungsmitgliedern nicht verringert wurde, alle Männer ihre Positionen weiterhin inne hatten und für die Einrichtung der Staatssekretariate die Zahl der Regierungsmitglieder erhöht wurde, soll nicht unerwähnt bleiben. Dass im Jahre 1983 eines der Staatssekretariate eingespart wurde, zeigt, dass im Zuge von Koalitionsverhandlungen Frauen- und Gleichstellungspolitik diejenigen sind, die sich einer Benachteiligung gegenüberstehen. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003, 216)

1.3 Das erste Frauenministerium in Österreich

1990 zeichnete sich im Zuge der Koalitionsverhandlungen zwischen der SPÖ und ÖVP (Österreichische Volkspartei) die Umwandlung des Frauenstaatssekretariats in ein Bundesministerium für Frauenangelegenheiten ab. Dadurch erlangten Frauen- und Gleichstellungsvertreter/innen im Ministerrat ein Veto-Recht. Mit dem Status des Staatssekretariats war diese Möglichkeit noch nicht gegeben. Dadurch wurden Thematik und auch Anliegen aufgewertet. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003, 216) Auch wenn in den Jahren der ÖVP-FPÖ(Freiheitliche Partei Österreichs)-Koalitionsregierungsperioden (Regierung Schüssel I 2000-2003 u. Regierung Schüssel II 2003-2007)¹ das Frauenministerium zugunsten

¹ www.bka.gv.at, Homepage des Bundeskanzleramts, 1.7.09

eines Männerministeriums aufgelöst wurde, konnte die Gleichstellungspolitik mit dem Regierungswechsel 2006 zur SPÖ-ÖVP-Koalition unter Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ) wieder eine positive Tendenz verzeichnen.

Trotzdem sind Frauen im Allgemeinen und Politikerinnen im Speziellen nach wie vor im Rundfunk und Fernsehen sowie in der Zeitungsberichterstattung unterrepräsentiert.

Auch wenn der Frauenanteil im Österreichischen Nationalrat seit den Nationalratswahlen 2006 im Sinken begriffen ist, das weitere Vordringen von Frauen in der nach wie vor als männlich geltende Domäne, der Politik, ist nicht mehr aufzuhalten.

Dass diese Bewegung langsam vor sich geht, ist an der Entwicklung des Frauenanteils im Parlament nachvollziehbar. Dabei darf nicht vergessen werden, dass erst seit den letzten 90 Jahren Frauen wählen, und vor allem auch aktiv am politischen Geschehen mitwirken dürfen. Dabei war bis in die 1970er Jahre, der Zeit der neuen Frauenbewegung, nicht nur der Anteil an Frauen konstant niedrig. Es durfte zwar im Parlament mitgestimmt werden, allerdings war und ist die Gesellschaft außerhalb des Parlaments, in der sich die Frauen bewegten und bewegen, bis heute von Ungleichheiten geprägt. So ist auch die zahlenmäßige Präsenz der Frauen im Nationalrat nicht dem weiblichen Bevölkerungsanteil von über fünfzig Prozent entsprechend. (vgl. Steininger 2000, 141)

Darüber hinaus werden Arbeiten und Tätigkeiten im Parlament, Aktivitäten in den politischen Bezirken und Wahlkreisen, Umsetzungen von Konzepten und Projekten und dergleichen von Nationalrätinnen kaum mittels Medienpräsenz an die Öffentlichkeit gebracht, der Bevölkerung vorenthalten. Bei parlamentarischen Abstimmungen zählt jede Stimme und insofern darf die damit zusammenhängende Wichtigkeit der Nationalrätinnen ebenso wenig übersehen werden wie die notwendige mediale Präsenz. (vgl. Steininger 2000, 141) 53 Prozent der Österreicher/innen sind Frauen und über fünfzig Prozent der Bevölkerung werden demnach im Parlament von ca. 27 Prozent der Abgeordneten vertreten, die ihrer selbst entsprechen. Über fünfzig Prozent der Bevölkerung werden demnach mittels einer politischen Berichterstattung informiert, die von männlichen Abgeordneten geprägt ist. Selbst dann, wenn der Anteil der Männer in der Bevölkerung geringer ist als der Frauenanteil.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass der geringe Frauenanteil auch auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die Entwicklung der Teilnahme von Frauen an der Öffentlichkeit, am politischen System, bis zur formalrechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter 1918

verboten war. Dies lässt sich im Vereinsgesetz von 1867 (§30) nachlesen, wo geschrieben stand, dass es neben Ausländern und Minderjährigen auch Frauenpersonen verboten war, in politischen Vereinen Mitglied zu werden. Noch gravierender formulierte Deutschland den Ausschluss der Frauen aus dem öffentlichen Leben. Hierbei wurde bis 1908 Schülern, Lehrlingen, Geisteskranken und Frauenpersonen per Gesetz untersagt, in eine politische Partei einzutreten. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003, 211)

Die Gleichheit der Geschlechter im öffentlichen Raum (Pelinka/Rosenberger 2003, 210) schaffen zu wollen, war der erste Schritt zur Teilnahme von Frauen am öffentlichen und politischen Leben. Die Domäne, in die Frauen durch ihren Eintritt in das politische System eindringen, war und ist aufgrund der Geschichte männlich codiert, auf männliche Interessen und Belange ausgerichtet. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003, 210)

2 Frauen, Politik und das Österreichische Parlament

2.1 Frauen tragen das Österreichische Parlament

Im Parlament sind tragende Frauen verankert, die schon vor dem formalrechtlich gestatteten Eintritt von Frauen in den Ablauf der Gesetzgebung ihren Platz an vorderster Linie hatten. Wird auf das Hohe Haus zugegangen, fällt die Frau an der Spitzeposition vor dem Parlament auf. Sie steht nicht nur symbolisch an der Spitze. Es handelt sich um die Pallas Athene, Göttin der Weisheit und Göttin des Krieges und des Friedens. Sie ziert mit dem Monumentalbrunnen und den allegorischen Figuren aus Laaser Marmor (Vollzug der Gesetze, Gesetzgebung, Inn und Donau, Elbe und Moldau) die Vorderseite des Parlaments.²

Wie der gesamte parlamentarische Gebäudekomplex entspricht auch die Pallas Athene dem Stil der Antike. Trotz dem zu dieser Zeit frauenlosen Parlament, war von Beginn an eine weibliche Figur, die die Vorderseite prägen sollte, geplant. Die Göttin Austria sollte aufgrund des Vielvölkerstaates, für welchen das Hohe Haus gebaut werden sollte, nicht erbaut werden. Der passende Hintergrund aus der griechischen Antike sollte die Entscheidung für die Pallas Athene ausfallen lassen.³

Obwohl die Gesetzgebung eine eindeutig männerdominierte Ebene darstellte, sollte eine Frau die Spitze der Vorderseite des Parlaments zieren. Mit Nike, der Göttin des Sieges, wachte sie über die österreichische Reichshälfte, durch die Flüsse Inn, Donau, Elbe und Moldau dargestellt, die zur Zeit der Erbauung des Parlaments Teil der Österreichisch-Ungarischen Monarchie war. In der griechischen Sagenwelt war die Pallas Athene die Vorläuferin der Demokratie. Ein weiterer Grund, warum sie für das österreichische Parlament geeignet war. Auf dem Weg zur Demokratie war Österreich-Ungarn entsprechend der griechischen Göttin in einem Vorläufer-Stadium und deshalb zueinander passend.⁴

Pallas Athene, für Krieg wie auch für Frieden zuständig, schützt mittels Strategie nach außen und mittels Gerichtshof nach Innen. Sie ist Leitbild für eine demokratische, rechtsstaatliche

² www.parlament.gv.at, Homepage des Österreichischen Parlaments, 3.4.09

³ ebenda, 3.4.09

⁴ ebenda, 3.4.09

Verfassung des Staates, der Gewaltentrennung. Der Volksvertretung Österreichs wird mit dieser Göttin ein klarer und kühler Verstand zugeordnet. Philosophen, Rednern und Dichtern (welche zu Beginn im Parlament auch vertreten waren) sollten durch sie geschützt werden. Handwerker, Künstler und Wissenschaftler standen ebenfalls unter ihrem Schutz. Gemeinsam sollte dadurch der Wohlstand des Staates gesichert werden.⁵

Auch wenn sie als die erste Frau im Zusammenhang mit dem Österreichischen Parlament gelten kann, ist es die Symbolik, die bis heute spricht. So zielt sie die parlamentarische Ringseite, wirkt aber nicht in aktivem Handeln, bzw. kann nicht aktiv wirken. Auch wenn ihr sittliche und moralische Werte zugesprochen werden, grundlegende Bürgerrechte und die Möglichkeit einer Willensbildung auf politischer Ebene sollten den Frauen, die den österreichischen Staat in der Realität von Beginn an mittrugen, anfangs zur Gänze verwehrt bleiben.⁶

Im 19. Jahrhundert stand der Frau in keinsten Weise eine staatstragende Position zu. Dem entgegen ist die Göttin der Weisheit eine *ÄMännergleiche*, was einerseits durch die Bezeichnung *ÄPallas*, das dem Jüngling vergleichbares, starkes und edles Mädchen bedeutet. Rüstung, Speer und Schild waren nur den Männern vorbehalten. Entsprechend der Sage als *ÄKopfgeburt* des Zeus werden der Pallas Athene die männlichen Fähigkeiten rationaler Verstand, strategisches Denken sowie Erfindungsgeist zugeschrieben. Weibliche Fähigkeiten wie Natur und Sinnlichkeit wurden dem gegenübergestellt.

Im 19. Jahrhundert entsprach so die Position der Frau in der Gesellschaft nicht den Charakterzügen der Pallas Athene, ist sie doch vielmehr Göttliches im Weiblichen. Die Darstellung erfuhr viele verschiedene Formen in den letzten hundertzwanzig Jahren. Eine sollte auch hier einen Ansatz verdeutlichen. Es handelt sich um eine Göttin, der Wissen, Vernunft und strategisches Talent zugesprochen werden, die damit zum *ÄLeitbild* geistiger Leistungen, gerade auch in der feministischen Wissenschaften *gemacht* wird.⁷

Dazu finden sich auch an der Außenseite des Parlaments ausschließlich Frauen, die das Hohe Haus zu stützen scheinen. Diese Lastenträgerinnen (Karyatiden) aus den verschiedensten Epochen der Geschichte haben eines gemeinsam: Die Last scheint der Anmut und Würde der Karyatiden ñ tragenden Frauen des Parlaments - als weibliche Lastträgerinnen, wie sie

⁵ www.parlament.gv.at, Homepage des Österreichischen Parlaments, 5.4.09

⁶ Ebenda, 5.4.09

⁷ Ebenda, 5.4.09

genannt werden, nichts anzuhaben. Die Gebäckträgerinnen zeigen keine Mühen des Alltags, keine Kraftanstrengung und sind frei von jeglicher Beeinträchtigung durch Arbeit und den damit verbundenen Leiden. Nach dem 19. Jahrhundert fanden sie in der Architektur keinen Platz mehr. Sie verschwanden aus den Stadtbildern des 20. Jahrhunderts. Frauen wanderten in Medien wie Zeitschriften und Magazine wie auch Werbetafeln.⁸

Sind an den beiden Seiten des Brunnens auf der Ringseite des Österreichischen Parlaments, auf dem unter anderem die Pallas Athene zu sehen ist, rotweißrote Flaggen hochgezogen, so deutet dies auf Sitzungstage des Nationalrates, des Bundesrates oder der Bundesversammlung hin.⁹ Dem Nationalrat, vor allem in seiner medialen Repräsentation der weiblichen Abgeordneten wird in dieser Arbeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Das Österreichische Parlament ist die gewählte Volksvertretung, die maßgeblicher Teil der Durchsetzung des demokratischen Prinzips des Staatswesens ist. Abgesehen von der Zeit der Monarchie und der Zwischenkriegszeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ist das Parlament das Gesetzgebungsorgan, welches auch in der Verfassung im Zuge des Rechtsstaatsprinzips verankert ist. Direkt gewählte Volksvertreter/innen im Nationalrat und von den Ländern entsandte Vertreter/innen im Bundesrat wirken in den beiden Kammern des österreichischen Parlaments, dem Nationalrat und dem Bundesrat.¹⁰ Nachdem das Gewicht der Handlungen und Entscheidungen beim Nationalrat angesiedelt ist, liegt der politische Schwerpunkt dieser Arbeit ebenso beim Nationalrat.¹¹

⁸ www.parlament.gv.at, Die Karyatiden, 5.4.09

⁹ www.parlament.gv.at, Ringstraßenansicht ñ Der Monumentalbrunnen mit dem Standbild der Pallas Athene, 5.4.09

¹⁰ www.parlament.gv.at, Das Parlament im demokratischen Rechtsstaat, 20.5.09

¹¹ Ebenda, 20.5.09

2.2 Der Nationalrat

Alle fünf Jahre finden in Österreich Nationalratswahlen statt. Das letzte Mal wählten die Österreicher/innen im September 2008. Als direkt gewählte Volksvertretung üben die 183 Nationalratsabgeordneten auch eine wesentliche Form der Kontrolle aus. Kontrolle erfolgt durch Anfragen (z. B. „Umfahrung Mittersill und Saalfelden“ (2594/J)¹² in schriftlicher oder dringlicher Form an die Regierung. Der Nationalrat kann einzelnen Regierungsmitgliedern in Form eines Misstrauensantrags das Vertrauen entziehen und so ihre Amtsenthebung erzwingen. Entschlüsse geben den einzelnen Abgeordneten die Möglichkeit, konkrete Anliegen wie z. B. „Offensiv-Konzept“ für die „Pinzgau-Bahn“ zu einer westbahneingebundenen, bevölkerungs-, wirtschafts- und tourismusorientierten Normalspurbahn zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (703/A(E))¹³ oder „Erweiterung der Pflegefreistellung für Arbeitnehmer/innen auf die Begleitung ihres Kindes während eines Spitalsaufenthaltes“ (769/A(E))¹⁴ auf politischer Ebene an die Regierung vorzubringen.¹⁵

Sitzungen (Plenum) des Nationalrats sind unmittelbar öffentlich, was bedeutet, dass Besucher/innen der Nationalratssitzung vor Ort zuhören können. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003, 111) Als Forum für die verschiedenen Darstellungen der Parteien und deren politische Positionen gilt in der Nationalratsdiskussion auch für die Verhandlungsgegenstände wie z.B. Anträge, Petitionen, Bürgerinitiativen etc., dass sie öffentlich zugänglich und somit nachlesbar sind. Die Berichterstattung über die Abläufe im Plenum führt zur „Tribünenfunktion“, die ermöglicht, dass Interessierte Informationen direkt aus dem Nationalratssitzungssaal erhalten. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003, 111)

Wird die Legislaturperiode nicht durch Neuwahlen unterbrochen, kommt es nach spätestens fünf Jahren zu regulären Wahlen. Tagungsbeginn ist generell Mitte September bis Mitte Juli des Folgejahres.¹⁶ Dazwischen werden hunderte von Gesetzen beschlossen, an den Bundesrat zur weiteren Abstimmung weitergeleitet um letztendlich vom Bundeskanzler und Bundespräsidenten abgesegnet in Kraft zu treten.

¹² www.parlament.gv.at, Das Österreichische Parlament, 2.7.09

¹³ ebenda, 2.7.09

¹⁴ ebenda, Selbständige Entschliessungsanträge nach Abgeordnete, Mag. Rosa Lohfeyer, 2.7.09

¹⁵ ebenda

¹⁶ www.parlament.gv.at, Nationalrat – Aufgaben und gesetzliche Grundlagen, 15.5.2009

2.2.1 Zusammensetzung des Nationalrates

Derzeit sind 183 Abgeordnete im Österreichischen Parlament. Folgende Parteien sind mit entsprechender Anzahl an Mandaten im Nationalrat vertreten¹⁷:

Tab. 1: Mandatsverteilung im österreichischen Parlament (XXIV. GP)

SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	Grüne	Gesamt
57	51	34	21	20	183

Quelle: www.parlament.gv.at, Das Österreichische Parlament, Zusammensetzung des Nationalrates XXIV. GP, eigene Darstellung, Stand: Mai 2009

2.3 Frauen im Nationalrat

2.3.1 Die ersten Nationalrätinnen

Wie bereits erwähnt dürfen seit 30. Oktober 1918 Frauen Parteien beitreten. Mit 4. März 1919 nahmen die ersten Nationalrätinnen ihren Sitz im Parlament ein. Therese Schlesinger, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Emmy Freundlich, Marie Tusch, Amalie Seidel und Anna Boschek waren die ersten sieben Sozialdemokratinnen, die in den Nationalrat einzogen. Hildegard Burjan war die einzige christlich-soziale Abgeordnete der acht Nationalrätinnen von 1919. (Hauch 1995, 95-96) Die erste Rede einer Abgeordneten fand zum Thema Abschaffung des Adels und seiner Privilegien¹⁹ (Hauch 1995, 21) am 3. April 1919 von Adelheid Popp statt. Der erste Antrag (Nr. 166) einer weiblichen Abgeordneten, Emmy Stradal (Großdeutsche Partei), des österreichischen Parlaments wurde am 25. Jänner 1921 zum Thema Staatliche Subvention der österreichischen Mädchenschulen²⁰ eingebracht und in der Abstimmung angenommen.¹⁸

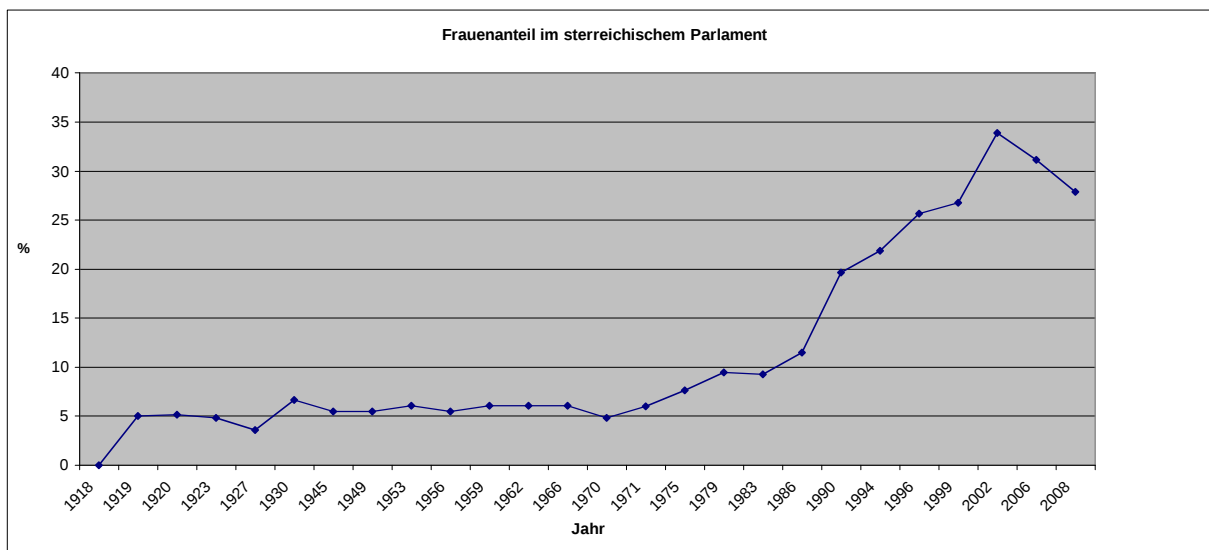
Die Errungenschaft, einer Partei beitreten zu können und in Folge die Möglichkeit, aktiv an der Politik mitzuwirken, stieß nicht immer auf Zuspruch, wie die ersten Eindrücke der ÖVP-Politikerin Marga Hubinek um 1959 zeigen: Die Männer machten mir das Leben schwer, in den ersten Sitzungen grüßte mich keiner, kein Mensch hat mit mir geredet²¹ (Zitat: Marga

¹⁷ www.parlament.gv.at, Zusammensetzung des Nationalrates XXIV. GP, 20.5.2009

¹⁸ „Aber doch wehe, sobald sie zu stimmen begehren“ – 80 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich, Ausstellungskatalog, Parlament Wien 1999

Hubinek (ÖVP), spätere Zweite Nationalratspräsidentin, über den Anfang ihrer politischen Karriere 1959 im 15. Wiener Bezirk (zit. n. Aubauer 2001, 126)) Unter der ÖVP-Landesleitung wurde ihr das Mandat zugeteilt, worauf es eine schriftliche Beschwerde der Politiker auf Bezirksebene gab, die wie folgt lautete, „Welche Schande es sei für einen Arbeiterbezirk, nicht nur eine Frau im Gemeinderat zu haben, sondern sogar eine Akademikerin.“ 1970 übernahm Hubinek ein Nationalratsmandat, worauf der Beginn von einem Satz geprägt war: „Es begann damit, dass ich vertraulich gefragt wurde, ob ich überhaupt kochen könne.“ (zit. n. Aubauer 2001, 126) Dass es überhaupt soweit gekommen ist, dass Frauen politisch passiv oder aktiv zum Zug kommen sollten, sind dem vehementen Bemühungen um das Recht auf Gleichheit über mehr als hundert Jahre hindurch (vgl. Son 2003, 92) Nach diesen Anfängen entwickelte sich der Frauenanteil im Österreichischen Parlament sehr langsam, aber stetig, wie in folgender Grafik deutlich wird.

Abb.1: Die Entwicklung des Frauenanteils im Österreichischen Nationalrat seit 1918



Quelle: www.parlament.gv.at, Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat, eigene Darstellung, Stand: März 2009

Die Entwicklung des Frauenanteils erfolgte in sehr kleinen Schritten. Ein sprunghafter Anstieg an Frauen ist erst 1990 zu erkennen. Die Ursache dafür lässt sich auf die Quotenbestimmung von 25 Prozent und später 40 Prozent zurückzuführen. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003, 214)

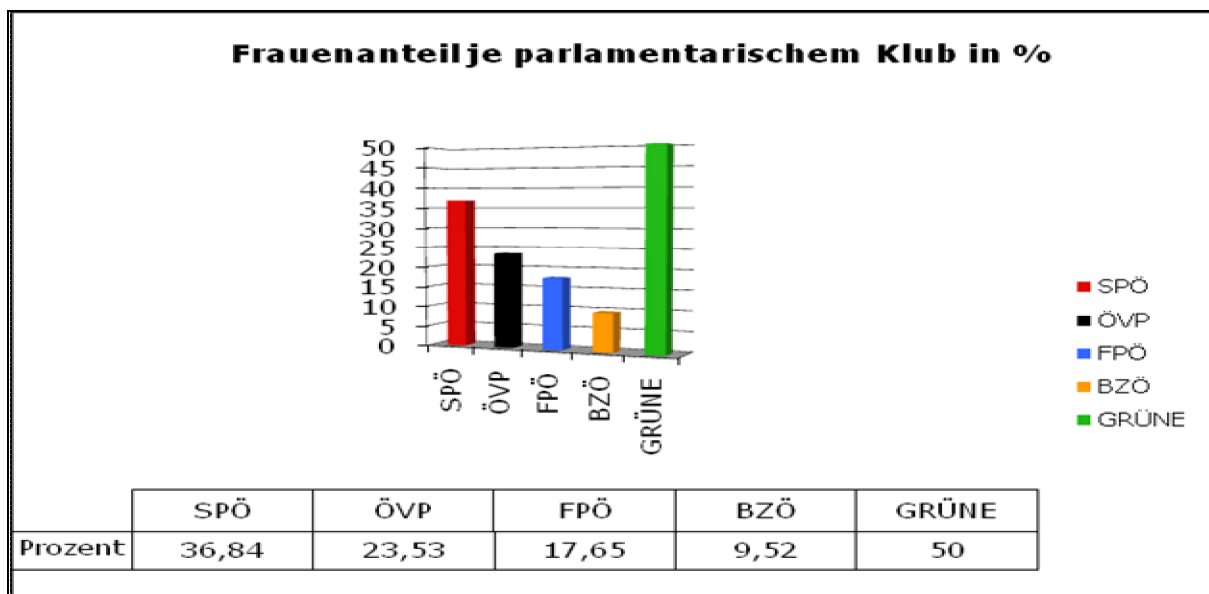
Seit dem kontinuierlichen Ansteigen von 1983 an zeichnete sich erstmals mit dem Ausgang der Nationalratswahlen 2006 ein Absinken des Frauenanteils von 33,88 auf 31,15 Prozent ab. In der XXIV.GP seit den Nationalratswahlen 2008 fiel der Anteil an Frauen im Nationalrat

von 57 weiter auf 51 Abgeordnete. Das bedeutet, dass der Anteil an Frauen seit beinahe zwanzig Jahren wieder unter die 30-Prozent-Marke auf 27,32 Prozent gesunken ist. In der Entwicklung des Frauenanteils in den 90 Jahren seit formalrechtlicher Gleichstellung von Frauen im Parlament zeigt sich, wie langsam der Weg zur realen Gleichstellung im Parlament bestritten wird und dass immer wieder Rückschritte zu verzeichnen sind. Mit Ausnahme der GRÜNEN gibt es bis dato keine Parlamentspartei mit einem Frauenanteil von 50 Prozent oder mehr.

2.3.2 Frauenanteile im österreichischen Nationalrat

Seit den Nationalratswahlen im Herbst 2008 ist der Frauenanteil im Nationalrat auf 27,32 Prozent gesunken. Wie viele Frauen der jeweiligen Klubs ein Mandat im Nationalrat innehaben, sei hier angeführt.

Abb. 2: Frauenanteile in den Parlamentsklubs (in %, XXIV. GP)



Quelle: www.parlament.gv.at, Aktueller Frauenanteil, Eigene Darstellung, Stand: April 2009

Den geringsten Anteil an Frauen hat demnach das BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) mit 9,52 Prozent, gefolgt von der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs). Den höchsten Anteil an Frauen hat die GRÜNE-Partei mit 50 Prozent, gefolgt von der SPÖ (Sozialdemokratischen Partei Österreichs) mit 36,84 Prozent und der Österreichischen Volkspartei mit 23,53 Prozent. Dass der Anteil an Frauen in den Parlamentsklubs relativ gering ist, bleibt somit unbestritten.

In absoluten Zahlen bedeutet dies folgende Aufteilung:

Tab.2: Anzahl der Frauen im Nationalrat (der XXIV. GP)

SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE
21	12	6	2	10

Quelle: www.parlament.gv.at, Frauenanteil im Nationalrat, eigene Darstellung,
Stand: Juli 2009

2.3.3 Parteipolitische Aspekte zum Frauenanteil

Warum Frauen in geringem Maße in der institutionellen politischen Struktur vertreten sind, ist Inhalt dieses Abschnitts. Die Vielfalt der Ursachen ist weitreichend. Einfluss gebend sind auf nationaler Ebene in Österreich in erster Linie soziokulturelle und institutionelle Faktoren. Geschlechtsspezifische Partizipationsmöglichkeiten und Rekrutierungsmechanismen^ó (Steininger 2006, 262), welche zu den institutionellen Einflussfaktoren zu zählen sind, tragen wesentlich dazu bei, wie Politiker/innen innerhalb der Parteistrukturen und im Bereich der Medienrepräsentanz positioniert sind. (vgl. Steininger 2006, 262)

Nach wie vor sind Frauen bezüglich Spitzenpositionen in den Parteien unterrepräsentiert. Die klassische Rolle von Frau in der Politik sieht Steininger in jener der Stellvertreterin des Parteiobmannes bzw. des Parteivorsitzenden^ó. Bis auf wenige Ausnahmen wie der GRÜNEN-Parteiobfrau Drⁱⁿ. Eva Glawischnig-Piesczek und der BZÖ-Klubdirektorin Mag^a. Katharina Peschko-Gruber stehen in allen Parlamentsfraktionen Männer an führender Position. (vgl. Steininger 2006, 263)

2.3.4 Gender Mainstreaming^ó in den Parlamentsparteien

Im Sinne von Gender mainstreaming^ó als Überbegriff für Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsthema in alle Politikfelder, Aktivitäten und Maßnahmenbereiche zu integrieren^ó (Steininger 2006, 263) wäre es als Voraussetzung zu sehen, Geschlechterverhältnisse in Institutionen der Politik nicht nur quantitativ zu fördern sondern auch Ausgewogenheit im Zuge einer innerpolitischen Repräsentation von Themen erreichen zu wollen. (vgl. Steininger 2006, 263) Dass dies derzeit zumindest nicht ausreichend der Fall ist, zeigen die Frauenanteile in den politischen Parteien der Parlamentarischen Klubs.

Im Sinne der Geschlechterdemokratie als Angleiche Präsenz und Partizipation (e) von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen – auch in der Politik – verstanden (Steininger 2006, 263), ist auch an den Repräsentationsmöglichkeiten der Interessen von Politiker/innen in Richtung Ausgeglichenheit zu arbeiten. Geschlechterbias¹⁹ befindet sich auch bezüglich Willensbildung durch Parteiinteressen und Parteizugehörigkeit in der politischen Meinungsbildung. Diese Unterschiede auch zu thematisieren und verschiedene Perspektiven in Entscheidungsgremien Teil davon werden zu lassen, bedeutet zumindest den Weg zu einer zahlenmäßigen Angleichung von Frauen und Männern. (vgl. Steininger 2006, 263)

2.3.5 Rekrutierung von Abgeordneten

Die Rekrutierung von Abgeordneten verläuft zu einem nicht unwesentlichen Teil über die Vorfeldorganisationen. Um einer Geschlechterdemokratie auch nur ein wenig näher zu kommen, wäre eine Angleichung der Anteile an weiblichen Politikerinnen notwendig. Empirisch darstellbar ist die Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Institutionen. Einzig die feministische Partizipationsforschung brachte bislang Ergebnisse, die auf die Ungleichverteilung in der Hierarchie der Politik hinweist. Nicht nur die politische Kultur spielt in Österreich eine wesentliche Rolle bei der Rekrutierung von Politikerinnen sondern auch institutionelle wie auch soziokulturelle Aspekte zeigen neben dem Parteien- und Wahlsystem Einfluss. Nach wie vor gilt für Österreich der Begriff des Demokratiedefizits, da die Rekrutierungssysteme es bislang nicht geschafft haben, Führungspositionen im Nationalrat, Landtag und Bundesrat sowie Regierungsstrukturen der Länder und des Bundes in einem ausgeglichen Verhältnis zwischen Frauen und Männern zu besetzen. (Steininger 2006, 247-248)

Die Art und Weise, wie Frauen rekrutiert werden und an welche politische Position sie gelangen, ist in den einzelnen Parteien unterschiedlich. Diese Verhältnisse stehen damit in Zusammenhang, wie die geschlechtsspezifischen Machtstrukturen innerhalb der Institution aufgebaut sind und ob diese Hierarchie verändert oder beibehalten werden soll. Unterschiedliche vier Methoden zur Erhöhung des Frauenanteils in den einzelnen Parteien waren und sind zu beobachten. Trotz dieser Methoden verlief die Entwicklung im zum einen

¹⁹ Unterschiedliche Ausprägung von Wahrnehmung und Betroffenheit verschiedener Themen bei Frauen und Männern

sehr unterschiedlich veränderten Politikfeld, zum anderen zeigt sich auch hier die konstante Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. (vgl. Steininger 2006, 248)

1. Quotenregelung (SPÖ, GRÜNE)
2. Empfehlungen im Parteiprogramm (ÖVP) und
3. Vorgangsweise keinerlei Regelungen (FPÖ, LIF)

2.3.5.1 ÖVP

Seit 1995 gilt entsprechend dem in diesem Zeitrahmen vereinbarten Grundsatzprogramm, dass mindestens ein Drittel der öffentlichen Mandatare Frauen sein sollen und die politische Kultur frauenfreundlich gestaltet zu werden hat. Tatsächlich ändert dieser Passus im Grundsatzprogramm nicht, dass Spitzenfunktionen in den Parteigremien von Frauen größtenteils unbesetzt bleiben. Zumal ein Grundsatzprogramm wie ein Vorschlag in der Handhabe ist und keine Verpflichtung zur Umsetzung gegeben ist. Vielmehr werden die Gremien durch Funktionäre/innen aus den Bünden besetzt, die ihrerseits die bedeutendsten Rekrutierungsagenturen stellen (vgl. Steininger 2006, 248):

- Bauernbund
- Wirtschaftsbund
- Arbeiter- und Angestelltenbund

Nachdem die drei klassischen Bünde, die ÖVP nahe sind, fast ausschließlich aus Männern bestehen, kann als Schluss daraus gesehen werden, dass die Wahrscheinlichkeit, eine Frau daraus zu rekrutieren, denkbar gering ist. Um in den Gremien Frauen dennoch zu positionieren, ohne Männer zu verlieren, wurden die Anzahl der gesamten Gremiumsmitglieder erhöht. Wesentlich erscheint darüber hinaus, dass die Bünde-Mitglieder darüber hinaus auch z. B. Nationalrats- und Bundesratsmandate innehaben. (vgl. Steininger 2006, 248)

Um die Verhältniszahlen zu veranschaulichen, erscheint unumgänglich, folgendes Zahlenmaterial anzuführen:

Tab. 3: Frauenanteile in der Parteiführung der ÖVP auf Bundesebene 1945-2005

Jahr	Gesamtanzahl der Mitglieder	davon Frauen	Prozentanteil
1946	6	1	16,6
1958	13	1	7,7
1966	19	1	5,3
1975	11	1	9,1
1980	15	2	13,3
1990	21	2	9,5
2000	28	6	21,4
2005	40	9	22,5

Anmerkung: Bis 1991 war die Parteiführung nach der Bundesparteileitung das jeweils zweitgrößte von den drei Führungsgremien. Nach der Reduzierung der Führungsgremien auf zwei handelt es sich um das größte Gremium, dem Bundesparteivorstand. (Steininger 2006, 249)

Quelle: Steininger 2006, 249 nach Steininger 2000, Auskunft der ÖVP-Bundespartei

Im Jahr 2004 waren sämtliche Spitzenfunktionen in männlicher Hand:

- Bundesobmann
- Landesobmänner des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes
- Österreichischer Bauernbund
- Österreichischer Seniorenbund (Steininger 2006, 249)

Nachdem selbst 2005 beim Österreichischen Wirtschaftsbund nur in Wien und Niederösterreich Landesobfrauen waren und die junge Volkspartei eine Frau zur Obfrau hatte, die Landesobleute ausnahmslos männlich waren, ist daraus zu schließen, dass frauenpolitische Inhalte des Grundsatzprogramms aufgrund ihrer fehlenden Verpflichtung, wie es bei Statuten der Fall wäre, weder in den politischen Gremien noch in den Bündnissen bahnbrechende Auswirkungen zeigen. (Steininger 2006, 249)

Tab. 4: Landes- und Bezirksparteiobfrauen und -männer der ÖVP (Stand 2004)

	Anzahl der Positionen insgesamt	Davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Landesparteiobleute	9	1	11,1
Bezirksparteiobleute	142	11	7,8

Quelle: Steininger 2006, 249 nach Österreichischer Politiker-, Parteien- und Bürgermeisterindex 2004/6

Die politischen Spitzenpositionen sind in allen neun Bundesländern marginal mit Frauen besetzt. Wobei 2004 noch eine ÖVP-Landeshauptfrau in Österreich gab. (Steininger 2006, 249) Mittlerweile, 2009, führt keine ÖVP-Politikerin ein Bundesland als Landeshauptfrau an.

Tragender sind die Zahlen betreffend der Bezirksparteiobleute, da diese eine wesentliche Rolle bei der Listenerstellung im Regionalwahlkreis für die Mandatsvergabe bei Nationalratswahlen spielen. Insofern ist die Relation Mann : Frau erkennbar, die zwar unter dem prozentuellen Frauenanteil im ÖVP-Nationalratsklub liegt, jedoch der Medienpräsenz ungleich näher liegt.

2.3.5.2 SPÖ

In der SPÖ wurde auf nachdrückliches Zutun von Frauenorganisationen die Quotenregelung von 20 % im Jahr 1985 auf 40 % im Jahre 1993 angehoben und betraf auch die Gremien der gesetzgebenden Körperschaften. Wobei diese Regelung für den Anteil von Frauen wie auch für den Anteil von Männern gilt. Waren die Verhältnisse Frauen: Männer in den Parteigremien erfüllt und ein Minimum von 40 % Frauenanteil erreicht (vgl. Steininger 2006, 250), erreichte der Frauenanteil im Parlamentsklub, demnach auch im Nationalrat, bis heute 2009 die 40 Prozent-Marke nicht.

Die Tatsache, dass Frauen in den Gremien sind, ist wesentlich. Ebenso maßgeblich ist, welche Positionen in den Gremien von Frauen eingenommen werden. Es wird auch hier deutlich, dass Spitzenfunktionen nach wie vor überwiegend von Männern besetzt werden. Abgesehen von sieben Frauen als Bezirksparteivorsitzende in Österreich sind 107 Bezirksparteivorsitzende 2004 männlich. Bei den Landesparteivorsitzenden gab es 2004 drei SPÖ-Politikerinnen in dieser Funktion und sechs SPÖ-Politiker.

Tab.5: Landes- und Bezirksparteivorsitzende der SPÖ (Stand 2004)

	Anzahl der Positionen insgesamt	Davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Landesparteiobleute	9	3	33,3
Bezirksparteiobleute	114	7	6,2

Quelle: Steininger 2006, 250 nach Österreichischer Politiker-, Parteien- und Bürgermeisterindex 2004⁶

Zur Rekrutierung von Politiker/-innen kommen bei SPÖ Vorfeldorganisationen zum Tragen. Die Spitzenpositionen sind ebenfalls überwiegend mit männlichen Politikern besetzt.

Im Detail sind das Spitzenfunktionärinnen in vier Vorfeldorganisationen:

- Arbeiter-Samariter-Bund
- Mietervereinigung Österreichs
- VSStÖ (Verband Sozialistischer Student/innen Österreichs)
- Österreichische Kinderfreunde. (Steininger 2006, 250)

Männliche Spitzenfunktionäre führen die darüber hinausgehenden elf Vorfeldorganisationen. Auch der Wirtschaftsverband war 2004 ein ñ bis auf eine Ausnahme - reines Männergremium.

Die Funktionen der Vorfeldorganisationen sind folgende:

- Hausmacht und fachliche Kompetenz der Funktionär/innen
- Mit Gewerkschaft und Kammern Aufstiegsetappen in einer politischen Laufbahn
- Dementsprechende Auswirkung auf die Geschlechterverhältnisse in höheren Parteigremien (vgl. Steininger 2006, 251)

2.3.5.3 FPÖ und BZÖ

Bis in die 1980er Jahre war maximal eine Frau im Bundesparteivorstand. Im FPÖ-Bundesparteistatut festgelegte frauenpolitische Regelung, die 1974 vorlag und beinhaltete, dass mindestens eine Frau im Bundesparteivorstand Mitglied sein soll, wurde 1992 aufgehoben und seither keine frauenbefürwortende Regelung eingeführt. Dies bedeutet, dass die FPÖ-Frauenorganisation wenig einflussreich war und ist, auch wenn die weiblichen Mitgliederzahlen in FPÖ-Parteigremien zwischen 10 und 20,5 Prozent lagen bzw. liegen. Bei Reduktionen der Mitgliederzahl der Gremien wurde die Anzahl an Frauen ebenfalls herabgesetzt. (vgl. Steininger 2006, 251)

Die Veränderung der Anzahl an Funktionär/innen stand nach 1986 stark mit Dr. Jörg Haider in Zusammenhang. Dr.ⁱⁿ. Heide Schmidt wurde unter Dr. Haider die erste Generalsekretärin einer Partei. (vgl. Steininger 2006, 251) Allerdings sieht Schmidt ihren Status in der Freiheitlichen Partei vor Jahren aus distanzierter Sichtweise. (vgl. Rossmann 1995, 244) Vielmehr basierte der innerparteiliche Status ihrer Einschätzung nach auch auf der Einstellung „Frau ist mir Mann keine Konkurrenz, und daher kann ich es mir leisten, sie zu respektieren“ (Rossmann 1995, 244) beruhte. Die innerhalb der Partei und somit der Parteispitzenfunktion durchgeführten Wechsel trugen nicht wesentlich dazu bei, dass die Anzahl weiblicher Nationalrätinnen angehoben worden wäre. Ebenso verhielt es sich mit den Frauenanteilen in Bundesparteigremien. Bis 2005 war eine Bundesparteiobfrau an der Spitze der FPÖ, in Bundesparteivorstand und Bundesparteipräsidium wurden weniger Spitzenfunktionärinnen als in den Großparteien gewählt. Von den im Jahre 2004 vorkommenden 121 Bezirksparteivorsitzenden insgesamt, waren 13 Frauen. (vgl. Steininger 2006, 251)

Tab.6: Landes- und Bezirksparteiobfrauen und -männer der FPÖ (Stand 2004)

	Anzahl der Positionen insgesamt	Davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Landesparteiobleute	9	1	11,1
Bezirksparteiobleute	121	13	10,8

Quelle: Steininger 2006, 252 nach Österreichischen Politiker-, Parteien- und Bürgermeisterindex 2004

Das BZÖ, welches 2005 durch Abspaltung von der FPÖ entstand, wuchs nicht aus einer Basisgruppierung heraus sondern wurde von oben gebildet. Nur Kärnten wechselte zum BZÖ, die Landesorganisationen blieben bei der FPÖ. (Filzmaier 2004, 130)

2.3.5.4 GRÜNE

Unbestritten sind die GRÜNEN die Partei der höchsten Durchsetzung von Frauenrechten und Frauenquote bzw. höchsten Anteil an Frauen innerhalb der Gremien und innerparteilicher Organisationen. Nach den ersten Parteistatuten 1987 war der Anteil der Frauen ein sehr großer. Um einen vergleichbaren Überblick zu schaffen, werden auch hier die Zahlen angeführt:

Tab. 7: Landes- und Bezirkssprecherinnen der GRÜNEN (Stand 2004)

	Anzahl der Östeerr.	Davon Frauen	Frauenanteil in %
Bezirksparteisprecherinnen und -sprecher	106	29	27,4

Quelle: Steininger 2006, 253 nach AÖsterreichischer Politiker-, Parteien- und Bürgermeisterindex 2004⁶

Zwar sind die Frauenanteile auf Ebene der Bezirke ebenso gering wie bei den eben beschriebenen Parteien des österreichischen Parlaments. Die Frauenanteile innerhalb der Parteigremien wie z. B. dem Bundesvorstand, wo 2005 der Anteil an Frauen bei 70 Prozent lag, entsprechend höher. (vgl. Steininger 2006, 252)

- Schaffung einer 50%-Mindestfrauenquote auf allen Ebenen in allen gewählten Gremien, öffentliche Einrichtungen sowie Interessensvertretungen
- Bindung der Parteienfinanzierung

2.3.5.5 Verbände und Geschlechterrepräsentation

Im vorparlamentarischen wie auch im parlamentarischen Bereich ist die Miteinbeziehung der sozialpartnerschaftlichen Verbände ein wesentlicher Bestandteil der Gesetzgebung im Hohen Haus. Sie sind nicht nur in die Diskussion eingebunden sondern sind Teil der parlamentarischen Abläufe und Entscheidungsprozesse. Sozioökonomische Interessen werden

speziell in Fragen der Arbeitsmarkt-, der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Kooperation mit den Verbänden in den Gesetzgebungsprozess eingearbeitet. Funktionäre in den Spitzengremien der Verbände gehören teilweise auch dem Nationalrat des österreichischen Parlaments an. Aus der Zusammensetzung der Gremien zeigt sich auch hier eine zahlenmäßige Unterrepräsentation. Dem Präsidium der Wirtschaftskammer gehörte 2005 eine Frau (sechs Personen insgesamt). Die Landwirtschaftskammer zählte zum Präsidium nur Männer. Die fünfzehn Ausschüsse der Landwirtschaftskammer sind 2005 mit Ausnahme einer Frau mit Männern besetzt. Von den männlichen Ausschussvorsitzenden hatten beinahe ein Drittel ein Mandat im Nationalrat oder Bundesrat. (vgl. Steininger 2006, 260)

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist in seinem Präsidium ebenfalls sehr ungleich besetzt. Zwei von insgesamt 10 Präsidiumsmitgliedern sind weiblich. Darüber hinaus werden Verbindungen zum Parlament deutlich, wo Verbandsspitzenfunktionäre zeitgleich Nationalräte sind. Beinahe ein Drittel der männlichen Funktionäre in den Ausschüssen hatte zusätzlich ein Mandat in politischen Gremien wie dem Landtag, Nationalrat oder Bundesrat. Aus dem Präsidium des Gewerkschaftsbundes waren eine Frau und zwei Männer auch im Nationalrat, zwei Abgeordnete zum Landtag und ein weibliches Mitglied zum Bundesrat. (Steininger 2006, 260)

Der Frauenanteil wird entsprechend der Wahllistenerstellung mit gesteuert. Auffallend ist, dass Frauen auf den Wahllisten als sogenannte *AZählkandidaten* geführt werden, was bedeutet, dass die Kandidatinnen auf unwählbaren Listenplätzen gereiht sind, was dazu führt, dass sie durch die Listenposition keine Chance auf Wählbarkeit haben. Steininger beruft sich in ihrem Beitrag auf Neyer (1997), welche dieses Phänomen als *A Werbung um Wählerinnenstimmen* nennt. Unabhängig von Vorzugstimmenwahlkampf ist in erster Linie der Listenplatz für Kandidat/innen entscheidend. (vgl. Steininger 2006, 255)

Warum nach Jahren der Frauenbewegung die Anteile im Parlament dennoch gering sind, lässt sich weiters daraus schließen, dass ein *A Gleichheits- und emanzipationsfeindliches politisches Klima* vorherrscht (Pelinka/Rosenberger 2003, 213). Darüber sind auch in Wahlsystemen wie z. B. Mehrheitswahlrecht systemimmanente Ursachen zu finden, die Frauen marginalisieren.

Pelinka und Rosenberger beziehen sich auf Beate Hoecker (1997), um weitere Gründe für das Ausmaß an politischer Partizipation von Frauen angeführt werden:

- Einführung des Wahlrechts
- Politische Kultur zur Gleichberechtigung und Gleichstellung
- Ausmaß an Berufstätigkeit (Pelinka/Rosenberger 2003, 213)

Nach Hoecker ist die einfache Existenz von Quoten nicht ausschlaggebend, ob mehr Frauen an der Partizipation teilnehmen, sondern die Festlegung der Höhe und der Verbindlichkeit. (Pelinka/Rosenberger 2003, 213). Das bedeutet, dass Quoten nur dann nützen, wenn die Nichteinhaltung Konsequenzen nach sich zieht.

2.3.6 Frauenanteil im Präsidium und in der Präsidialkonferenz

Zu Beginn der Legislaturperiode wählen die Nationalrät/-innen aus ihrer Mitte die drei Nationalratspräsident/-innen. Seit der Nationalratswahl 2008 steht zum zweiten Mal mit Mag^a. Barbara Prammer (SPÖ) an oberster Stelle des Nationalrates eine Frau und leitet die Geschäfte der ersten Kammer des Parlaments. Darüber hinaus erstellt sie in Abstimmung mit dem zweiten und dem dritten Nationalratspräsidenten den Budgetvoranschlag für den Nationalrat und vertritt das gesetzgebende Organ nach außen.²⁰

Weitere Aufgaben gehören zum Tätigkeitsfeld des/der ersten Nationalratspräsident/in²¹:

- Einberufung der Nationalratssitzungen
- Führung der Nationalratssitzungen (abwechselnd mit dem zweiten und dritten Nationalratspräsident) als Vorsitzende
- Einhaltung der Geschäftsordnung und Ausübung des Hausrechts
- Hausrecht des Parlamentgebäudes
- Abwechselnde Vorsitzführung mit Bundespräsident/-in und Bundesratspräsident/-in einer Bundesversammlung^{22 23}

²⁰ www.parlament.gv.at, Präsidium des Nationalrates ñ Aufgaben und gesetzliche Grundlagen, 15.4.09

²¹ ebenda, 15.4.09

²² Drittes parlamentarisches Organ, dem der Nationalrat und der Bundesrat gemeinsam angehören

²³ www.parlament.gv.at, Bundesversammlung ñ Aufgaben und gesetzliche Grundlagen, 3.7.09

Ist der/die Bundespräsident/ in verhindert, erkrankt oder verstorben, so tritt das Präsidium gemeinsam als Vertretung ein.²⁴

Mag^a. Barbara Prammer (SPÖ) ist die erste Frau, die an oberster Stelle des Nationalrats handelt und Führungskraft ist. Bereits zum zweiten Mal obliegt ihr das Gremium des Nationalrats. Trotz der weiblich besetzten obersten Führung des Nationalrates ist die Anzahl der Nationalrätinnen seit dem Nationalratswahlkampf 2006 gesunken. Die Ursachen dafür sind demnach vielschichtiger als sie auf den ersten Blick erscheinen. Zum einen ist eine Ursache, dass seit der letzten Wahl FPÖ und BZÖ enorm an Stimmen zugewonnen haben. Diese Parteien stellen den niedrigsten Anteil an weiblichen Abgeordneten (FPÖ: 17,65; BZÖ: 9,52)²⁵.

Zum anderen werden Nationalratsmandate über drei Durchgänge vergeben, wobei der größte Teil in der ersten Ebene, in den Regionalwahlkreisen, vergeben wird. Nach Steininger ergibt sich für Frauen auf Bundes- und Landesebene eine wesentlich höhere Wahrscheinlichkeit, ein Mandat zu erlangen als die Chance auf ein Direktmandat im Bezirk zu erhalten. Eine Ursache ist in der Parteistruktur in den Regionalwahlkreisen zu finden. Nachdem der Anteil an Bezirksobfrauen und Bezirksobmännern sehr gering ist, ergibt sich daraus der Schluss, dass sehr wenige Frauen über Regionalwahlkreismandate in den Nationalrat gelangen. (vgl. Steininger 2006, 257)

Folgende Voraussetzungen erleichtern den Weg mittels Vorzugsstimmen zu einem Nationalratsmandat (vgl. Steininger 2006, 257):

- Einem hohen Parteigremium angehören
- Bürgermeister/-innenamt
- Spitzenplatz auf der Regionalwahlkreisliste
- Regierungsamt

Letztendlich sagt der zahlenmäßige Anteil der Frauen im Parlament, speziell im Nationalrat, nicht wesentlich aus, ob Frauen auch mitentscheiden können, zumal Entscheidungen oft von

²⁴ www.parlament.gv.at, Präsidium des Nationalrates ñ Aufgaben und gesetzliche Grundlagen, 15.4.09

²⁵ www.spoe.at, Frauenquote im Nationalrat, 30.6.09

einigen wenigen in kleinen Runden getroffen werden. Nichts desto trotz zählen der/die Präsident/-in des Bundesrates wie auch des Nationalrats, Fraktionsvorsitzende im Bundesrat Klubobmänner und Klubobfrauen und die Obmänner und Obfrauen der jeweiligen Ausschüsse zu den Top-Positionen des Österreichischen Parlaments. Die Frauenanteile sind u.a. mitentscheidend für die Medienpräsenz weiblicher Abgeordneter. (vgl. Steininger 2006, 257)

Aus diesem Grund soll hier angeführt werden, wie die Positionen innerhalb der Klubs besetzt sind, um einen Überblick zu bekommen, wo Frauen innerhalb der parlamentarischen Fraktionen positioniert werden.

2.3.7 Die Präsidialkonferenz

Dieses Organ dient der Beratung und setzt sich aus den drei Nationalratspräsident/-innen und den Klubobleuten des Parlaments zusammen. Die Konferenz ist für folgende Führungsaufgaben des Nationalrates zuständig²⁶:

- Erarbeiten der Arbeitspläne des Nationalrates
- Tagesordnungspunkte und Sitzungstermine erstellen
- Abstimmung der Ausschüsse
- Schlichten von Differenzen bei der Verständnisfragen zur Geschäftsordnung

Der Präsidialkonferenz gehören derzeit zwei Frauen – Nationalratspräsidentin Mag^a. Barbara Prammer (SPÖ) und Klubobfrau der GRÜNEN, Drⁱⁿ. Eva Glawischnig-Piesczek – und sechs Männer an. Prozentuell ist ein Viertel der Präsidialkonferenz weiblich, dreiviertel sind männlich.

²⁶ www.parlament.gv.at, Homepage des Österreichischen Parlaments, 15.4.09

Tab.8: Frauenanteile in den Präsidien der Nationalratsklubs gesamt (XXIV. GP)

Parlaments-klub	Klubobmann	Klubobmann-Stv.	Klubdirektoren
SPÖ²⁷	Dr. Josef Cap	Renate Csörgits Mag. Kurt Gassner Mag ^a . Elisabeth Grossmann Mag ^a . Andrea Kuntzl Mag ^a . Christine Muttonen Otto Pendl Heidrun Silhavy Mag ^a . Gisela Wurm Prof. Albrecht Konecny Mag. Gerald Klug Mag. Jörg Leichtfried	Dr. Herbert Ostleitner
ÖVP²⁸	Karlheinz Kopf	Werner Amon Fritz Grillitsch Peter Haubner	Mag. Martin Falb
FPÖ²⁹	Heinz-Christian Strache	Dr ⁱⁿ . Dagmar Belakowitsch-Jenewein Dr. Peter Fichtenbauer Ing. Norbert Hofer Herbert Kickl Lutz Weinzier	MR Mag. Norbert Nemeth
BZÖ³⁰	Josef Bucher	Ursula Haubner Stefan Petzner Herbert Scheibner Mag. Ewald Stadler Ing. Peter Westenthaler	Mag ^a . Katharina Peschko-Gruber
GRÜNE³¹	Mag ^a . Dr ⁱⁿ . Eva Glawischnig-Piescek	Mag ^a . Ulrike Lunacek Mag. Werner Kogler	Gschf. Robert Luschnik ³² Gschf ⁱⁿ . Doris Schmidauer

Quelle: www.parlament.gv.at, Die Parlamentarischen Klubs, Stand: Juni 09, eigene Darstellung

In diesem Fall ist zwar die Spitze des Nationalrats weiblich, doch im beratenden Organ sind dreiviertel Männer vertreten. Diese Tatsache führt weiter zu den Führungskräften der Parlamentsklubs, welche ñ bis auf den GRÜNEN-Klub und BZÖ-Klub ñ durchwegs aus männlichen Akteuren besteht.

²⁷ Auskunft des SPÖ-Parlamentsklubs, 29.6.09

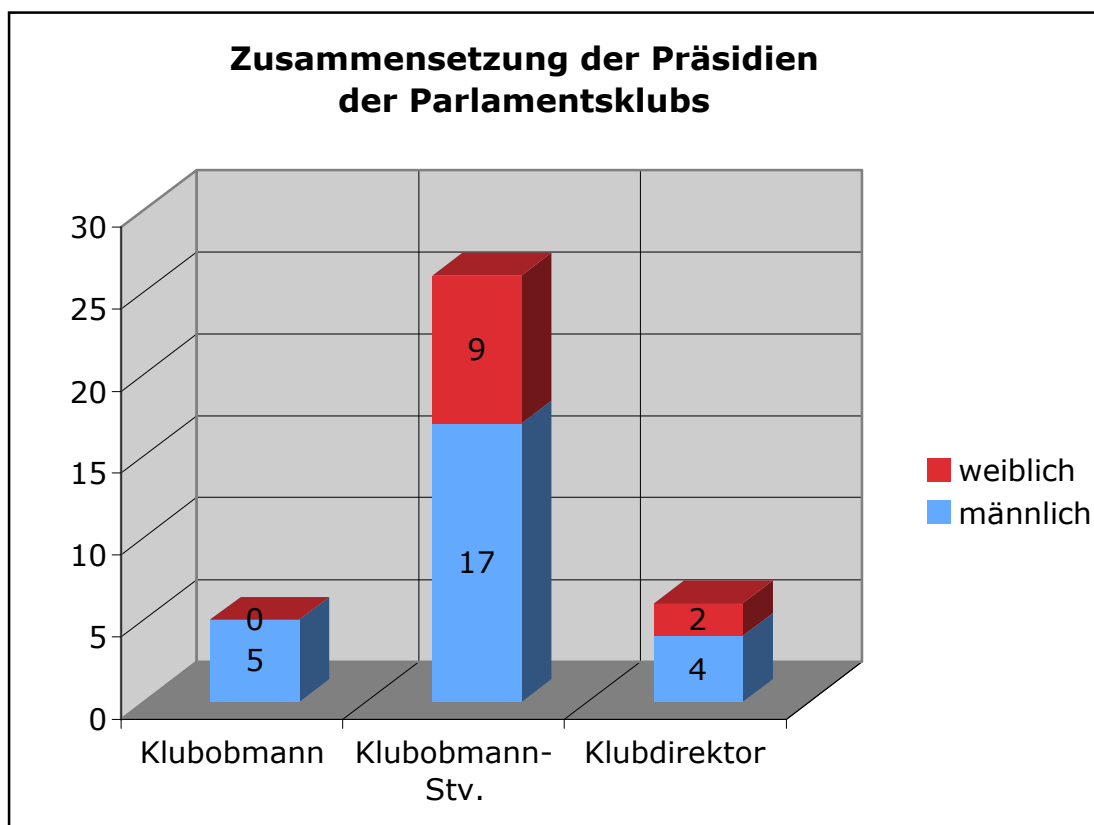
²⁸ www.oevpklub.at/14975/, Homepage des ÖVP-Parlamentsklubs, 27. 6.09

²⁹ Auskunft der FPÖ, 29.6.09

³⁰ www.bzoe-klub.at/klubseite.html, Homepage des BZÖ-Parlamentsklubs, 27.6.09

³¹ Auskunft der GRÜNEN, 29.6.09

³² Die Geschäftsführer/-innen entsprechen den Positionen der Klubdirektoren, Auskunft der Grünen, 29.6.09

Abb.3: Zusammensetzung der Präsidien der Parlamentsklubs (XXIV. GP)

Quelle: www.parlament.gv.at, Nationalrat ñ Mitglieder der Präsidialkonferenz³³,
Stand: Mai 09, eigene Darstellung

Die Klubführung ist mit Ausnahme von Mag^a. Drⁱⁿ. Eva Glawischnig-Piesczek mit Dr. Josef Cap (SPÖ), Karlheinz Kopf (ÖVP), Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Josef Bucher (BZÖ) überwiegend männlich.

2.3.8 Frauenanteil an der Spitze der Parlamentarischen Ausschüsse

Parlamentarische Ausschüsse ermöglichen die intensive, inhaltliche Auseinandersetzung mit den Materien der Gesetzgebung. Die personelle Zusammensetzung der Ausschüsse entspricht in verkleinerter Form der fraktionellen Zusammensetzung des Plenums. Von den einzelnen Parlamentsklubs werden Abgeordnete als Spezialisten der einzelnen Bereiche in die Ausschüsse entsandt. Zusätzlich werden zu den Ausschussmitgliedern Sachverständige und Auskunftspersonen^ó (vgl. Dachs 2006, 147) zur Teilnahme an Ausschusssitzungen und

³³ www.parlament.gv.at/WW/NR/PRAESKONF/PräsidialkonferenzNR_Portal.shtml,
Nationalrat ñ Mitglieder der Präsidialkonferenz, 16.5.09

Unterausschüssen eingeladen, um Blickweisen von Außenó zu hören. (vgl. Scheffbeck 2006, 147)

Ausschüsse als Arbeitsparlament sind Teil der Koexistenz der parlamentarischen Bereiche, welche die differenzierte parlamentarische Organisation aufgrund der Vielfalt der Gesellschaft verdeutlichen. (vgl. Schatz 2002, 149) Der zweite Teil, welcher der Beratung in den Ausschüssen folgt, ergibt sich aus dem Redeparlament, dem Plenum. Ist das Plenum öffentlichkeitswirksam gestaltet, zeigt sich in der Medien- und Fernsehwirksamkeit der Ausschüsse, dass es sich hier nach wie vor um eine generelle Nicht-Öffentlichkeit handelt. (vgl. Schatz 2002, 149)

Werden nun die Vörsitze der Ausschüsse betrachtet, wird die männliche Codierung der politischen Bereiche deutlich. Einen Überblick über diese Annahme soll eine aktuelle Zusammenstellung der Frauenvörsitzenden in Ausschüssen zeigen.

Tab.9: Ausschüsse mit Frauenvorsitz (XXIV. GP)

Ausschuss	Obfrau	Obfraustellvertreter/in
Arbeit und Soziales	Renate Csörgits (S)	Werner Amon (V) Ursula Haubner (B)
Bauten	Ruth Becher (S)	Peter Sonnberger (V) Bernhard Vock (F) Josef Muchitsch (S)
Familie	Ridi Maria Steibl (V)	Mag ^a . Daniela Musiol (G) Gabriele Binder-Maier (S) Anneliese Kitzmüller (F)
Forschung, Innovation und Technologie	Dr ⁱⁿ . Ruperta Lichtenecker (G)	Dr. Martin Graf (F) Ing. Kurt Gartlehner (S) Mag ^a . Karin Hakl (V)
Gesundheit	Dr ⁱⁿ . Dagmar Belakowitsch-Jenewein (F)	Dr ⁱⁿ . Sabine Oberhauser (S) Dr. Erwin Rasinger (V) Dr. Wolfgang Spadiut (B)
Gleichbehandlung	Mag ^a . Gisela Wurm (S)	Martina Schenk (B) Gabriele Binder-Maier (S) Dorothea Schittenhelm (V)
Hauptausschuss	Mag ^a . Barbara Prammer (S)	Fritz Neugebauer (V) Mag. Dr. Martin Graf (F)
Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses	Mag ^a . Barbara Prammer (S)	Fritz Neugebauer (V) Dr. Peter Fichtenbauer (F)
Kultur	Mag ^a . Christine Muttonen (S)	Silvia Fuhrmann (V) Mag. Dr. Wolfgang Zingg (G) Ablinger Sonja (S)
Menschenrechte	Mag ^a . Korun Alev (G)	Marianne Hagenhofer (S) Wolfgang Großruck (V) Renate Csörgits (S)
Umwelt	Dr ⁱⁿ . Eva Glawischnig-Piesczek (G)	Ing. Robert Lugar (B) Petra Bayr (S) Ing. Hermann Schultes (V) Ing. Norbert Hofer (F)
Petitionen und Bürgerinitiativen	Haubner Ursula (B)	Anna Höllerer (V) Mag ^a . Rosa Lohfeyer (S) Dr ⁱⁿ . Susanne Winter (F)

Quelle: www.parlament.gv.at, Österreichisches Parlament, Ausschussfunktionen³⁴, eigene Darstellung, Stand: Juni 09

Von den 38 Ausschüssen und Unterausschüssen der XXIV. GP werden lediglich zwölf von einer Obfrau angeführt. Von diesen zwölf Ausschüssen, deren Vorsitz eine Frau innehat, können der Bautenausschuss, der Hauptausschuss und Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses und der Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie zu den männlich codierten Bereichen gezählt werden, die in dieser Legislaturperiode von Frauen angeführt werden. Allerdings sind die Stellvertreter dieser Ausschüsse bis auf Mag^a. Karin

³⁴ www.parlament.gv.at/PG/AUS/NR/AUS/NR/AUSF/ausfunk.shtml, Ausschussfunktionen, 26.6.09

Hagl (ÖVP) als einzige weibliche Stellvertreterin des Ausschusses für Forschung, Innovation und Technologie durchwegs männliche Kollegen.

Zwölf der 38 Ausschüsse werden ausschließlich von männlichen Abgeordneten geführt, wobei auch die Stellvertreterfunktionen überwiegend von Männern eingenommen werden. Zu den Ausschüssen, wo Vorsitz- und Stellvertreterpositionen ausschließlich von männlichen Abgeordneten besetzt werden, zählen die auch gesellschaftlich nach wie vor als männliche Domänen geltenden Bereiche wie Budget, Finanz, Geschäftsordnung, Landesverteidigung, Land- und Forstwirtschaft, Sport und Verfassung. Einziger Ausreißer scheint der Unvereinbarkeitsausschuss zu sein, der ebenfalls ausschließlich unter männlichem Vorsitz und männlichen Stellvertretern tagt.

Die genauen Ausführungen sind insofern für die Medienöffentlichkeit relevant, als dass in der Funktion als Vorsitzender/e auch die Funktion als Sprecher/in für diesen Bereich wichtig wird. Dies zählt wiederum zu den Kriterien, zu einer Rede im Plenum, welches medienwirksam öffentlich ist, zu kommen. Die Zuteilung erfolgt vor den Plenarsitzungen in den einzelnen Ausschusssitzungen. Entsprechend der Tribünenfunktion des Plenums als Arena der Öffentlichkeit trägt die Tatsache zu einer Thematik zu Wort zu kommen wesentlich dazu bei, auch über die Medienkanäle wie z. B. dem Fernsehen nach außen an die Wähler/innen zu gelangen. Entsprechend niedriger oder höher ist die Wahrscheinlichkeit, zu einem gesellschaftlich wichtigen Thema zu Wort zu kommen. Die Zusammenhänge zwischen Medienpräsenz und Arten/wichtigen sowie Aweichen/unwichtigen Themen werden im Kapitel III. POLITIK, KOMMUNIKATION und MEDIEN näher ausgeführt. Bezugnehmend auf die Zuordnung der Themen innerhalb der Parlamentsfraktionen und in der Kommunikation nach außen sind demnach die entsprechenden Bereichssprecher/-innen von Interesse.

2.3.9 Zuordnung der Bereichssprecher/innen der Parlamentsklubs

Die Bereichssprecher/innen werden zu Beginn der Legislaturperiode in den jeweiligen Parlamentsklubs ernannt. Dabei werden je nach Klubrelevanz Themen festgelegt, die von den entsprechenden Bereichssprecher/innen bearbeitet und nach außen kommuniziert werden.

Tab. 10: Auszug an Bereichssprecher/innen nach Parteien und Themen

	Bereichssprecherinnen	Bereichssprecher
Frauen	Mag ^a . Gisela Wurm (S) Maria Rauch Kallat (V) Carmen Gartelgruber (F) Martina Schenk (B) Mag ^a . Judith Schwentner (G)	
Gesundheit	Dr ⁱⁿ . Sabine Oberhauser (S) Dr ⁱⁿ . Dagmar Belakowitsch-Jenewein (F)	Dr. Kurt Grünewald (G) Dr. Erwin Rasinger (V) Dr. Wolfgang Spadiut (B)
Bildung	Ursula Haubner (B)	Elmar Mayer (S) Werner Amon, MBA (V) Dr. Walter Rosenkranz (F) Dr. Harald Walser (G)
Familie	Gabriele Binder-Maier (S) Ridi Steibl (V) Anneliese Kitzmüller (F) Ursula Haubner (B) Mag ^a . Daniela Musiol (G)	
Soziales/Arbeit	Renate Csörgits (S) Barbara Riener (V) Ursula Haubner (B) Mag ^a . Birgit Schatz (G)	Herbert Kickl (F) Karl Öllinger (G) Sigisbert Dolinschek (B)
Sicherheit/Innere Angelegenheiten		Otto Pendl (S) Günter Kößl (V) Harald Vilimsky (F) Ing. Peter Westenthaler (B) Dr. Peter Pilz (G)
Steuer/Finanzen		Kai Jan Krainer (S) Dr. Günter Stummvoll (V) Lutz Weinzing (F) Josef Bucher (B) Mag. Werner Kogler (G)
Wirtschaft	Dr ⁱⁿ . Ruperta Lichtenecker (G)	Dr. Christoph Matznetter (S) Konrad Steindl (V) Bernhard Themessl (F) Ing. Robert Lugar (B)
Asyl/Ausländer	Angela Lueger (S) Marianne Hagenhofer (S) Mag ^a . Alev Korun (G)	Johann Rädler (V) Oswald Klikovits (V) Dr. Gerhard Kurzmann (F) DDr. Werner Königshofer (F) Mag. Dr. Manfred Maimbacher (F) Gerald Grosz (B) Mag. Rainer Widmann (B) Stefan Petzner (B) Mag. Dr. Wolfgang Zinggl (G)
Verkehr	Dr ⁱⁿ . Gabriela Moser (G)	Christoph Hagen (B) Harald Vilimsky (F) Dr. Ferdinand Maier (V) Anton Heinzl (S)

Anmerkung: Mehrfachnennungen ergeben sich aus der teilweise unterschiedlichen Themendifferenzierung innerhalb der Klubs und der daraus erfolgenden unterschiedlichen Bereichssprecher/innenzuordnung

Quelle: www.parlament.gv.at, Klubs, Bereichssprecher/innen, 15. Juni 09, eigene Darstellung³⁵

³⁵ www.parlament.gv.at/SK/KONTAKT/KLUBS_Portal.shtml, Klubs, 15. Juni 09

Bei den Bereichssprecher/innen zeigt sich in aktuellen Zahlen der XXIV. Gesetzgebungsperiode, dass in Bereichen wie *Familie* und *Frauen* ausschließlich Bereichssprecherinnen verankert sind. Dagegen zeigen sich Bereiche wie *Steuer/Finanzen* und *Sicherheit und Innere Angelegenheiten* nach wie vor als reine Männersache, ebenso kann *Verkehr*, *Wirtschaft* mit den eher als *Weichen* Themen *Gesundheit* und *Bildung* zu den Bereichen gezählt werden, die mehr als 50 Prozent von Männern als politische Akteure in der Funktion als Sprecher die Themen an die Öffentlichkeit im Sinne der Bevölkerung herantragen.

3 Politik, Kommunikation und Medien

Politik wird mittels dreier Dimensionen erklärt: *polity* ñ *politics* ñ *policy*. *Polity* umfasst die Normen und Institutionen der Politik, wo politisches Handeln auf gesellschaftspolitischer Makro-Ebene vor sich geht, die in ihrer Handlungsweise mit den Medien im Zusammenhang steht. Dabei wird von Stefan Wallisch (1995) auch darauf hingewiesen, dass die Machtkonzentration nicht bei der Politik läge, sondern bei den Medien, die ihrerseits versuchen, Einfluss zu nehmen. *Politics* hingegen richtet sein Augenmerk auf die Konfliktstrukturen innerhalb der Politik, wobei die Medienfunktion darin abzielt, dass sie *im* Kräfteverhältnis der politischen Akteure spielen. Der dritte und letzte Bereich, der Politik zu definieren versucht, ist der Begriff von *Policy*, wo die *Verarbeitung* gesellschaftlicher Probleme verstanden (Wallisch 1995, 29) wird. Es handelt sich um die Frage, was wann wo und von wem entschieden. (vgl. Wallisch 1995, 24-29)

Diese Dimensionen des Politikbegriffs stehen in Zusammenhang mit den Massenmedien und politischer Kommunikation als wesentliche Teilbereiche des politischen Entscheidungsprozesses. (vgl. Wallisch 1995, 23)

Politische Kommunikation im Parlament wird durch die vom Volk gewählten Parteienvertreter durchgeführt. Insbesondere der Nationalrat setzt sich aus Mandaten zusammen, die direkt vom Volk gewählt wurden. Diskussionen, die im Nationalrat stattfinden, können mit einer Diskussion unterschiedlicher *Klassen* des Volkes verglichen werden. Die Bevölkerung untergliedert sich ebenso wie der Nationalrat in unterschiedliche Gruppen. Einteilungen können unterschiedlich ausfallen. Ralph Möller orientierte sich an der Einteilung nach Lipset (1962) in eine *Klassische Rechts-Links-Klassifizierung* (Möller 1998, 32),

wobei die Arbeiterklasse in den linken Flügel eingeordnet wird und die Privilegierten Klassen dem rechten Flügel zugeordnet werden. Diese Einteilung soll hier insofern angeführt sein, da sie einen groben Einblick darüber schafft, dass es auch in den parlamentarischen Gremien und Reihen unterschiedliche Meinungen gibt, die auch entsprechend unterschiedlich an die Medien kommuniziert werden kann. (vgl. Möller 1998, 32)

3.1 Politische Kommunikation

Ralph J. Möller beschreibt Politik als Business. Ein Geschäft, indem es darum geht, etwas zu verkaufen, etwas zu vermarkten. Einst eine Ehre heute ein Geschäft, wo politische Inhalte öffentlichkeitswirksam verkauft werden. Vielfach obliegt die Vermarktung der Inhalte Werbe- oder PR-Agenturen, wo bspw. Debattenbeiträge, Ideen oder politische Programme auf Öffentlichkeitstauglichkeit geprüft und verarbeitet werden. (vgl. Möller 1998, 6)

Politische Kommunikation zählt demnach zur öffentlichen Kommunikation, die eine allen zugängliche Kommunikationsplattform darstellt. Die Adressaten der öffentlichen Kommunikation sind Bürger/innen, die entsprechendes Stimmenpotential darstellen und somit eine tragende Rolle im demokratischen System einnehmen. Um die Wähler/innen zu erreichen, ist die Informationsweitergabe in der öffentlichen Diskussion vom politischen Akteur oder der politischen Akteurin so aufzubereiten, dass sie auch annehmbar erscheint. Strategien der Thematisierung und der Überzeugung sind Teil der Kommunikation, die in diesem Fall angelehnt an die Wirksamkeit der Nachrichtenfaktoren (Zeit, Nähe, Status, Dynamik, Valenz, Identifikation) durchgeführt wird. Werden die Inhalte im Kontext vermittelt, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass neue, politische Themenbereiche verstanden werden und Wähler/innen Teil der Bildung von öffentlicher Meinung werden. Insofern ist politische Kommunikation in der Demokratie ein System, in dem die Bevölkerung als Rezipient/innen mit den politischen Akteure/innen in Wechselwirkung steht. (vgl. Pfetsch/Bossert 2006, 203-204) Es scheint der Hauptfokus politischer Akteur/innen auf den Bereich der öffentlichen Kommunikation gerichtet. (vgl. Hofer 2005, 3)

Ziel politischer Kommunikation ist, Wähler/innen zu erreichen um sie zu motivieren, wählen zu gehen und eine entsprechende Entscheidung bezüglich zu wählender Partei zu schaffen. (vgl. Wendt 2003, 7) Insofern ist politische Kommunikation mit einer Absicht verbunden. Diese Absicht, kollektiv bindende Entscheidungen (Vowe 2006, 217) zu erreichen,

unterscheiden die Inhalte politischer Kommunikation von anderen Kommunikationsformen. (vgl. Vowe 2006, 217) Dadurch können die Anforderungen, die an politische Akteurinnen gestellt werden, auf einen kleinen Nenner zusammengefasst werden. Politikerinnen sollten demnach Können in Durchsetzungsfähigkeit, Zielstrebigkeit und Kompetenz aufweisen. Damit treten Politiker/innen so in Erscheinung, dass die Wähler/innen das Gefühl haben, der oder die Kandidat/in könne Herausforderungen annehmen und Probleme lösen. Damit stehen Basisstrukturen politischer Kommunikation im Vordergrund, die folgende Richtwerte umfassen (vgl. Wendt 2003, 7):

- Orientierung an den Interessen der Zielgruppe an Wähler/-innen
- Aufwertung eigener und Abwertung der Standpunkte der Konkurrenz
- Abstimmung auf Medienrelevanz

Im Zeitalter der Massenmedien, insbesondere dem Fernsehen als Massenmedium, ist in erster Linie entscheidend, ob über einen Kandidaten oder eine Kandidatin berichtet wird. (vgl. Wendt 2003, 7) In der Art und Weise und in welchem Kontext Kandidat/innen und in weiterer Form auch Politiker/innen und Nationalrät/innen dargestellt werden, werden Entscheidungen der Wähler/innen beeinflusst. Dies geschieht in der Form der Personalisierung, was bedeutet, dass Ereignisse aus Kultur, Sport, Wirtschaft, Sozialem und, wie in diesem Fall Politik an Geschichten von Personen geknüpft werden um entsprechende Aufmerksamkeit bei den Rezipient/innen zu erreichen. Es kann auch bedeuten, dass Schicksale von Einzelnen oder von bekannten Persönlichkeiten vordergründig abgehandelt werden. Grundsätzlich wird mit Personalisierung die Kombination von Inhalten anhand der Darstellung von Prominenten beschrieben. Das führt mehr und mehr dazu, dass in der politischen Kommunikation der Fokus auf einige wenige Leitfiguren gerichtet wird und die Partei, die Konzepte und Inhalte sowie Programme nicht in diesem ausführlichen Ausmaß vertreten kann. (vgl. Blöbaum 2003, 214-215) Im Zuge der zunehmend voranschreitenden Personalisierung der Medien, wird es zunehmend schwieriger, mit Sachthemen und inhaltlicher Kompetenz medial wirksam zu erscheinen. (vgl. Wendt 2003, 7)

Vielmehr können Faktoren wie nonverbales Kommunikationsvermögen, die bei der Beeinflussung emotionaler Entscheidungen – auch z. B. Wahlentscheidungen – tragende Auswirkungen zeigen, eine erhebliche Rolle spielen. (Wendt 2003)

3.2 Nonverbale Kommunikation

Nonverbale Kommunikation beruht auf Kommunikation ohne Sprachanwendung. Dabei handelt es sich um mehr als den Ausdruck, Gestik und Körperhaltung. Nonverbale Kommunikation umfasst den gesamten Bereich des sprachlosen Austausches, der umfassend Einfluss nimmt, ohne dass dieser Vorgang bewusst wird. Verschiedene Ebenen kommen während des Kommunikationsprozesses zum Tragen. Dazu gehören nonvokale und vokale Bereiche. Zu vokaler Ebene zählen u. a. Lautstärke und Stimmfrequenz, auf nonvokaler Ebene lassen sich Bereiche wie körperliche und materielle Elemente unterscheiden. Die statischen Bereiche der körperlichen Kommunikationsfaktoren betreffen Gesichtsform, Hautfarbe etc., die dynamischen Kommunikationsfaktoren der körperlichen Kommunikationselemente Mimik, Gestik, Körperbewegung etc. (vgl. Fahr 2006, 199) Führen all diese Faktoren im Zuge der nonverbalen Kommunikation im Extremfall dazu, dass Politiker/innen bei Wähler/innen wie auch bei politischen Akteur/innen anderer Parteien einen Sympathiebonus tragen, der selbst bei fehlender berufliche Kompetenz und negativ aufsehererregende Aktionen und Situationen (z. B. eine Affäre) nicht schaden, handelt es sich um den Tefloneffektó. (vgl. Wendt 2003)

3.3 AGenderó in der politischen Kommunikation

Wendt bezieht sich beim Begriff *gender* auf West und Zimmermann (1987) um zwischen sozialem Geschlecht im Sinne von gender und biologischem Geschlecht im Sinne von Sex zu differenzieren. Weibliches und männliches Verhalten wird in Verbindung mit AErwartungen, Emotionen, Einstellungen sowie Verhaltensweisen als Interaktionsprozess im Begriff gender als getrennte Perspektiven beschrieben, deren Handlungskonzept auf struktureller und kognitiver Basis besteht. (vgl. Wendt 2003, 8)

Im politischen Kontext beeinflussen Apolitische, gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen, Regelungen und Traditionen das Frausein bzw. das Mannsein, gestalten Beziehungen und bilden Hierarchienó (Rosenberger/Pelinka 2003, 208). Gender bedeutet in diesem Zusammenhang APlatzzuweiseró, wo der Platz in der Hierarchie, Verteilung von Ressourcen und auch Belastungen zugewiesen werden. In dieser Hinsicht kann die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht hinderlich sein oder fördern. (vgl. Rosenberger/Pelinka 2003, 209) Dieser APlatzzuweiseró beruht auch auf Dimensionen der geschichtlichen, sozialen

und kulturellen Art. Insgesamt geht es bei gender um durch Konstruktion geschaffene Geschlechteridentitäten, die sich als Teil von Prozessen und Repräsentationsprodukten verstehen. (vgl. Dorer/Klaus 2006, 80)

Medial konstruierte Geschlechterstereotypen sind den gesellschaftlich mächtigen Geschlechterkonstruktionen nicht eins zu eins gegenüberzustellen, als dass sie dem Geschlechterdiskurs der Gesellschaft nicht in einer möglichen Geschwindigkeit folgen und gewissermaßen überholt erscheinen. (vgl. Klaus/Dorer 2006, 85)

Frauen- und Gleichstellungspolitik sieht ihre Aufgabe darin, dass Ungleichheiten der negativen Art und Weise in allen Bereichen der Gesellschaft wie z. B. Machtverhinderung an Wichtigkeit verliert. Dazu werden in einem Schritt die ~~A~~vergeschlechtlichung der politischen Institutionen^ó (vgl. Rosenberger/Pelinka 2003, 208-209) in den Vordergrund und sichtbar gemacht und im weiteren Schritt wird daran gearbeitet, Privat und Öffentlich in seiner Verwobenheit politisch klarzustellen und als Notwendigkeit anzuerkennen. (vgl. Pelinka/Rosenberger 2003, 208-209)

3.3.1 ~~A~~Gender management^ó

Doing gender betrifft das soziale Geschlecht, welches durch Interaktion hergestellt wird. Allerdings ist die Trennlinie nicht so scharf, wie dies dadurch vermutet werden könnte. Vielmehr bestätigten Untersuchungen, dass kommunikatives Verhalten von beiden Geschlechtern Grauzonen aufweisen, wo nicht eindeutig eine weibliche oder eindeutig männliche Art des Kommunikationskonzepts aufzuweisen ist. (vgl. Wendt 2003, 8) Dadurch ergibt sich auch die Frage, ob es sich im politischen Feld mehr um ein gender management handelt. Undoing gender würde bedeuten, dass es sich um einen entweder-oder-Bereich handelt. Tragender ist jedoch der Fakt, dass es sich um ein mehr oder weniger-Bereich handelt und dies sei vor allem im politischen Bereich in dieser Form angeführt.

Zumal es sich in der als männliche Domäne geltende Berufssparte Politik zeigt, dass Frauen männliche Darstellungsformen in verbaler und nonverbaler Form aneignen. Auch bezüglich Körperdarstellung und die genannte Kommunikationsform wird versucht, nicht weiblich aufzutreten, es wird versucht, sich so zu in Szene zu setzen, um nicht als ~~A~~weiblich aufzufallen^ó. Nachdem die strikte Kategorisierung zwischen doing gender und undoing gender in der Umsetzung kaum zutreffend ist, sondern mehr eine verschwommene

Darstellung bleibt, ist in diesem Zusammenhang gender management zutreffender. (vgl. Wendt 2003, 9)

Auch wenn diese strikte Trennung in der Anwendung der Darstellung von weiblichen Akteurinnen selbst nicht zielführend erscheint, kann nicht verleugnet werden, dass in den als männlich geltenden Berufen Anforderungen an Verhaltensweisen von Politikerinnen herangetragen werden, die schwer mit Weiblichkeit vereinbar sind, wenn ñ wie im Fall des politischen Feldes ñ Weiblichkeit als unpolitisch gilt. Zusätzlich zu diesem Aspekt des Verhaltens kommt noch hinzu, dass Frauen in der Politik den Balanceakt ihres Daseins als Frau und Politikerin zu schaffen haben. (vgl. Wendt 2003, 10)

3.3.2 ADoing Politics ó

Nach wie vor handelt es sich beim Auftreten von Politiker/innen um eine Kombination zweier Anwendungsbereiche. Zum einen aus der Anwendung verbal ätraditionell Amännlichó besetzter Sprachstrategienö (Wendt 2003, 10) im Kommunikationsverhalten und zum anderen aus der Körpergestaltung heraus in erster Linie Astark femininen Traditionenó gefolgt. Dieser Balanceakt zwischen der Kommunikationsform und der Gestaltung des Äußeren wird zum Bereich des doing politics und doing femininity gezählt. (vgl. Wendt 2003, 10)

Auch die Kleidergestaltung erweist sich hier als schwierig abzustimmender Faktor, wobei auch hier stereotype Auffassungen mit einzubeziehen sind, die bei der Entscheidungsfindung zum Tragen kommen. Frauen in politischen Ämtern und politischen Positionen haben einerseits den Anspruch auf eine seriöse Kleidung als Darstellung ihres Status, ohne dabei Gefahr zu laufen, zu unnahbar und distanziert zu erscheinen. Andererseits besteht bei einer zu starken Betonung des stereotypen Bildes der Weiblichkeit die Gefahr, dass das Erscheinungsbild zu Lasten des Auftretens als kompetente Politikerin geht. Auch Asexuelle Attraktivitätó kann dazu führen, dass Kompetenz abgesprochen wird. (vgl. Wendt 2003, 10) Gender management kann demnach als Gratwanderung zwischen den beiden Bereichen doing politics und doing femininity betrachtet werden.

3.4 Medienkonstruktion als Teil der politischen Kommunikation

Die umfassende Information soll zur freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung im Dienste des mündigen Bürgers und damit zum demokratischen Diskurs der Allgemeinheit beitragen³⁶

Angeht diese Definition, wo zur freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beigetragen werden soll, erscheint bei näherer Betrachtung die Meinungsbildung einer Bevölkerungsgruppe besonders beachtet, da Öffentlichkeit vordergründig dem maskulinen Raum zugeschrieben wird und privat nicht in einer vergleichbaren Aufbereitung vorkommt. Deshalb erscheint die weibliche überwiegend im privaten Bereich zugeschriebene Seite der Meinungsbildung vernachlässigt.

In diesem Absatz der Programmgrundsätze des ORF wird die öffentliche Aufgabe mit dem Ziel der Meinungsbildung einerseits formuliert. Andererseits werden die politischen Akteure/innen über die Medien über Einstellungen und Denkweisen der Bevölkerung, der Wähler/innen in Kenntnis gebracht. Dadurch können die Vorgangsweisen und Strategien sowie Themenfindung entsprechend orientiert ablaufen. Diese Verbindungsfunktion trägt dazu bei, dass dem Wunsch der Wähler/innen Gehör verschafft wird, nachdem Medien Botschaften und Nachrichten vermitteln (vgl. Avenarius 2000, 92). Insofern liegt bei den Medien eine Verantwortung, die bei der politischen Meinungsbildung Kontrolle und Kritik impliziert, indem gesellschaftlich wichtige Problematiken auch mit einer eigenen Meinung kommentiert werden kann. Medien sind demnach zwar zur Unterstützung zur Meinungsbildung aufgerufen, jedoch nicht verpflichtet. Umgekehrt ist der Staat sehr wohl angehalten unter einer entsprechend gestalteten Rechtsform zur Meinungsbildung durch Medien beizutragen. (vgl. Branahl 2006, 202)

Meinungsbildung ist demnach Teil der öffentlichen Arbeit der Medien. Im Kreis des Meinungsbildungsprozesses kann seitens der Medien u. a. der/die Journalist/in gesehen werden. In der Funktion des Gatekeepers agieren Journalist/innen nach verschiedenen Auswahlkriterien. Dabei steht keine persönliche oder individuelle Entscheidung bei der Themenaufbereitung im Vordergrund, sondern es führen vielmehr organisatorische und institutionelle Vorgaben zur Entscheidung, welche Themen wie aufbereitet wann an die Öffentlichkeit transportiert werden. Konkret handelt es sich um Faktoren wie Zeit, Platz,

³⁶ www.ris.bka.gv.at, ORF-Gesetz, Programmgrundsätze, 2.7.09

Profil des Mediums und handwerklichen Regeln, mittels derer agiert wird. Empirisch nachzuweisen sind Inhalte ebenso wie Nachrichtenwerte die zur Verarbeitung führen. (vgl. Beck 2006, 79-80) Darin ist die politische Funktion der Massenmedien zu erkennen. Massenmedien erbringen demnach Leistungen, die der Gesellschaft als politisches System zu vermitteln sind. (vgl. Burkart 2002, 390)

Diese Macht der Medien im Zirkel der Meinungsbildung beeinflusst die Konstruktionen einer Gesellschaft. Dabei ergibt sich die Chance für die Medienwelt, die konstruierte eigene Meinung umzusetzen um die Gesellschaft dahingehend zu beeinflussen, dass Meinungen in einem sozialen Kontext und somit politische Entscheidungen über- bzw. angenommen und durch entsprechende Wahlentscheidungen umgesetzt werden, wie es auch in der politischen Kommunikation als Zielformulierung angeführt ist. Die Zielvorgabe erscheint klar, allerdings wäre es unangemessen, wenn in diesem Zusammenhang von einer Allmacht zu sprechen. Eine völlige Meinungsveränderung zu erreichen, wenngleich es das Gegenüber, in diesem Fall die Rezipient/innen, nicht will bzw. wollen, erscheint schwierig. Zumal wesentliche Faktoren wie z. B. Soziales oder Kulturelles eine tragende Funktion haben und wichtige Entscheidungsfaktoren darstellen, wenn es um die zu erzielende Änderung von Denken und Handeln geht. (vgl. Vowe 2006, 178) Nicht zuletzt ist es ein Wechselspiel zwischen Medien und Politik, was beiderseits im Zuge des Einflusses auf Ebene der Kommunikation ein Spiel der Macht sein kann. (vgl. Wallisch 1995, 25)

Im Zuge der Themenaufbereitung kommt es zur Konstruktion verschiedener Realitäten. U. a. fällt auch die Darstellung der Geschlechter unter diese Art der Konstruktion, wobei die mediale Geschlechterkonstruktion nicht völlig ident ist mit der gesellschaftlichen, da sie dieser nachsteht. Trotzdem ist eine Geschlechterkonstruktion vorhanden und dieser Tatsache geht die Genderforschung auf den Grund. Dabei wird versucht, Mechanismen zu finden, die aus der Hierarchischen Geschlechterbinarität (vgl. Dorer/Klaus 2006, 81) herauszuführen und sucht nach Möglichkeiten, die zu einer Aufhebung der Diskriminierung von Geschlechtern führen. Es wird nicht nur auf erkenntnistheoretischer Ebene sondern auch auf politischer Ebene geforscht. Zumal die Genderforschung eine gesellschaftliche Veränderung zum Ziel hat. (vgl. Dorer/Klaus 2006, 81)

Die drei Ansätze der Geschlechterforschung von Elisabeth Klaus (2002) sollen einen Überblick schaffen, wie unterschiedlich die Wahrnehmungen sein können und welche

Hypothesen zur Erstellung der Medienrealität formuliert wurden. Auch hinsichtlich der Unterrepräsentation von Frauen in Massenmedien wie Fernsehen, Rundfunk und Printmedien bleibt unbestritten, dass Medienmacht Thema ist, vor allem hinsichtlich von Geschlechterrepräsentationen, die zu unterschiedlichen Chancen von politischen Akteur/innen führen können:

„Medien geben uns Auskunft über Dinge und Ereignisse, die wir nicht selber sinnlich erfahren können, die an Orten passieren, an denen wir nicht selber anwesend sind. Sie prägen, was wir über die Welt wissen, wie wir uns die Gesellschaften, in denen wir leben, vorstellen. Die Welt, in der wir zu leben glauben, ist zu großen Teilen eine Medienwelt. Daher rührt die unbestrittene Bedeutung von Medien und Massenkommunikation in unserer Gesellschaft.“ (Klaus 2002, 11)

Nun stellt sich die Frage, in welcher Relation sich die Wirklichkeit zur Welt der Medien verhält und wie sie miteinander zusammenhängen.

Elisabeth Klaus formuliert hierzu drei Hypothesen:

- Spiegelhypothese
- Reflexionshypothese
- Konstruktionshypothese (Klaus 2002, 11)

Die Spiegelhypothese kommt der Medienrealität nicht sehr nahe, da sie die einfache Erklärung vorsieht, dass Medien die Realität der Bevölkerung widerspiegeln. Da wichtige und wesentliche Bereiche nicht in die Medienwelt hineingenommen werden, kommt es zur Aussparung und deshalb nicht realitätsgetreuen Wiedergabe der tatsächlichen Wirklichkeit. Demgegenüber steht die Reflexionshypothese, die eine hinterfragende Position einnimmt. Es wird reflektiert, was in den Medien gebracht wurde, wie es vermittelt wird und wo verzerrt wird und impliziert auch die Möglichkeit, dass *„Ablinde Flecken“* entstehen können. (vgl. Klaus 2002,)

Das Problem, welches daraus entsteht, ist, dass Journalist/innen grundsätzlich als Macher der Realität verstanden werden und diese als solche beeinflussen und nach eigenem Ermessen herstellen und einen Anspruch an Realitätsdarstellung hergestellt wird. Dies geschieht ohne zu hinterfragen, in welchem Zusammenhang die entstandene Wirklichkeit erbaut worden ist. Auf diese Fragen lässt sich die Konstruktionshypothese ein, indem sie die konstruierte Wirklichkeit nicht als Wirklichkeit im Sinne der realen Welt beansprucht. (vgl. Klaus 2002)

Vielmehr zeigt sich wesentlich, was die Medienwelt dazu beiträgt,

„Unser Selbstverständnis, das der sozialen Gruppe, zu der wir gehören, das Verständnis unserer Gesellschaft, von den westeuropäischen Gesellschaften, von zivilisierten Gesellschaften zu begründen? Wie werden durch Medien Interpretationsschemata geschaffen, die uns erlauben eine individuelle wie kollektive kulturelle, gesellschaftliche Identität herauszubilden, die unser Handeln fundiert und ermöglicht?“ (Klaus 2002, 11)

Dieser Überblick, vor allem bezüglich der letzten Hypothese von Klaus, soll den nächsten Schritt ermöglichen, die politische Berichterstattung von einer Perspektive zu betrachten, die dazu beiträgt, zu erklären, warum es nach wie vor zu einer Unterrepräsentation von Politiker/innen, insbesondere von Nationalrät/innen kommt.

4 Politische Berichterstattung

Politische Berichterstattung ist Veränderungen des politischen Prozesses unterworfen. Dabei spielen $\uparrow$ steigende Komplexität, Medienzentrierung und Fragmentierung des politischen Prozesses (Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 152) eine wesentliche Rolle. (vgl. Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 152) Die Kontrolle der journalistischen Ebene über die Veränderungen in der politischen Struktur und Handlungsweise stellt eine Herausforderung dar, der von Akteur/innen beider Seiten hohe Flexibilität verlangt. Und zwar darin, institutionell-politische Bereiche unter Beobachtung zu halten. Intramedialer und intermedialer Wettbewerb um einerseits herausragenden Berichte zu schaffen und andererseits um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, stellen Journalist/innen und Redakteur/innen konsequent vor neuen Herausforderungen. (vgl. Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 152) Die Verbindung zwischen medialen und politischen Akteur/innen wird zum $\uparrow$ adversarial spirit $\uparrow$, was ein Zusammenspiel zwischen beiden Positionen beschreibt. (vgl. Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 153)

Politische Berichterstattung dient zur Information und zur Meinungsbildung. Auch wenn Objektivität vorausgesetzt wird, die aufgrund des subjektiven Verhaltens von Journalist/innen kaum als solche bezeichnet werden kann, kommt es im Zuge der Selektivität im Berichterstattungsprozess zur Frame-Ausbildung. Selektivität bezeichnet in diesem Fall den Vorgang während der Nachrichtenerstellung, wobei $\uparrow$ n jeder Form der Informationsaufnahme, -verarbeitung, -erinnerung und $\uparrow$ nproduktion selektiv vorzugehen. (Schweiger 2006, 258)

In Bezug auf geschlechterspezifische Politikberichterstattung deutet dies auf einen Selektionsmechanismus, die eine unterschiedliche Geschlechterpräsentation mittels journalistischer Konstruktionsmechanismen, die auch in Framing münden, bedeutet. Im Zuge des Framing-Prozesses wird ein Rahmen hergestellt, in dem der Aufbau ein Thema stattfindet. Im weiteren Verlauf wird dadurch die Verarbeitung der Information beeinflusst und im Zuge dessen die Meinungsbildung beeinflusst. (vgl. Scheufele 2006, 75) Wird der Gedanke weiterentwickelt, schließt sich der Kreis des Zusammenwirkens zwischen gesellschaftlicher Werte, die dem Journalisten als Vorgabe dienen um wiederum Konstruktionen zu entwickeln, die in Zusammenspiel mit politischen Akteur/innen und deren Zielvorgaben die Steuerung politischer Meinung der Bevölkerung nach sich zieht. Auf Geschlechterkonstruktionen in Hinblick auf politische Meinung wird im folgenden Abschnitt eingegangen.

4.1 Geschlechterspezifische Politikberichterstattung

Wie in der feministischen Kommunikationswissenschaft dargestellt, ist in den österreichischen Medien eindeutig ein Repräsentationsdefizit von Politikerinnen bzw. weiblichen Nationalratsabgeordneten gegeben. Es handelt sich nicht nur um eine Wiedergabe der schwächeren politischen Präsenz sondern um eine Verstärkung des Defizits in der politischen Berichterstattung. Grundsätzlich steht die Medienpräsenz damit in Zusammenhang, ob politische Akteure/innen in tragenden Funktionen wie Parteiobmann/Parteiobfrau, Klubobmann/Klubobfrau etc. bestellen. (vgl. Steininger 2006, 262) Ein wesentlicher Bereich der Medienpräsenz betrifft die Medienkompetenz. Sie wird dazu gebraucht, dass vordergründig nicht nur Empfängerkompetenz bearbeitet wird, sondern dass auch auf Seite des Senders Kompetenzen ausgedrückt werden. (vgl. Bisky 2007, 17) Dies ist ebenso eine entscheidende Bedingung, die nächste Wahl zu gewinnen.

4.1.1 Geschlechterspezifische Themenrepräsentanz

Zur Veranschaulichung geschlechterdifferenter Aufbereitung von Politikberichterstattung wird die geschlechterspezifische Themenrepräsentanz in der *AZ* im Bild 16 aus dem zweiten Halbjahr 2003 herangezogen.

Tab.11: Geschlechterspezifische Themenrepräsentanz in der Zeit im Bild 16 (in %)

	Weibliche Hauptakteure	Männliche Hauptakteure
Frauenpolitik	57	43
Gesundheitspolitik	48	52
Bildungspolitik	48	52
Familienpolitik	40	60
Sozialpolitik	24	76
Sicherheitspolitik	13	87
Steuerpolitik	12	88
Arbeitsmarktpolitik	11	89
Wirtschaftspolitik	8	92
Asyl-/Ausländerpolitik	5	95
Verkehrspolitik	3	97

Anmerkung: In Prozent der Beitragsthemen in Verbindung mit der Nennung von weiblichen (n=1059) bzw. männlichen (n=5106) Hauptakteuren.

Quelle: Steininger 2006, 262 nach Lengauer u.a. 2004, 212

Anhand dieser Aufstellung treten zwei Hauptzentrierungen in der geschlechterdifferenten Berichterstattung hervor. Zum einen betrifft es den redaktionellen Fokus, der auf Inhalte von Politikern abzielt. Zum zweiten ist auch hier, ähnlich der Aufteilung der Ausschuss- und Bereichssprecher/innenfunktionen im Parlament eine Einteilung in traditionell weibliche und traditionell männliche Themenbereiche erkennbar. In diesem Zeitrahmen wurden bis auf Frauenpolitik hauptsächlich männliche Akteure zu Wort gebeten. (vgl. Steininger 2006, 262)

4.1.2 Unsichtbare Frauen in der Politikberichterstattung – Ein internationaler Exkurs

Unsichtbare Frauen nennt Mervi Pantti die Unterrepräsentation von Politikerinnen in den Medien. Eine international angelegte Studie des *Global Media Monitoring Project* (GMMP) lässt erkennen, dass nicht nur national Frauen in den Medien unterrepräsentiert sind, sondern auch auf internationaler Ebene. (vgl. Pantti 2007, 34)

Als Vergleich soll hier Raum für einen Exkurs gegeben werden. So wurde an einem ausgewählten Tag die Untersuchung für die Studie durchgeführt und zur Kenntnis gebracht,

dass 82 Prozent Männer ihren Platz in den Nachrichten erreichten. Wobei ein wesentlich geringerer Anteil an Nachrichtensendeplatz für Frauen verblieb: nämlich 12 Prozent. (vgl. Pantti 2007, 34) Deutlich erkennbar ist, dass es sich um eine zweifache Diskriminierung von politischer Berichterstattung von Politikerinnen handelt:

- Überdurchschnittlich hohe Konzentration an Wortmeldungen männlicher Politiker in allen Bereichen außer im Bereich der Frauenpolitik
- Gesellschaftlich traditionelle Themenzuordnung in *Ärteó* und *Äweieó* Themen bzw. Frauen- und Männerbereiche (vgl. Steininger 2006, 262)

Angesicht dessen, dass, wie Befunde von Johanna Dorer (2008) zum Mediennutzungsverhalten zeigen, mehr Frauen als Männer regelmäßig *Äzeit* im Bild 16 rezipieren, erscheinen die Erkenntnisse aus der GMMP-Studie als Bestätigung der nach wie vor vorherrschenden verzerrten Statistiken zum Thema Mediennutzer/innenverhalten.

Auf österreichischer Ebene ergibt sich aus einer Inhaltsanalyse von Lengauer (2004) ein detaillierter Überblick über jene Beitrags-Hauptthemen mit Politiker/innennennung in Print- wie auch Hörfunk- und Fernsehnachrichten, die den prozentuellen Anteil innerhalb der Hauptthemen-Beiträge politischer Berichterstattung darstellen.

Tab. 12: Die dominierenden Hauptthemen – Detailanalyse
in Prozent der Beitrags-Hauptthemen (n=9783) – alle Medien (in %)

Wirtschaftspolitik	4,7
Interessenpolitisches	3,0
Verkehrspolitik	2,9
Integrität von Politikern und Politikerinnen	2,6
Ämter- und Kandidaten-Nominierungen bzw.-Spekulationen	2,5
Steuer- und Budgetpolitik	2,3
EU-Politik	2,3
Leadershipfähigkeit von Politikerinnen und Politikern	2,3
Leadershipfähigkeit von Parteien	2,2
Unpolitisches, Privates zu Politikern und Politikerinnen	1,7

Quelle: Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 187 nach APA-Media-Watch GmbH/Lengauer: Inhaltsanalyse der Politikberichterstattung in österreichischen Massenmedien – Zweite Jahreshälfte 2003

Wirtschaftspolitik (Privatisierungspläne etc.) stand an der Spitze der Beitragsthemen der österreichischen Massenmedien. Die interessenspolitische Diskussion umfasste in diesem Fall Streiks beim Stahlkonzern Voest-Alpine, bei der Fluglinie AUA und den Österreichischen Bundesbahnen. Verkehrspolitische Themen wurden vor allem vom Transitstreit der EU geprägt. Insgesamt waren die Spitzenthemen, die Politiker/innenennung als Teil des Berichtes aufzeigten, in den Bereichen der männlich codierten Themen einzuordnen. Auch hier gilt, dass in Anbetracht der Bereichssprecher/innen des Nationalrates nicht verwundert, dass diese Themen grundsätzlich von Politikern repräsentiert werden. ~~A~~Wirtschaftó, ~~A~~Verkehró wie auch ~~A~~Steuer/Budgetó sind seitens der Nationalräte auch in der XXIV. GP nach wie vor männlich. Ebenfalls lässt die Aufgliederung in die einzelnen Medien erkennen, dass Differenzen zwischen der Präsenz in den einzelnen Medien vorherrschen. Angesichts dessen, dass die Fernsehnachrichten in einem nahezu ausgeglichenen Ausmaß von Männern und Frauen rezipiert werden, lässt eine entsprechende Ausgeglichenheit an Themen noch auf sich warten.

Befunde der Mediennutzungsuntersuchung Johanna Dorer (2008) lassen erahnen, wie wenig bei der Produktion politischer Berichterstattung darauf eingegangen wird, wie die unterschiedlichen Rezeptionsmechanismen von Männern und Frauen ablaufen können. Nach wie vor ist eine Orientierung an stereotype Rollenbilder der Frau als ~~A~~unpolitischó und des Mannes als ~~A~~politischó gegeben. Dies lässt sich auch in der Detailanalyse der Beitrags-Hauptthemen der Hörfunk- und Fernsehnachrichtenbeiträge von Lengauer (2004) erkennen.

Tab.13: Die dominierenden Hauptthemen der Hörfunk- und Fernsehnachrichtenbeiträge (in %) – Detailanalyse in Prozent der Beitrags-Hauptthemen (n=1563) in Hörfunk und Fernsehinformationssendungen

Interessenpolitisches	7,5
Verkehrspolitik	6,2
Wirtschaftspolitik	5,1
Steuer- und Budgetpolitik	4,0
Leadershipfähigkeit von Parteien	3,5
EU-Politik	3,3
Angriff des politischen Gegners	2,8
Leadershipfähigkeit von Politikern und Politikerinnen	2,5
Gesundheitspolitik	2,5
Sozialpolitik	2,4

Quelle: Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 188 nach APA-MediaWatch GmbH/Lengauer: Inhaltsanalyse der Politikberichterstattung in österreichischen Massenmedien – Zweite Jahreshälfte 2003

Rundfunksendungen sind wesentlich fokussierter auf sachspezifische Themen, wie in diesem Fall auf Verkehrs-, Wirtschafts- und Steuer- sowie Budgetpolitik. Insgesamt ergeben politische Themen in Fernseh- und Radionachrichtenbeiträgen die ersten zehn Reihungen. (vgl. Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 188) Von diesen Beiträgen fallen die beiden letzten Beiträge unter weiblich codierte Bereiche, auch wenn nicht unerwähnt bleiben darf, dass seit den Nationalratswahlen 2008 mit Alois Stöger (SPÖ) ein Gesundheitsminister als Teil der Regierung für diesen Bereich zuständig ist und überwiegend männliche Gesundheitssprecher im Nationalrat für diese Domäne zuständig sind.³⁷

³⁷ Anmerkung: In der XXIV. GP soll die Gesundheitsreform durchgeführt werden.

Dem entgegen ist die Aufteilung der Themen im Printbereich anders gewichtet.

Tab.14: Die dominierenden Hauptthemen der Print-Beiträge (in %) – Detailanalyse in Prozent der Beitrags-Hauptthemen (n=8175) in Print-Beiträgen

Wirtschaftspolitik	4,6
Integrität von Politikerinnen und Politikern	2,7
Ämter- und Kandidaten-Nominierungen bzw.- Spekulationen	2,5
Verkehrspolitik	2,3
Leadershipfähigkeit von Politikerinnen und Politikern	2,2
Interessenpolitisches	2,1
EU-Politik	2,1
Leadershipfähigkeit von Parteien	2,0
Steuer- und Budgetpolitik	2,0
Unpolitisches, Privates zu Politikern und Politikerinnen	1,9

Quelle: APA-Media Watch GmbH/Lengauer: Inhaltsanalyse der Politikberichterstattung in österreichischen Massenmedien – Zweite Jahreshälfte 2003 Lengauer u.a. 2004, 189

Hier findet nach den Befunden von Lengauer, Pallaver und Pig (2004) eine eindeutige Fokussierung auf metapolitische Themen statt. Dazu zählen Themen wie Integrität von Politikern und Politikerinnen, Ämternominierungen und - Spekulationen oder Unpolitisches zu Politikern und Politikerinnen deutlich gewichtigere Position in der Themenreihung von Printbeiträgen. Auch wenn Wirtschaft erstpositioniert, Verkehrspolitik an der zweiten Stelle gereiht ist und männlich codierte Themen in der vorderen Hälfte nicht in einem Maße dominant erscheinen wie es bei den Hörfunk- und Fernsehnachrichten deutlich geworden ist. (vgl. Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 188)

Eine Ursache für die unterschiedlichen Gewichtungen liegt darin, dass Magazine einer deutlich stärkeren De-Thematisierungs-Strategie folgen als alle anderen Medientypen. (Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 186) Ebenso weisen Magazine einen weit höheren Anteil an Personal profiles (Persönlichkeitsprofile) auf als Tageszeitungen. Tageszeitungen sind in Betrachtung des Themenfokus ähnlich den Hörfunk- und Fernsehnachrichten. Eine Relativierung der sachpolitischen Dominanz findet durch die Politikernennung in Beiträgen statt. (Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 187)

4.2 Fakten zur medialen Unterrepräsentation von Politikerinnen

Dass weibliche Akteurinnen in der politischen Berichterstattung unterrepräsentiert sind, zeigt auch ein grafischer Überblick über die Hauptakteure in der österreichischen politischen Berichterstattung.

Tab.15: Geschlecht der Hauptakteure in der österreichischen politischen Berichterstattung (in %) der Nennung von individualisierten Hauptakteuren (n = 1688)

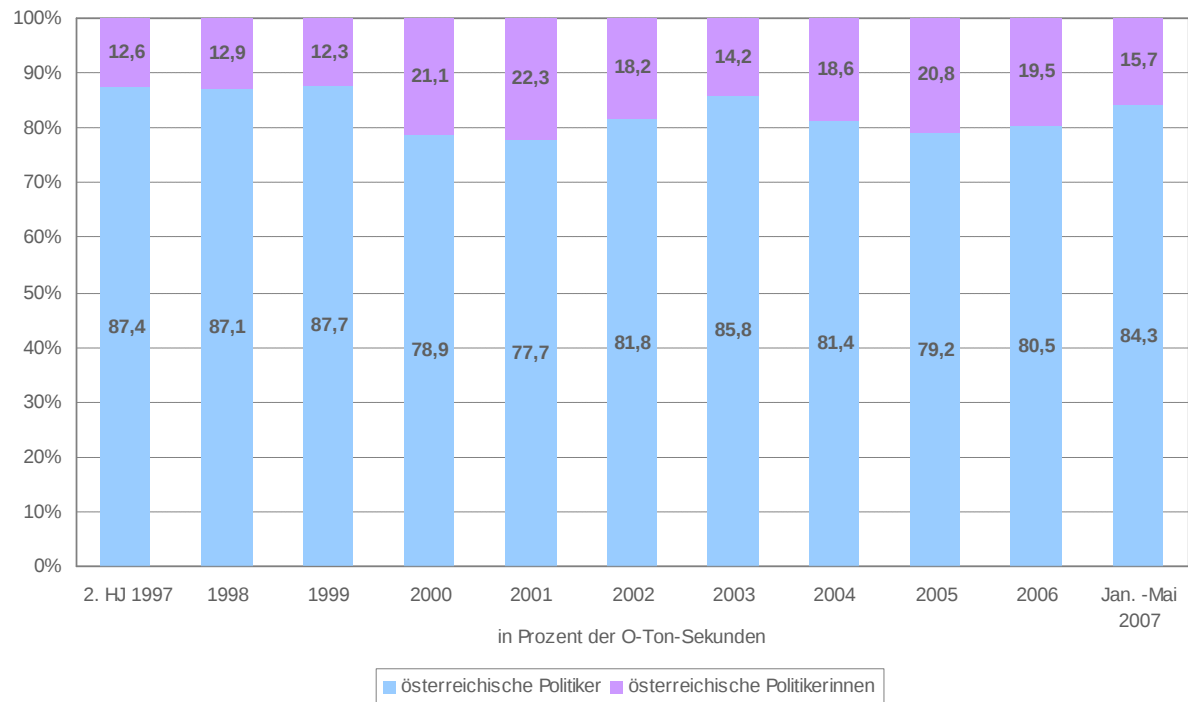
	Tageszeitungen	Magazine	TV	Radio
Frauen	16%	20%	19%	14%
Männer	84%	80%	81%	86%

Quelle: APA-Media Watch GmbH/Lengauer: Inhaltsanalyse der Politikberichterstattung in österreichischen Massenmedien – Zweite Jahreshälfte 2003. Lengauer u.a. 2008, 106

Unter den individualisierten Akteur/innen zählen Politiker/innen, Expert/innen und weitere Einzelpersonen. Anhand dieser Tabelle wird ersichtlich, wie unterschiedlich die Aufteilung der Politikberichterstattung bezüglich männlichen und weiblichen Akteuren ausfällt. Nahezu durchgehend sind Frauen nur zu maximal einem Drittel in den Medien vertreten und bestätigen, dass Frauen im öffentlichen Raum unterrepräsentiert sind. (vgl. Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 210)

Dass die Entwicklung beinahe einem Stillstand gleicht, zeigt folgende Aufstellung der Geschlechterverhältnisse in der politischen Berichterstattung im Jahresverlauf – ZiB 1, 1998-2003 in Prozent der O-Ton Summen der Politiker/innen des Akteursthesaurus.

Tab.16: Geschlechterverhältnis in der politischen Berichterstattung (O-Ton) im Jahresverlauf ñ ZiB 1 (in %) 1997-2007

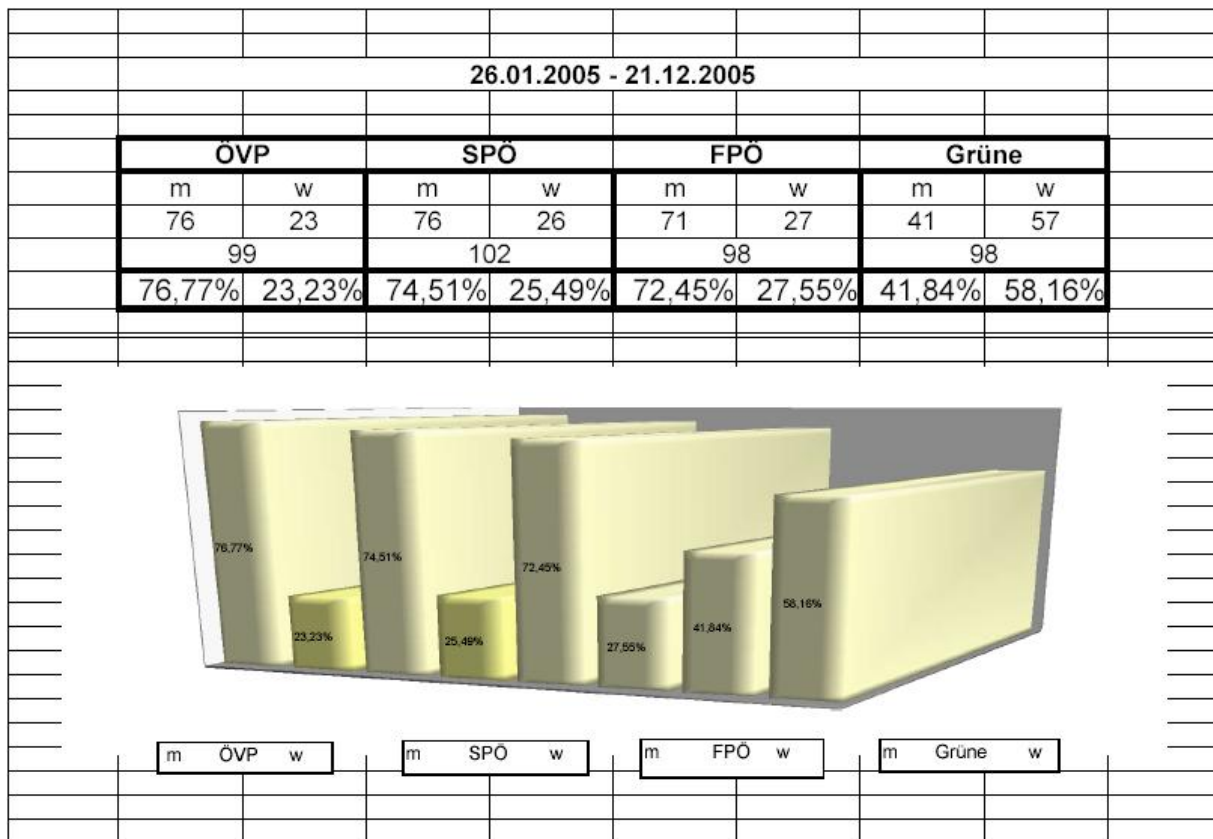


Anmerkung: ZIB-Watch: 01.07.1997-30.05.2007; N=195.405 O-Ton-Sekunden

Quelle: MediaWatch. Institut für Medienanalysen GmbH. Innsbruck

Die Politikberichterstattung bewegt sich ein wenig, aber doch. Es ändert aber nichts daran, dass die Veränderungen bei maximal 13% Steigerung der Medienpräsenz von Frauen beträgt. Der Anstieg ist darüber hinaus damit in Verbindung zu bringen, dass es in den Jahren der Steigerung 2000 und 2001 sowie 2002 mit Susanne Riess-Passer als FPÖ-Parteibfrau und Vizekanzlerin eine Frau in einer politischen Spitzenfunktion vertreten war. Nach ihrem Ausscheiden sank die Medienpräsenz von Frauen wieder um vier Prozentpunkte auf 14,2 Prozent. (vgl. Lengauer/Pallaver/Pig 2004, 211) 2005 stieg der Prozentanteil an weiblichen O-Ton Beiträgen auf 20,8 Prozent an. Bis zum ersten Halbjahr 2007 fiel der Anteil an Frauen die in der ZiB 1 zu Wort kamen, wieder auf 15,7 Prozent ab.

Ist demnach die mediale Unterrepräsentanz weiblicher Akteurinnen in den Medien belegt, führt eine Gegenüberstellung von Frauen und Männeranteilen in den Reden der Plenardebatten zu einer weiteren Darstellung der ungleichen Geschlechterverhältnisse.

Abb. 4: Anzahl an Redner/innen im Plenum während der ORF-Übertragungszeit 2005

Quelle: www.diegruenen.at, Redezeiten während der Übertragungszeit des ORF 2005

Anhand dieser angefertigten Grafik wird deutlich erkennbar, wer im Nationalrat am Rednerpult steht, wenn der ORF die Debatten via Fernsehen *À la vie* überträgt. Die Daten stammen aus dem Jahr 2005, was bedeutet, dass zu dieser Zeit der Frauenanteil im Parlament noch bei 33,88 Prozent lag – um 5,46 Prozent mehr als heute. Entsprechend wird der Gedanke laut, dass sich diese Situation nicht gravierend zugunsten der Nationalrätinnen verschoben hat.

Tab. 17: Wortmeldungen während der TV-Übertragungszeit ohne Fragestunde

Wortmeldungen während der TV-Übertragungszeit ohne Fragestunde, ohne GO und ohne tatsächliche Berichtigungen										
Sitzung vom	Übertragungs-Zeit	Thema	ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne	
			m	w	m	w	m	w	m	w
26.01.05	9.05 - 13.00	Umbildung Breg.	5	1	4	2	5	1	3	3
04.02.05	14.00 - 16.40	Dringlicher Antrag	4	0	3	2	3	1	2	2
02.03.05	10.00 - 13.00	Bundesfinanzgesetz	3	1	3	1	4	0	0	4
27.04.05	15.00 - 17.00	UA Kampfflugzeuge	3	0	4	0	3	0	2	1
11.05.05	9.05 - 13.00	Verfassung Europa	4	1	4	1	4	1	2	3
12.05.05	9.05 - 13.00	Schulwesen	4	1	3	2	2	3	1	4
08.06.05	9.05 - 12.00	WRAG 2005	2	1	2	1	3	0	2	1
06.07.05	9.05 - 13.00	Situation in der EU	4	0	3	1	3	1	3	1
07.07.05	9.05 - 13.00	Fremdenrechtspaket	4	0	3	1	2	2	1	3
08.07.05	9.05 - 12.00	UA Bericht	2	2	3	1	0	4	1	3
21.09.05	14.00 - 16.45	Bildungsmisere	1	2	2	1	0	3	3	1
28.09.05	9.05 - 13.00	HWG 2005	4	2	5	1	4	2	3	3
29.09.05	9.05 - 17.00	Europatag	11	4	12	3	11	4	6	7
07.12.05	9.05 - 13.00	EU	3	1	4	1	4	0	1	3
21.12.05	9.05 - 13.00	EU-Präsidentschaft	4	0	4	0	4	0	2	2
26.01.05	Aktuelle Stunde		1	1	2	1	0	2	1	1
03.03.05	"		3	0	2	0	2	0	1	1
31.03.05	"		1	1	1	1	2	0	0	3
11.05.05	"		1	1	1	1	2	1	1	1
08.06.05	"		2	0	3	0	2	0	0	2
06.07.05	"		2	1	2	0	1	1	0	2
28.09.05	"		2	0	2	0	2	0	1	2
19.10.05	"		1	1	0	2	3	0	1	1
16.11.05	"		1	1	2	1	1	1	1	1
06.12.05	"		3	0	2	0	2	0	1	1
21.12.05	"		1	1	0	2	2	0	2	1

	Summe	76	23	76	26	71	27	41	57
		99		102		98		98	
	Summe in %	76,77%	23,23%	74,51%	25,49%	72,45%	27,55%	41,84%	58,16%

Quelle: www.diegruenen.at, die Grünen, 10. Juni 2009

In dieser statistischen Aufzeichnung der GRÜNEN wird ersichtlich, dass schon am Rednerpult die Unterrepräsentation von Nationalrätinnen deutlich wird. Einzig die GRÜNEN können auf einen größeren Anteil an Frauen zurückblicken. So ist der Frauenanteil bei Reden in dieser Sitzung bei 58,16 Prozent, bei der FPÖ kommen die Frauen auf 27,55 Prozent der Redezeit. Die damalige Regierungspartei ÖVP kann auf einen bescheidenen Anteil an 23,23 Prozent an Redezeiten hinweisen. Die SPÖ schafft einen Frauenanteil von 25,49 Prozent in der Sitzung, die vom ORF von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr übertragen wurde. Zum Thema Kampfflugzeuge als eindeutig maskuline Begrifflichkeit sprach in der Plenarsitzung außer bei den GRÜNEN keine weibliche politische Akteurin zu diesem Thema.

4.3 Mediale Repräsentanz von Politiker/innen im Vergleich

In diesem Abschnitt geht es um die Betrachtung der medialen Repräsentanz von Politikerinnen im Verhältnis zur Medienpräsenz von Politikern. Es geht klar hervor, dass auch heute noch die Repräsentanz von Politikerinnen deutlich unter der Repräsentanz ihrer männlichen Kollegen liegt. Selbst unter dem Prozentanteil, den Frauen im Nationalrat, in der Regierung oder in Führungspositionen im Parlament einnehmen, liegt der prozentuelle Anteil an Medienpräsenz.

4.3.1 Geschlechterspezifische Darstellungsdifferenzen in den Nachrichten

Auch hier belegen Untersuchungen die weltweite Geschlechterungleichheit im Nachrichtenprozess. Die umfangreichste Untersuchung, die qualitative und quantitative Perspektiven festhält, wurde im Zuge des *Global Media Monitoring Project* (GMMP), wo die Daten an einem festgelegten Stichtag herangezogen werden, durchgeführt. Es wird auch über einen langen Zeitraum beobachtet, wie die Präsentation der Geschlechter in Massenmedien aller Länder erfolgt. In dieser Arbeit sind die Zahlen der deutschsprachigen Länder wie Deutschland, Österreich und der Schweiz am relevantesten. Im Vergleich der deutschsprachigen Länder seien die internationalen Befunde angeführt.

Tab. 18: Frauenanteile in deutschsprachigen Nachrichten, (in %) ñ GMMP 2005

Medium	Österreich	Deutschland	Schweiz
Fernsehen	22%	24%	19%
Radio	0%	23%	13%
Print	11%	20%	17%
Gesamt	12%	22%	17%

Quelle: Wolf nach Gallagher 2005:30 f, 2008, 68

Der Vergleich von Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigt, dass Deutschland von den drei Ländern den höchsten Anteil an Frauen in der Berichterstattung aufweist. Deutschland liegt nicht nur vor Österreich und der Schweiz, sondern auch über dem durchschnittlichen Frauenanteil im internationalen Vergleich.

Tab.19: Frauenanteile in den Nachrichten weltweit, nach Medien (in %) ñ
GMMP 1995, 2000, 2005

Medium	GMMP 1995	GMMP 2000	GMMP 2005
Fernsehen gesamt	21%	22%	22%
Radio gesamt	15%	13%	17%
Print gesamt	16%	17%	21%
GMMP gesamt	17%	18%	21%

Quelle: Wolf nach Gallagher 2005: 120f., 2008, 68

Angesichts dessen, dass der Frauenanteil der Weltbevölkerung 52 Prozent beträgt, ist der Anteil an Frauen in der Nachrichtenberichterstattung von 5 Prozent verschwindend gering.

4.3.2 Personalisierung der mediatisierten Politik

Diese Frage ist insofern wesentlich, als dass Medien Geschlechterrollen schaffen oder zumindest darstellen und bei der Entstehung von Stereotypen einen wesentlichen Anteil an derartigen Konstruktionen haben. Darüber hinaus sind es die Medien, die durch ihre Gestaltung das Bewusstsein einer Gesellschaft beeinflussen können, zumal in 3,4 Mio.³⁸ Haushalten Österreichs Fernseher vorhanden sind und Politik ins Wohnzimmer transportieren. Auch in der Repräsentation von Frauen, im Speziellen von Politikerinnen, sind Medien tragende Kräfte. Nach Margaret Gallagher (2005) hängt nicht zuletzt auch von den Entscheidungspositionen in den Medien ab, ob und wie oft Frauen vorkommen und wie sie dargestellt werden. (vgl. Pantti 2008, 18) Medien, insbesondere Massenmedien sind demnach vergleichbar mit Bereichen, wo Verhältnisse der Macht entstehen, sich verändern und auch wieder neu formieren. (vgl. Dorer/Marschik 1993, 72)

Erschwerend kommt hinzu, dass der Einsatz von Mustern nicht bewusst eingesetzt wird. Zu diesen Mustern, welche mit einer Ursache dafür sind, dass Frauen medial in den privaten, familiären Bereich gedrängt werden und Männer nach wie vor die Öffentlichkeit, das politische Handeln als Präsentationsfeld zur Verfügung gestellt bekommen. Diese geschaffenen Konstruktionen, die im Bereich der Gestaltung von politischer Berichterstattung

³⁸ www.rtr.at: Digitalisierungsbericht 2007 und erstes Halbjahr 2008

eine Rolle spielen, werden mittels ~~A~~Wahrnehmung, Interpretation und Präsentation, der Auswahl, Betonung und des Ausschlusses^ó hergestellt. (vgl. Pantti 2008, 18) Hinzu kommt, dass eine Objektivität des Journalisten nur bedingt gegeben ist und es sich vielmehr um eine ~~A~~Subjektivität, die als solche deklariert, ausgewiesen und begründet ist^ó handelt. (vgl. Traxler 2003, 19)

In diesem Sinne sind die gesellschaftlichen Stereotype von Männern und Frauen auch Teil der Medienrealität. Wird diesen Stereotypen entsprochen, kann es sich zu Gunsten des Handelnden auswirken. Entspricht die Handlungsweise nicht dem Geschlechterstereotypen Verhalten, kann es zu negativen Auswirkungen für den/die Akteur/in kommen. Wird unter diesen Aspekten von der Häufigkeit und Art der Medienpräsenz gesprochen, wird deutlich, welche Macht von den Medien, insbesondere von den Fernsehmedien ausgeht, wenn es um die Erhaltung und Bildung von Rollenbildern geht. Medien können demnach die Akzeptanz bei den Wähler/innen durch die entsprechende Berichterstattung positiv oder negativ beeinflussen. (vgl. Pantti 2008, 21f)

Dies hat zur Folge, dass Kandidat/innen, deren Chancen auf einen Wahlgewinn hoch sind, von den Wähler/innen positiv angenommen werden. Dem entgegen werden Kandidat/innen, wo Zweifel laut werden, dass bei den nächsten Wahlen Gewinne verzeichnet werden können, negativ bewertet, ignoriert und/oder ausgeschlossen werden. Auch kommt hinzu, dass Nachrichten in ihrer inhaltlichen Aufbereitung nach wie vor überwiegend mit männlichen Attributen ausgestattet sind und in dieser Art wird ausführlicher berichtet. Dem entgegen kommen gesellschaftlich ~~A~~weibliche^ó Charakterzüge wie ~~A~~Wärme und Einfühlsamkeit^ó in Bezug auf Politiker/innen negativ zum Tragen und ~~A~~männliche^ó Züge wie Aggression sind nach wie vor Eigenschaften, die besser angenommen werden. (vgl. Pantti 2008, 23)

Die Akzeptanz von Politiker/innen in den Medien ist deshalb so tragend, da Wahlen im Medienzeitalter auch darüber entschieden werden, welche Informationen Wähler/innen über das Fernsehen vermittelt werden. Werden so Kandidatinnen in der Rolle Mutter und Familienmensch dargestellt und die politischen Standpunkte vernachlässigt, ist diese Art der Repräsentanz wesentlich für die Akzeptanz bei den Wähler/innen. (vgl. Pantti 2008, 22f)

4.3.2.1 Die Radiowirklichkeit

Größtenteils werden Ansichten und Blickweisen von Frauen in einem wesentlich marginaleren Bereich präsentiert und männliche Domänen wie die politische Öffentlichkeit in einem umfangreicheren Pensum wiedergegeben. Nachdem Nachrichten auf kultureller, ökonomischer und gesellschaftlicher Ebene Strukturen wiedergeben, stellen sie eine Wirklichkeit dar, die in engem Zusammenhang mit der tatsächlichen Wirklichkeit steht. Dementsprechend wirken sie in ihrer Zusammensetzung und ihrem Aufbau wie ein Spiegelbild der Gesellschaft. (vgl. Pantti 2008, 18) Dazu kann auch hinzugefügt werden, dass überwiegend männliche Quellen Journalist/innen beeinflussen, auch wenn die Anzahl an Politikerinnen und Expertinnen doch angestiegen ist. (vgl. Pantti 2008, 24)

Für Politiker/innen gelten unterschiedliche Zugänge zu den Medien. Das bedeutet, dass Medien Politiker/innen unterschiedlich starke Unterstützung und Interessensbekundung zukommen lassen. (vgl. Pantti 2008, 24)

Im Zuge einer europäischen Studie, bei der in den Ländern Dänemark, Finnland, Deutschland, den Niederlanden, Norwegen und Schweden Fernsehprogramme analysiert wurden, stellten sich die Stereotypen Rollenbilder von Männern und Frauen dar. Demnach waren Frauen wesentlich öfter in Themenbereichen vertreten, die wie Beziehungen, Familie sowie Soziales und Gesundheitsfragen als Aweichó gelten. Männer waren zum einen in angeseheneren Genres wie z.B. Nachrichten, Berichten oder Reportagen zahlreicher zu finden, wo Frauen wesentlich unterrepräsentiert waren. Genres sind im Zusammenhang mit Journalismus Darstellungen mit textlichen Eigenschaften und kommunikativen Zielen, anhand derer Themen mittels Meinungs- Nachrichten und Unterhaltungsdarstellungsform vermittelt werden. (vgl. Lünenborg 2006, 83) Zu den Aartenó Themen zählen etwa Finanzen, Technologie/Wissenschaft und Sport. Eine weitere Erkenntnis aus dieser Studie bezieht sich auch auf dem internationalen Sektor bestätigt. Frauen kommen am häufigsten in Charaktere mit niedrigem Status vor:

- Gewöhnliche Frauen (47%)
- Opfer (37%)
- Politiker/innen (28 %)
- Expertinnen (20 %)

Auch wenn in den genannten Ländern die Gleichstellungspolitik eine lange und auch erfolgreiche - Tradition hat, so sind trotzdem in der politischen Medienberichterstattung Männer zu 72 Prozent und 80 Prozent Experten in der Spitzenpolitik. (vgl. Pantti 2008, 24)

Nach wie vor sind, wie auch Inte Brikse (2004), auf die sich Pantti bezieht, in *The Role of the Mass Media in the (Re)Distribution of Power* beschreibt, politisch aktive Frauen in der Berichterstattung in erster Linie auf weiche Themen wie Kultur und Bildung festgelegt. Politisch aktive Männer werden hingegen mit den harten Themen wie Volkswirtschaft, Außenpolitik, Europäische Union (EU) und North Atlantic Treaty Organization (NATO) in Zusammenhang gebracht. Darüber hinaus bestätigt diese Studie ein quantitatives Ungleichgewicht über Politikerinnen und Politiker auf internationaler Basis. (vgl. Pantti 2008, 25)

Auch die subjektiven Eindrücke der Politikerinnen aus europäischen Ländern, z. B. aus dem britischen Parlament, bestätigt die klischeebehaftete Herangehensweise an Politiker/-innen von Redakteur/-innen. Weibliche Akteure in der britischen Politik haben demnach den Eindruck, dass der Unterschied an Redezeit nicht gravierend sei, sich allerdings in der Themenlandschaft sehr wohl Differenzen abzeichneten. Nicht zuletzt auch darin, als dass mehr ihr Aussehen, ihr Familienleben mit besonderem Augenmerk auf ihre Mutterschaft im Vordergrund stand. Dass mehr auf ihr Äußeres geachtet würde als bei den männlichen Kollegen, war ein weiterer Eindruck, der die Unterschiede in der medialen Umgangsweise deutlich werden ließ. Das Gefühl, härter an Anerkennung und medialer Präsenz arbeiten zu müssen, war ebenfalls vorhanden. (vgl. Pantti 2008, 26)

4.3.2.2 Boulevardisierung im Journalismus

An der Entwicklung der Medien ist auch zu beobachten, dass eine *Boulevardisierung* stattfindet bzw. stattgefunden hat. Nicht mit dieser Veränderung auf dem Sektor des Journalismus geht der Einzug der Frauen in die Politik einher sondern parallel dazu. Diese Veränderung der Medien wirkt sich auch auf die politische Berichterstattung aus. Bislang wurde zwischen seriösem Journalismus und Sensationsjournalismus wie zwischen männlich/weiblich, gut/schlecht, hart/weich, sachlich/persönlich, rational/emotional etc. unterschieden. Durch die Veränderung der Medien wird auch der Journalismus einer Veränderung unterzogen, was nicht bedeutet, dass die Entwicklung zwingend zu einer

Verschlechterung führt. Vielmehr kann die Veränderung ein Öffnen von neuen Chancen bedeuten. Chancen, politische Berichterstattung so aufzubauen, dass gesellschaftlich-politische Bereiche im Kontext mit Ereignissen vermittelt werden und sich für die Mitglieder einer Gesellschaft Agreifbaró und deshalb interessant gestalten. Human interest und Emotionen sind keine Begriffe, die seriösen Journalismus gefährden. Vielmehr soll es eine Ergänzung bedeuten, die durch den persönlichen Bezug in der Berichterstattung das Interesse für ernsthafte Themen mit sich bringen kann. Jene, die die Programmgestaltung über haben und nach Kosteneffizienz entscheiden, sind in diesem Zusammenhang gefragt, Offenheit für eine gründliche Untersuchung im Zuge des Berichterstattungsprozesses zu befürworten und nicht auf eine Billigversion durch Personalisierung, welche derzeit die Haupttendenz in der mediatisierten Politik darstellt, zurückzugreifen. (vgl. Pantti 2008, 27f)

4.3.2.3 Das Fernsehen als Bühne politischer Akteur/innen

Nicht zu unterschätzen ist die Tendenz, dass die enge Zusammenarbeit von Politik bzw. ihren Akteur/-innen und dem Nachrichtenmedium, im Speziellen Fernsehen, das Apoch die bevorzugte Bühne für politische Inszenierungenó ist (Bieber 1990, 99), dazu geführt hat, dass Debatteninhalte und politische Schwerpunkte in den Hintergrund gerückt worden sind. Im Vordergrund stehen dafür individuelle Fähigkeiten und das Erscheinungsbild, wie z. B. das Auftreten. Die Symbiose zwischen Politiker/innen und dem Nachrichtenmedium hat zur Folge, dass die Medienpräsenz mit einer Bühnenpräsenz gleichzukommen scheint. Wie auf jeder Bühne, wird auch hier ein gewisser Typ bevorzugt, der beim Publikum ankommt. Auch in der Vermittlung politischer Inhalte und in der Darstellung von Politiker/innen ergibt sich dieser Kontext. (vgl. Pantti 2008, 28f) Dass es sich um einen im Wandel begriffenen Politiker/innen-Begriff handelt, zeigt auch die Bezeichnung AAkteur/inó. Wurde dieser Begriff ursprünglich für Schauspieler/innen verwendet, Also ein auf einer Bühne vor Publikum in einer Rolle handelndes Individuumó (Vowe 2006, 11), liegt die Verwendung heute in der Bedeutung eines zielgerichtet Handelnden. Auch im politisch medialen Handlungsumfeld ist diese Darstellung als des Akteurs/der Akteurin verborgen, umso mehr, wenn sich die Tendenzen in Richtung ABühnenpräsenzó entwickeln. (vgl. Vowe 2006, 11) Sie befinden sich nicht in der hilflosen Opferrolle sondern sind vielmehr am Gestalten beteiligt. (vgl. Reichertz 2007, 296)

Der angesprochene Boulevardisierungsprozess der Medien betrifft nicht nur kommerzielle Medien sondern auch öffentlich-rechtliche, da die einen wie die anderen Auflagenzahlen und

Einschaltquoten im Auge behalten. (vgl. Pantti 2008, 26) Trotzdem stellt diese Form des Journalismus – wie schon erwähnt – keine Gefahr für die seriöse Berichterstattung dar. (vgl. Pantti 2008, 26) Es ist eher eine Erweiterung, nachdem durch Boulevardjournalismus Teile der Bevölkerung erreicht werden, die vom traditionellen Journalismus, der von Eliten und deren kulturell-politischer Vormachtstellung ausgeschlossen wären. (vgl. Pantti 2008, 27)

So gesehen können über die Boulevardpresse Themen und Diskussionen angeregt und gesellschaftliche Veränderungen aufgenommen und verstärkt werden. Darüber hinaus ist die Möglichkeit gegeben, dass durch emotionale Aspekte und individuelle Betroffenheit zur positiven Einbeziehung der Rezipient/innen herangezogen werden. Durch dieses Einbeziehen kann ein Weg zu Engagement im politischen Feld geöffnet werden. Dies kann durch die seriöse, kühle Berichterstattung traditioneller Art nicht hergestellt werden. (vgl. Pantti 2008, 27)

Insofern können die verschiedenen Blickwinkel von dem Schluss abwenden, dass eine Popularisierung von Medien zwingend negativ sein muss. Vielmehr ist in Betracht zu ziehen, dass sich auch in Bezug auf Untersuchungen von der Veränderung der Medien die Einteilung zwischen *Agutó* und *Apöseó* mit der Differenzierung von Medien und deren Sprache einhergehend gesehen werden kann. Einerseits handelt es sich um *Agutenó* Journalismus, der eine *Arational-kritische Spracheó* (Pantti 2008, 27) anwendet und andererseits wird der *Aschlechteó* oder volkstümliche Journalismus, der sich auf *Aprivate* und emotionale Angelegenheiten konzentriertó (Pantti 2008, 27), gesehen. Diese Einteilung verleitet dazu, einen Kontext zur Einteilung von Öffentlichkeit und Privat herzustellen. Öffentlichkeit ist auch hier im Zusammenhang mit der *Amaskulinen, rationalen Welt der Männeró* und Privatheit mit *Ahäuslichen und weiblichen Welt der Emotionenó* (Pantti 2008, 27) zu sehen.

4.3.2.4 AMännlichó und AWeiblichó in medienvermittelter Politik

Nicht nur die Einteilung der Medieninhalte erscheint in *Amännlicheó* und *Aweiblicheó* Anteile durchgeführt zu werden, sondern auch in der politischen Berichterstattung kommt es zu einer androzentristischen Darstellung. In diesem Zusammenhang bedeutet dies eine männliche Sprache von medienvermittelter Politik. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Männlichkeit im Kontext mit Politik gesellschaftlich als angenommen gilt. Im Gegensatz dazu erscheint die Weiblichkeit in der Politik in keinem vergleichbaren Ausmaß als angenommen. Ein kulturelles Modell eines Politikers ist der Weiblichkeit auf keinen Fall näher als dem der

Männlichkeit, was zum Schluss führt, dass Politik Männersache ist. (Pantti 2008, 29) Das zeigt sich auch darin, dass in der politischen Berichterstattung auf männliche Sprache zurückgegriffen wird um dem annehmbaren Gesellschaftsbild zu entsprechen. (Pantti 2008, 29). Nicht zuletzt in Hinblick auf Einschaltquoten und Auflagenzahlen.

Daraus entwickelt sich eine Benachteiligung von Politikerinnen, die einerseits zu maskulin auftreten und andererseits zu wenig weiblich auftreten. Dazu ist anzuführen, dass politische Medienberichterstattung männlich als Norm für die Nachrichtenvermittlung inkludiert. Dies führt dazu, dass Begriffe wie Aggression, rational, individualistisch ebenso eine Rolle spielen wie eine Ausdrucksweise, die die Sportberichterstattung prägt. Emotional engagiert, bescheiden, kooperativ sind Ebenen, die als atypisch klischeehaft weiblich gelten und in der Nachrichtenberichterstattung vordergründig keinen Platz finden. (vgl. Pantti 2008, 29) Dass Emotionalität mittlerweile auch von männlichen Politikern gezeigt und angenommen wird, wird auf Seite 61 erläutert.

Berichte über Politik ähneln hinsichtlich der Sprache einer Schlacht oder eines Wettkampfes. Männliche Metaphorik, die in einer Sprache des Krieges, des Eishockeys oder des Boxkampfes (Pantti 2008, 29) zum Tragen kommt und in dieser Form auch in der politischen Berichterstattung angewendet wird, kommt der Positionierung der Leistung von Frauen als Politikerinnen nicht zugute. Zudem wird der Eindruck vermittelt, dass Politik grundsätzlich kein Betätigungsfeld für Frauen sei. (vgl. Pantti 2008, 29)

Diese Erkenntnis lässt vermuten, dass Frauen, die einen Anspruch auf eine politische Position erheben oder sich darum bewerben, maskuline Züge in der Rhetorik anwenden sollen um erfolgreich zu sein. Das würde weiter bedeuten, dass sie damit auch männliche Attribute übernehmen um so ihre Meinung über ein politisches Thema mit entsprechender Härte darstellen. Allerdings wird dieser Schluss mit einer Studie widerlegt, wo die Erkenntnis lautet, dass es in Hinsicht auf die Möglichkeit, Wahlen zu gewinnen, unerheblich erscheint, ob sich Frau einer maskulinen oder traditionell femininen stereotypen Sprache annimmt. (vgl. Pantti 2008, 29)

Was in diesem Zusammenhang zum Tragen kommt, ist das *Double bind* oder die gegensätzlichen Erwartungen, denen Politikerinnen gegenüberstehen. Einerseits kämpferisch, männlich treten sie inakzeptabel weil unweiblich auf. Im Gegenzug dazu werden weiblich

auf tretende Politikerinnen als unfähig betrachtet, wie sich in der feministischen Medienforschung herauskristallisiert hat. (vgl. Pantti 2008, 30) Dass nicht jede Politikerin vom *„Geschlechtertrumpfó*, wie es Ross & Streberny nennen, profitieren will oder kann, sei nur kurz erwähnt. In diesem Zusammenhang wird auf die stereotype Rollenverteilung angeknüpft und davon gesprochen, dass das kalte Politikfeld durch eine Politikerin, die in der Rolle einer Mutter steht, um die notwendige *„Humanität und Moralitätó* reicher wird. (vgl. Pantti 2008, 30)

Außer wenn es um Emotionalisierung politischer Akteure/innen geht. Hier sind die Wahrnehmungen unterschiedlich. Es geht um die Darstellung von Politiker/innen, die die emotionale, intime Seite nach außen, der Öffentlichkeit präsentieren. Durch das Zeigen von Emotionen haben sich Politiker ein Feld eröffnet, welches an zusätzlicher Fürsprache in der Bevölkerung gebracht hat. (vgl. Pantti 2008, 31) Dabei geht es nicht darum, dass ein Politiker den Medien nach dem Tod eines privaten Freundes und Politiker beinahe einen Nervenzusammenbruch der Öffentlichkeit darbietet, sondern die Art der *„erhaltenen Tränenó*.

Bill Clinton war ebenso Medienprofi wie Gerhard Schröder, der in der Öffentlichkeit private Themen nach Außen getragen hat. Mit Erfolg, wie sich zeigte. Im Gegensatz dazu ist auch in dieser Hinsicht nach wie vor keine Gleichstellung der Geschlechter zu erwarten, weil Emotionalität als stereotypisch weibliches Adjektiv öffentlichen Raum bekommt. Nach wie vor ist es so, dass *„maskuline Emotionalisierungó* als *„allgemeine menschliche Qualitätó* gilt und zudem noch mit Stärke und Feinfühligkeit an positive Resonanz erfährt. Die Emotionalität von Frauen und weiteren untergeordneten Gruppen ist nach wie vor ein Tabuthema auf dem Sektor Öffentlichkeit. Sobald eine Frau weint, geht das menschliche an ihr für die Öffentlichkeit verloren. Vielmehr wird sie ab diesem Zeitpunkt als geschlechtlich weiblich und als etwas *„Besonderesó* gesehen, da in diesem Fall das Weinen als Schwäche gesehen wird. (vgl. Pantti 2008, 31f)

5 Hindernisse im Medienalltag von Politikerinnen

5.1 Politische Perspektiven

5.1.1 Überalterung des politischen Begriffs

Aus den Erkenntnissen der Medienrezeption, die erst sehr spät Teil der feministischen Forschung geworden ist (vgl. Dorer/Klaus 2003, 556) ist deutlich erkennbar, wie wesentlich eine vielfältigere Informationsvermittlung im Bereich der politischen Kommunikation ist. Personalisierung, Emotionalisierung und Intimisierung gewinnen mehr und mehr an Bedeutung. (vgl. Köpl 2008, 35)

Die nach wie vor vorherrschende Form der dualen Konzeption von Information und Unterhaltung in der politischen Berichterstattung führt zu einem doppelten Ausschluss von Frauen. Der Veränderungsprozess zu einer vielseitigeren Berichterstattung führt unter anderem über die Neukonstruktion des politischen Begriffes. Politik und Unterhaltung sind aufgrund der unterschiedlichen Art der Rezeption von Männern und Frauen nicht mehr strikt voneinander zu trennen. Vermittlung und Darstellung wird immer mehr angenähert, was in Bezug auf Politik und Unterhaltung auch bedeutet, dass die Entwicklung von einer parlamentarisch-repräsentativen zu einer medial-repräsentativen Demokratie vonstatten geht, was den Schluss aus dem anpassenden Verhalten an die Medienlogik bedeuten kann. (vgl. Köpl 2008, 35)

Köpl weist in ihrer Untersuchung darauf hin, dass dieser doch eher kulturpessimistische Blick hin zu einer Mediokratie durch Medialisierung (vgl. Köpl 2008, 35) auf einer zu eingeschränkten Begrifflichkeit von Öffentlichkeit hindeutet. Mediokratie kann als Beziehung zwischen Politik und Medien, in der die Regeln der Medien mehr und mehr die Regeln der Politik bestimmen, also die Qualität der Inszenierung, ähnlich wie beim Theateró (vgl. Bisky 2007, 17) gesehen werden. In Forschungsfeldern feministischer Sozialwissenschaftler/innen wird hier durch eine komplexere Sichtweise ein übergeordneter Fokus geschaffen. Ein übergeordneter Fokus auf politische Kommunikation, mittels dem der Öffentlichkeitsbegriff hinterfragt, zerlegt und wieder neu konstruiert wird um dem semantischen Veränderungen Rechnung zu tragen. Der Begriff der Öffentlichkeit ist als bewegliche, veränderbare Form zu sehen und nicht als starrer, unveränderbarer Teil der Semantik. Ebenso sind neue Räume, alternative Umsetzungspraktiken in der politischen Handlungsstruktur im Zuge der Medialisierung der Vorgang der Veränderung in der Begrifflichkeit des Politischen zu erwarten. (Köpl 2008, 35)

5.1.2 Ungleiche Präsenz von Politiker/innen bei Redezeiten

Von der Parlamentsfraktion ~~A~~Die Grünen⁶ wurde für das Jahr 2005 ein Überblick über die Redezeiten im Nationalrat während der Übertragungszeit im ORF von 9.00 ñ 13.00 Uhr geschaffen. Vom 26.1.05 bis 21.12.2005 wurden die politischen Akteure/innen des Nationalrats zahlenmäßig erfasst.

Tab. 20: Redner/innen des Nationalrates absolut und (in %) 2005 ñ XXII. GP

ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne	
m	w	m	w	m	w	m	w
76	23	76	26	71	27	41	57
99		102		98		98	
76,77%	23,23%	74,51%	25,49%	72,45%	27,55%	41,84%	58,16%

Quelle: www.gruene.at, Die Grünen, Redezeiten 05, 5.6.09

Wie im Vergleich mit Abb. 1 ~~A~~Entwicklung des Frauenanteils im Österreichischen Parlament seit 1918⁶ auf Seite 14 deutlich wird, ist der Frauenanteil im Jahr 2005 unvergleichbar höher gewesen als heute, 2009. Trotzdem sind die Frauenanteile bei den Redezeiten mit 23,23 Prozent bei der ÖVP, 25,49 Prozent bei der SPÖ und 27,55 Prozent bei der FPÖ bei maximal einem Drittel der Gesamtredezeiten des Jahres 2005. Die Grünen waren die einzige Parlamentspartei, die im Plenum einen Frauenanteil von über der Hälfte verbuchen konnte. In diesem Fall war der Frauenanteil bei Reden im Plenum während der ORF-Übertragungszeit bei 58,16 Prozent, um ein Vielfaches mehr als bei den anderen Parlamentsfraktionen.

5.1.3 Parteipolitische Aspekte zum Frauenanteil in den Medien

Gründe dafür, warum Frauen in nur marginaler Form Teil der politischen Medienrepräsentanz sind, lassen sich auch von der parteipolitischen Struktur ableiten. Demnach sind auf den einzelnen Ebenen der Parteien in Österreich soziokulturelle, kulturelle und institutionelle Faktoren ausschlaggebend. ~~A~~Geschlechtsspezifische Partizipationsmöglichkeiten und Rekrutierungsmechanismen⁶ (Steininger 2006, 263), welche zu den institutionellen Einflussfaktoren zu zählen sind, tragen wesentlich dazu bei, wie Politiker/innen innerhalb der Parteistrukturen und im Bereich der Medienrepräsentanz positioniert sind. (vgl. Steininger 2006, 262)

Nach wie vor sind Frauen bezüglich Spitzenpositionen in den Parteien unterrepräsentiert. Die klassische Rolle von Frau in der Politik sieht Steininger in jener der ~~A~~Stellvertreterin des

Parteibobannes bzw. des Parteivorsitzendenó (Steiningel 2006, 263). Bis auf die Ausnahme der Grünen-Parteibofrau Drⁱⁿ. Eva Glawischnig-Piesczek (seit 2008) stehen derzeit in allen Parlamentsfraktionen Männer an oberster Position. (vgl. Steiningel 2006, 263)

Im Sinne von gender mainstreaming sei als übergeordneter Begriff für A Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsthema in alle Politikfelder, Aktivitäten und Maßnahmenbereiche zu integrierenó zu sehen (Steiningel 2008, 263). Dahingehend wäre als Voraussetzung zu sehen, Geschlechterverhältnisse in Institutionen der Politik nicht nur quantitativ u. a. durch Quotenregelungen in der Entwicklung voranschreiten zu lassen, sondern dass auch Ausgewogenheit im Zuge der innerpolitischen Präsentation und Medienrepräsentation von Themen erreicht wird. (vgl. Steiningel 2006, 263)

Im Sinne der Geschlechterdemokratie als A gleiche Präsenz und Partizipation und von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ñ auch in der Politik ñ verstandenó (Steiningel 2006, 263), sind die Repräsentationsmöglichkeiten der Interessen dennoch unterschiedlich. Da Geschlechterbias³⁹ trotz Willensbildung durch Parteiinteressen und Parteizugehörigkeit auch in der politischen Meinungsbildung vorhanden ist. Diese Unterschiede auch zu thematisieren und verschiedene Perspektiven in Entscheidungsgremien Teil davon sein zu lassen, bedeutet zumindest eine zahlenmäßige Angleichung von Frauen und Männern. (vgl. Steiningel 2006, 263)

5.1.4 Maskuline Selbstverständigung im Wahlkampf

Der deutschsprachige Raum beschreibt in sich ein ähnliches Bild der Repräsentation von Frauen in der Politik. In diesem Sinne können aus den vorhandenen Untersuchungen von Lang und Sauer (2008) für die österreichische Medienlandschaft Schlüsse im Sinne der Repräsentation von Nationalrätinnen gezogen werden.

Untersuchungsobjekt war die Wahlkampfzentrale der deutschen Bundestagswahl 2002. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass es sich um einen Platz der maskulinen Selbstverständigung handelt, wo die Vorgangsweise von vier Filterfunktionen geprägt ist (vgl. Lang/Sauer 2008, 194):

1. Polarisierung von A hartenó und A weichenó Themen

³⁹ Geschlechterbias: Unterschiedliche Auswirkungen von Themen auf Frauen und Männer

In der Politik werden die Themen im Zuge einer Vergeschlechtlichung diskursiv nach Wichtig und Unwichtig hergestellt. Wichtige/harte sowie unwichtige/weiche Themen finden sich an verschiedenen Positionen wieder. Werden Wahlkampfthemenlisten erstellt, finden sich die weichen Themen, die als eher bedeutungslos zu bezeichnen sind, im unteren Drittel des Mittelfeldes. Dazu gehören auch Frauen- und Geschlechterfragen. (vgl. Lang/Sauer 2008, 194)

Wahlkampfstäbe der Bundestagswahl 2002 gingen nach den Befunden dieser Erhebung zwar theoretisch davon aus, dass frauenspezifische Themen Bearbeitung finden sollen, siedelten in der Praxis diese Bereiche jedoch nur im unteren Bereich des Themenspektrums an. Nach der Befragung ergab sich ein Umfang auf vierzehn Themen. (Lang/Sauer 2008, 194)

Themengliederung nach Häufigkeit der Nennung:

1. *Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (6-8 Nennungen)*
2. *Außen- bzw. Friedenspolitik (5 Nennungen)*
3. *Familien-, Sozial- und Umweltpolitik (je 4 Nennungen)*
4. *Chancen- und Gleichstellungspolitik (konkret Chancengleichheit und häusliche Gewalt) fanden ausschließlich bei PDS-Vertreter/innen und einer SPD-Vertreterin Erwähnung. (Lang/Sauer 2008, 194)*

Es ist hinzuzufügen, dass die erstgereihten Themen wie Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Außenpolitik nicht in Zusammenhang mit unterschiedlicher Auswirkung auf Frauen und Männer gesehen wurden, was bedeutet, dass Genderbias diese Bereiche kennzeichnete. (Lang/Sauer 2008, 195)

2. ~~A~~Kleinster gemeinsamer Nenner der Themen

Auf der Themenpalette den kleinsten gemeinsamen Nenner herauszuarbeiten, bedeutete für Lang und Sauer, die nach aktuellen Marketingstrategien notwendige politische Mitte zu finden, um Wahlen gewinnen zu können. Diese Fokussierung hatte für die Themen des frauenpolitischen Wahlkampfs zur Folge, dass sich ~~A~~Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Spezifikum herauskristallisierte. Dadurch wurden Frauen mit ~~A~~Familie in Zusammenhang

gesetzt und in diesem Kontext auch beworben. Dabei war u.a. davon die Rede, diese Themen frauenspezifisch aufzuarbeiten, damit das *Biologische Handicap* von Frauen ausgeglichen wird, wie der Berater von Edmund Stoiber die Linie begründet. (vgl. Lang/Sauer 2008, 195) Im Zuge der Befragungen kritisierten in erster Linie Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)-Wahlkämpfer/innen, dass Familienpolitik im selbstverständlichen Kontext mit Frauenpolitik gesehen wird und spricht von einem *Backlash* gegenüber der Errungenschaften der Frauenbewegungen, einer Gegenbewegung dazu. So war die PDS die einzige Partei, die Familienpolitik als Teil von Männer- und auch Kinderpolitik zu sehen bereit war. Eines ihrer Flugblätter trug zur Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf den Titel *Frau kann es, man(n) kann's lernen*. (vgl. Lang/Sauer 2008, 195f) Im Wahlkampf blieben sie die einzigen, die diese Sichtweise bewarben.

3. Negation und Konstruktion von Geschlechterdifferenz

Die Erkenntnisse der Befragungen machen klar, dass zwar grundsätzlich Gleichstellungspostulate verbalisiert werden, in der Umsetzung jedoch von einer biologischen Differenz der Geschlechter ausgegangen wird und darauf baut sich die entsprechende Wahlkampfstrategie auf. Ungeachtet dessen, dass es sich größtenteils um absolut nicht mehr der Zeit entsprechenden biologistischen Frauen- und Männerbilder handelt. (Lang/Sauer 2008, 196)

Frauen wurden einerseits über ein antiquiertes Frauenbild definiert und als Frau und Mutter angesprochen, andererseits in der Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit über bestimmte Themen des Wahlkampfes beworben. (vgl. Lang/Sauer 2008, 197)

So fand ein Vertreter der Wahlkampfzentrale KAMPA⁴⁰ 09 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) folgende Begründung für die Anführung bestimmter Themen in Bezug auf Frauen:

*Nicht alle Themen wurden als durch Geschlecht strukturiert perzipiert, sondern nur **A**bsondere, die dann mit einem spezifischen Bild von Weiblichkeit gekoppelt wurden. Aufgrund ihrer **A**stärkere(n) lebensweltliche(n) Verankerung, durch die **A**Frauen an bestimmten Stellen ein höheres Maß an Sensibilität **e** gegenüber sozialen Themen als Männer **o** hätten. (Lang/Sauer 2008, 197)*

⁴⁰ www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,557186,00.html, SPD sucht Superstrategen für den Wahlkampf, Autor: Carsten Volkery, 4.3.09

4. Mangelndes Geschlechterwissen

Aus den Interviewergebnissen konnte festgestellt werden, dass Grundvoraussetzungen für eine gezielte, gesellschaftspolitische Frauenpolitik Wissen über folgende Bereiche notwendig ist:

1. Sozial und politisch hergestellte Unterschiede zwischen Frauen und Männern
2. Soziale Benachteiligungsstrukturen
3. Politische Ausschließungsmechanismen qua Geschlecht (Lang/Sauer 2008, 197)

Durch die Befunde der Untersuchungen mit den Wahlkampfzentralen des deutschen Bundeswahlkampfes wurde somit deutlich, dass Parteien wie Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)/Christlich Soziale Union (CSU), SPD und Freie Demokratische Partei (FDP) der Umgang mit der unterschiedlichen Auswirkung von Politiken auf Männer und Frauen ñ dem Geschlechterbias ñ nicht vertraut sind. Somit fehlt auch der Zugang zu einer konstruktiven Frauen- und Geschlechterpolitik, die Frauen konsequent und zielführend aus ihrer geringeren Präsenz im Medienalltag der Politik, den Führungspositionen im politischen Alltag, etc. führt. (vgl. Lang/Sauer 2008, 197)

Frauen- und Familienpolitik sind bei den genannten Parteien untrennbar miteinander verbunden. Wird von Familienpolitik gesprochen, ist das eine automatische Verknüpfung mit Frauenpolitik nach der Erkenntnis von Wahlkämpfern der CDU/CSU, wo eine biologistische Definition von Frau zur Ansicht gelangen lässt, dass Frau ausschließlich Familienfrau und Frauenpolitik demnach Familienpolitik bedeutet. „() alles, was Familie ist, also alles, was Frauen ist, ist meistens auch Familie“ (Lang/Sauer 2008, 197) erklärten Wahlkämpfer der CDU/CSU. (vgl. Lang/Sauer 2008, 197)

Die Wahlkampfstrategien waren entsprechend angelegt. Bezüglich der medialen Präsenz von Frauenpolitischen Themen konnte dargestellt werden, dass die geschlechterbezogenen Artikel kurz gehalten waren. Von 576 Artikeln hatten knapp 90 % weniger als 700 Wörter als klassische Zweispalter. Knapp über 5 Prozent der Artikel waren Leitartikel und 11 Prozent der Artikel (63) schrieben über Frauenpolitik als zentrales Thema. (vgl. Lang/Sauer 2008, 199)

Zeitungen, die Artikeln mit Geschlechterbezug herstellen, beginnend mit der Zeitung, die die meisten Artikel zur oder über Frauenpolitik veröffentlichte:

1. Frankfurter Rundschau
2. Frankfurter Allgemeinen Zeitung
3. tageszeitung
4. Süddeutsche Zeitung

Wird die Qualität der Artikel untersucht, ist erkennbar, dass die Tageszeitung⁶ wie auch die Süddeutsche Zeitung zwar mengenmäßig weniger Artikel mit frauenpolitischem Bezug brachten. Wenn sie jedoch einen Artikel veröffentlichten, hatte dieser Frauenpolitik als zentrales Thema. Insofern kann das quantitative Ergebnis der Untersuchung etwas relativiert werden, das in aussagekräftigeren Artikel nachzulesen war. (vgl. Lang/Sauer 2008, 198)

Eine Ursache, warum frauenpolitische Themen nicht in einem größeren Ausmaß thematisiert wurden, ergibt sich aus dem Zusammenhang zwischen den von Wahlkampfstrategen hergestellten Prioritäten bei der Erstellung von Wahlkampfthemenlisten und den Akteur/innen, die diese mehr oder weniger wichtig erscheinen lassen und vertreten. Darüber hinaus wird auch ein wesentlicher Zusammenhang zwischen Wahlkampfstrategischer Reduktion von Frauen- auf Familienpolitik und der medialen Berichterstattung stark war⁷ (Lang/Sauer 2008, 199). (vgl. Lang/Sauer 2008, 199)

Abhängig von Wahlkampfstrategien und Öffentlichkeitsarbeit von politischen Parteien wird ein medialer Diskurs geschaffen oder reduziert. Die Eigenständigkeit von Medien, unabhängig von Inszenierungen in Wahlkampfzeiten politisches Agenda-Setting zu Frauenthemen zu forcieren. (vgl. Lang/Sauer 2008, 199) Das Resultat daraus war und ist eine geringe Positionierung von Gleichstellungs- und Frauenpolitik in den Medien. Eine Ausnahme brachte die Familienpolitik in einen künstlichen Höchststand in der medialen Landschaft. Katharina Reiche wurde im August 2002 Anstoß für Grundsatzfragen bezüglich frauenpolitischer Themen und steigerte insofern die Medienpräsenz von Frauenfragen, wenngleich auch in Zusammenhang mit Familie. (vgl. Lang/Sauer 2008, 199) In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Katharina Reiche zum Zeitpunkt der Wahl ein Kind erwartete und ledig war und sich für Familienthemen einsetzte. Die katholische Kirche feindete im Zuge dessen die CDU/CSU und im Speziellen Katharina Reiche an, worauf ihr der Kompetenzbereich Familie⁸ von Stoiber abgezogen wurde. (vgl. Lang/Sauer 2008, 202)

Das mediale Indexieren, welches durch die Spitzenkandidaten der deutschen Bundestagswahl 2002 stattfand, lässt sich daran erklären, dass das Maximum an frauen- weil familienpolitischer Kompetenz Gerhard Schröder und Edmund Stoiber zugeschrieben wurden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Medien die *Aschablonen*, die durch die mediale Positionierung der verschiedenen Lebensstile der Ehegattinnen von Stoiber und Schröder begründet wurden. (vgl. Lang/Sauer 2008, 201) Wurden diese beiden Kandidaten im medialen Spitzenfeld positioniert, waren die Spitzenkandidatinnen aus PDS und Bündnis 90/Grüne in Direktzitatzen kaum sichtbar. (vgl. Lang/Sauer 2008, 200)

Weder wurden die Frauenpolitikerinnen der einzelnen politischen Parteien von den Medien vermehrt inhaltlich angeführt, um ein Korrektiv herzustellen, noch wurden ausgewiesene Frauenpolitikerinnen durch z.B. Zitieren in einem größeren Ausmaß mit frauenpolitisch relevanten Themen dargestellt. So verhielten sich die Medien als *Verstärker* der De-Thematisierung und nicht als jene, die eine Ungleichheit auszugleichen versuchten. (vgl. Lang/Sauer 2008, 200)

5.1.4.1 Themen der Frauenbewegung in Medien

Nur 21 Prozent der Nachrichtentexte weltweit handeln von Frauen. (Flicker 2008, 129) Abgesehen von Vorwahlkampfzeiten, wo es zu einer auf diese zeitliche Phase beschränkte Erhöhung der Präsenz von Frauenthemen – wie im vorigen Kapitel erläuterten Frauen- als Familienthema - kommen kann, sind Frauen in Medien, wenn, dann in überwiegendem Maße als Berühmtheit oder Stars angeführt. (vgl. Flicker 2008, 129) Dass Frauen im Nationalrat einen Anspruch auf Berühmtheits- oder Starpräsenz im sachlichen Zusammenhang mit ihrer Arbeit entsprechend Expertinnenpräsenz entwickeln, passiert in geringem Maße aber doch. Dabei sind Kernthemen, mit denen Frauen in den Medien immer wieder in Kombination angeführt werden in erster Linie:

Gewalt und Mißbrauch an Frauen und Mädchen, Verstümmelung/Beschneidung, Prostitution, Sexarbeit, Obdachlosigkeit, Drogenabhängigkeit, AIDS, Armut, Mutterschutz, Alleinerzieherinnen, Nachtarbeit, Arbeitslosigkeit, Pensionsabsicherung, Politische Partizipation, Migration Chains, Stalking udgl. (Flicker 2008, 129)

Die zahlreichen negativen Kontexten, die damit hervorgerufen werden, lassen ein Bild entstehen, in welchem Frau in stereotypen Elendsbildern wiederfinden lässt:

- Frauen sind Opfer
- Frauen leben im Elend
- Frauen brauchen wie Kinder männlichen Schutz (Flicker 2008, 130)

Aus diesen Klischees auszubrechen und Eigenschaften wie schwach, diskriminiert, gefoltert, arm, verletzlich, leidend usw. loszuwerden, ist Voraussetzung, um an der Macht teilhaben zu können, rief Generalsekretärin Getrude Mongella vor der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 zur aktiven Veränderung von Zuschreibungen auf. (vgl. Flicker 2008, 130) Wobei dieser Aufruf nicht bedeuten soll, beispielsweise Gewalt gegen Frauen zu bagatellisieren, aber es impliziert den Aufruf, sich seiner selbst zu bekennen und Selbstwert zu zeigen.

5.2 Mediale Perspektiven

5.2.1 Reduzierte Form der Kommunikation

Wird im Begriff der politischen Kommunikation die Konstruktion der politischen Kommunikatoren und klassischen Institutionen der Politik (z. B. Parteien als Informationsträger) erfasst, so handelt es sich in erster Linie um objektive vor subjektive Strukturen und Verfahren der politikwissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Mit den subjektiven Strukturen, die ebenso wichtig im Verständigungsprozess der Gesellschaft sind, wird die politische Kommunikation um jenen Part verringert, der vordergründig frauenrelevante Bereiche umfasst.

Köpl bezieht sich auf Klaus und formuliert drei Netzwerke:

- Informelle Netzwerke
- Private Netzwerke
- lokale Räume und Netzwerke. (Köpl 2008, 36)

Die Beteiligung von Frauen an diesen Spektren ist höher und wird durch eine Ausgrenzung dieser aus der politischen Kommunikation herausgenommen bzw. in stark verminderter Form wiedergegeben und eingeschlossen. Handelt es sich um einen eng gefassten Begriff des Politischen, so wird auf traditionelle Akteur/innen und Institutionen zurückgegriffen.

Demgegenüber gibt es schon heute, nicht nur im Zuge der feministischen Forschung eine Öffnung zum *„beweglicheren“* Theoriepolitikbegriff. Insofern beweglicher, als dass der Begriff Politik einen Aufbruch erfährt und dadurch eine Verschiebung der Inhalte zugelassen wird. Dabei ist auch politische Kommunikation als vernunftgeleitete Art der Auseinandersetzung, die wiederum ausblendet, was Bereiche einschließt, die Frauen aktiv gestalten und passiv jenseits des Scheinwerferlichts mitgestalten. Gegenüber diesen Bereichen, die nicht entsprechend als männlich codiert gelten und unterrepräsentiert vorkommen, ist Veränderung eine notwendige Voraussetzung, um die vielseitigere Art der politischen Kommunikation zu erfassen. Nicht zuletzt deshalb, weil Eindrucks- und Emotionsmanagement mit unterschiedlichen Stilmitteln Bestandteil politischen Handelns sind. (vgl. Köpl 2008, 37)

5.2.1.1 Geschlechtlich codierte Medientexte

Im Zuge der Medienaneignung herrschen unterschiedliche Möglichkeiten der Selbstpositionierung von Männern und Frauen. Eine Möglichkeit, diese Positionierung im Zuge der Medienaneignung im Bereich der Politikberichterstattung, welche männlich codiert ist, zeigen Untersuchungen von Ang und Hermes aus dem Jahr 1994, worauf sich Johanna Dorer bezieht. Demnach wird auf drei Ebenen gearbeitet:

- **Ebene der Geschlechterdefinitionen**
 - Alle gesellschaftlich produzierten Diskurse zum Geschlechterverhältnis
- **Ebene der Geschlechterpositionierungen**
 - All jene in Medieninhalten angebotenen geschlechtlichen Subjektpositionen
- **Ebene der Geschlechteridentifikationen**
 - Jene geschlechtlichen Subjektpositionen, die Rezipient/innen im Prozess der Medienaneignung tatsächlich teilnehmen.(Dorer 2008, 175)

Mit den drei Ebenen der Geschlechterdefinition, -positionierung und -identifikation ergibt sich eine Verknüpfung von Möglichkeiten von *„geschlechtlich codierten Medientexten und gesellschaftlichen Diskursen“* (Dorer 2008, 174). Damit wird erreicht, dass Rezeptionsprozesse nicht auf einer eingeschränkten individuellen Basis verbleiben sondern ein fortlaufender Prozess der ständig neuen Konstruktion des Geschlechts strukturell und

individuell stattfindet. Affirmationen, Verschiebungen und Veränderungen sind fester Bestandteil im diskursiven Prozess der Geschlechterkonstruktion. (vgl. Dorer 2008, 175)

Mittels Kollektiver Erinnerungsarbeit wurden von Dorer männlich codierte Bereiche wie das Internet und politische Berichterstattung festgehalten. Entwickelt wurde die Kollektive Erinnerungsarbeit von Frigga Haug und fand mit Brigitte Hipfl in kommunikationswissenschaftlichen Fragestellungen Anwendung. Konkret findet im Prozess der Kollektiven Erinnerungsarbeit das Verschränken und Analysieren von privaten und individuellen Erzählungen mit öffentlichen Diskursen statt. Aus diesen Ergebnissen lassen sich gemeinsame, kollektive Erfahrungen herausfiltern. Angelehnt an die von Haug entwickelte Kollektive Erinnerungsarbeit wurden Bereiche um politische Berichterstattung und Internet, männlich codierter Bereiche (Dorer 2008, 176) erweitert.

Mittels folgender zu hinterfragender Gebiete wurde die Untersuchung durchgeführt, um diese in die Ergebnisse in die Befunde zum Rezeptionsverhalten einfließen zu lassen:

- Umgang mit dem täglichen Informationsangebot
- Erfahrungen, sich auf den laufenden zu halten
- Umgang mit besonders beeindruckenden Nachrichten (Dorer 2008, 176)

Bei den empirischen Befunden stellte sich heraus, dass es sich bei Frauen um eine größere Vielfalt an politischen Subjektpositionen handelte. Im Gegensatz dazu konnte eine derartige Vielfalt bei den Männern nicht festgestellt werden. Hier kommen vielmehr die traditionellen Geschlechterstereotype zum Tragen. Mann hat demnach ein weniger differenzierteres Spektrum an Möglichkeiten als Frau und ist mehr auf den Bereich politisches Interesse und politische Berichterstattung festgeschrieben bzw. schreibt sich in der Selbstkonstruktion auf einen Bereich fest. Insofern sind bei Frauen eher Änderungen zu erwarten als bei Männern, die mit geschlechterstereotypen Verhalten festgeschrieben zu sein scheinen. (vgl. Dorer 2008, 176)

Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die Flexibilität von Frauen mehr genutzt denn ignoriert werden soll um auch hier die Interessen an Nachrichtensendungen zu entsprechen. Aufgrund künstlicher Geschlechterkonstruktionen Nachrichten als männliche Dominanz

aufrecht zu erhalten und Politikerinnen weiterhin weitestgehend auszuklammern sei in diesem Zusammenhang der falsche Weg.

5.2.2 Trivialisierung/ Unsichtbarkeit und Nicht-Existenz

Nach wie vor gilt der von der amerikanischen Kommunikationswissenschaftlerin Gaye Tuchman, auf die sich Elisabeth Klaus in ihren Ausführungen bezieht, 1978 erläuterte Ansatz der Verbannung von weiblichen Themen und Bereichen. So wird davon gesprochen, dass jene Bereiche in den Medien unterrepräsentiert sind, die Teil der umfangreichen, lebensumfassenden Räume von Frauen sind. Sie sind nicht unterrepräsentiert, sondern vielmehr in die Nicht-Existenz verbannt. Der Platz der Frau in den Medien ist einer Trivialisierung ausgeliefert. Im Zuge dessen werden Frauen im Non-Fiction-Bereich vor allem als Alltagspersonen, Betroffene, als Moderatorinnen und Sprecherinnen präsentiert (Klaus 2002, 25). In wesentlich geringerem Ausmaß oder gar nicht als Expertinnen, Funktionärinnen oder Politikerinnen kommen politische Akteurinnen zu Wort. Im Gegenzug dazu erscheinen sie grundsätzlich häufiger im Zusammenhang mit häuslichen, beziehungsorientierten, alltäglichen Rollen, was auf eine Konstruktion von Frauen- und Männerräumen in den Medien zurückzuführen ist. (vgl. Klaus 2002, 25) Nicht nur die Konstruktion ist ausschlaggebend, sondern auch der als zusätzlicher Nachrichtenwert auszuweisende

5.2.3 Öffentlich ist männlich ñ Privat ist weiblich

Im Zuge der feministischen Analysen der 1980er Jahre wurde recherchiert, inwiefern Frauen aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen wurden. Es wurde der Schluss gezogen, dass dies im Zusammenhang mit patriarchalisch-bürgerlichen Herrschaftsmechanismen steht und darüber hinaus ein Dualismus geschaffen wurde. Es handelte sich um die Gegenüberstellung von Öffentlich und Privat wie Vernunft und Emotion, Geist und Körper. In diesem Zusammenhang kam das Argument hinzu, dass Frau aus der weiblichen Natur heraus in den privaten Bereich einzuordnen sei. Zeitgleich kommt es zu einer Vergeschlechtlichung der einzelnen Bereiche, öffentlich zu männlich, privat zu weiblich. Nicht nur durch die Zuordnung kommt es zur Diskriminierung sondern durch die Schlussfolgerung, dass privat als nicht politikwürdig außerhalb des öffentlichen Diskurses steht. (vgl. Köpl 2008, 39)

Daraus ergibt sich eine weitere Verknüpfung zum Thema, warum Frauen in der Position als Politikerinnen in einem lang andauernden Entwicklungsprozess von Medialisierung eingeschlossen sind. Wobei Medialisierung unter anderem den Prozess von politischen Einrichtungen und Organisationen, die ihren eigenen, inneren Aufbau und Handlungsmöglichkeiten auf die Handlungsabläufe von Massenmedien einstellt. (vgl. Donges 2006, 164-165)

Während des 20. Jahrhunderts kam es zu einer Veröffentlichung von Themen, die dem privaten Bereich zugeordnet wurden. Gewalt in Familien und weitere Forderungen nach körperlicher Selbstbestimmung hatten Gesetzesbeschlüsse zur Folge, die Teil der politischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse wurden. (Köpl 2008, 39)

Ausschließungs- und Unrechtserfahrungen galten als zentrale Ressource im Kampf um politische und gesellschaftliche Veränderung. (vgl. Köpl 2008, 39) Aus der feministischen Perspektive bedeutet im Bezug auf Öffentlichkeit und Politik, eine Abschiebung von Themen oder Personen in den privaten Raum ein Ausgrenzen und Abschieben weiblich codierter Bereiche in einen Raum, der unsichtbar wird. Im Zuge der Frauenbewegung wird darauf hingewiesen, dass, nachdem alles öffentlich abgehandelt werden kann und thematisiert werden kann, es keinen Grund gibt, irgendeinen Bereich als nicht-öffentlich auszugrenzen. Entgegen dem der Aufklärung geschuldetes Ideal, des in der politischen Öffentlichkeit frei von realen lebensweltlichen Bezügen (ökonomischer und familiärer Hintergrund) rational argumentierenden männlichen Aktivbürgers (Köpl 2008, 39) wurde die Forderung nach einer Feminisierung der öffentlichen Diskussion laut. (vgl. Köpl 2008, 39) Die Neue Frauenbewegung sieht eine Anforderung an die Weiterentwicklung der Diskussionen jenseits politischer und ökonomisch-materieller Fragen als notwendig, um die genannten unsichtbaren Bereiche, die einen großen Teil des Lebens betreffen, zu sichtbar werden zu lassen. (vgl. Köpl 2008, 39)

Die Möglichkeit, wählen zu gehen bzw. gewählt werden zu können war bzw. ist ein wesentlicher Schritt, um in Sphären zu gelangen, die vor hundert Jahren für Frauen noch verschlossen waren. Allerdings ist die Entwicklung parallel zu diesen Formalitäten ebenso wichtig und wesentlich um das Potential, welches mit Politikerinnen vorhanden ist, genutzt zu wissen. Die Unterschiedlichkeit in der Herangehensweise an Themen und Konflikte muss nicht zwingend eine weniger interessante und zielführende bedeuten. Dass eine Entwicklung

ermöglicht wird, ist ein Voranschreiten der feministischen Entwicklung im Bereich der Politik und Öffentlichkeit notwendig.

5.2.4 Geschlechterdifferente Bewertung von Politiker/innen

Die Frauenbewegung forderte ~~A~~personenorientierte Berichterstattung, nach Einbindung von Alltagserfahrungen und häufigerem Vorkommen von ganz normalen Menschen (ö)ó (Köpl 2008, 43), was bislang auch als erfüllt betrachtet werden kann. Dass sich auch negative Konsequenzen daraus ergeben können, wie es vor allem im Jahr 2008 mit dem Fall Kampusch und dem Missbrauchsfall von Amstetten zeigte, wo Mindestethikstandards der Berichterstattung verfehlt wurden, bleibt unbestritten. (Köpl 2008, 43)

Nicht negativ aber ambivalent kann das vordringen von Frauenöffentlichkeiten in massenmediale Öffentlichkeiten betrachtet werden. Frauenfeindliche Darstellungen, Sexismus in Bezug auf Frauen ist ebenso Teil der medialen Öffentlichkeit wie die Abwertung von Frauen in Hinblick unkritische Rezeption von Medien oder einer geschlechterdifferenten Bewertung von Politiker/innenportraits die aus dem privaten und öffentlichen Bereich herangezogen werden. (vgl. Köpl 2008, 44)

Werden private Details an die Öffentlichkeit gegeben, so wirkt sich das aufgrund einer geschlechterdifferenten Bewertung von Privatem und Persönlichem unterschiedlich für Politikerinnen und Politikern aus. Vordergründig wird eine Geschlechterhierarchie aufrechterhalten, wobei bei Politikerinnen die Anführung von Details zu ihrem Nachteil öffentlich gemacht werden. (Köpl 2008, 44). Durch diese Darstellung bzw. den negativen Bezug gestaltet es sich schwierig mit Sachthemen in der Welt der Massenmedien ernst genommen zu werden.

Dass Privatheit in der Öffentlichkeit auch positives Bewirken kann, ist unbestritten. Ist letztendlich durch die Veränderung auf dem Sektor Öffentlichkeit und Privatheit und der Verschiebung der Bereiche die öffentliche Abhandlung von Missbrauch, Vergewaltigung in der Ehe, usw. kritische Sensibilität ermöglicht worden. Die politische Diskussion als öffentlicher Diskurs folgte und notwendige Gesetze zur oben genannten körperlichen Selbstbestimmung von Frauen wurden gesetzlich verankert. (vgl. Köpl 2008, 44)

5.2.5 Codierungsprozesse in der Nachrichtenberichterstattung

Nachrichtenberichterstattung ist Teil der Wirklichkeit und eine Realität für sich. Inhalte werden überarbeitet, gegliedert und in einen Deutungsrahmen gefasst. Im Zuge dessen kann Medienhandelnden das Konstruieren von Realitäten, in denen auch Geschlechterkonstruktionen eine wesentliche Rolle spielen, zugeschrieben werden. Diskriminierung, Marginalisierung und auch Stereotypisierungen können von Medien verstärkt oder entkräftet werden. Durch die aktive Gestaltung an Wirklichkeiten obliegt es den Medienhandelnden, wie sie sich an der Entwicklung des *doing gender* beteiligen. Dass sie Teil davon sind, ist unbestritten, was empirisch belegbar ist. Unterrepräsentation, Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen in der Medienberichterstattung prägen die Medienlandschaft. (Wolf 2008, 66) Dabei geht es nicht ausschließlich um die Benachteiligung von Frauen im Bereich der Nachrichtenberichterstattung, sondern auch um die Position des verfestigenden oder aufbrechenden Mediums von Ungleichheiten auf dem Sektor von Klasse, Ethnizitäten, unterschiedlicher Genus-Gruppen und dergleichen. Für diese Arbeit relevant sind in erster Linie die Bedeutungszuweisungen im Kontext mit Geschlechterdualismus von Medien durch Codierungsabläufe in der Nachrichtenpraxis. (vgl. Wolf 2008, 66)

Waren und sind Geschlechterkonstruktionen im journalistischen Bereich und in der medialen Darstellung von Berichten schon in den 1970er Jahren Bestandteil von Untersuchungen der Frauenbewegung, wurde eine international durchgeführte Studie, die die quantitative Präsentation von Männern und Frauen erfasste, von der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 initiiert um in der Folge u. a. Regierungen aufzufordern, aktiv für eine Integration der Geschlechterperspektive in die medienpolitischen Bereiche einzuwirken, um Veränderungen herbeizuführen. Konkret wurde der Anspruch erhoben, Berichte von und über weibliche Personen in erhöhter Anzahl zu berücksichtigen. (Wolf 2008, 66)

Trotzdem besteht auch heute – 2009 – noch ein wesentlicher Unterschied zwischen der Anzahl an Beiträgen durch bzw. von Männern und Nachrichtenbeiträgen von bzw. durch Frauen. Der Anteil an der Nachrichtenberichterstattung durch Frauen liegt bei rund einem Fünftel. Nach wie vor leisten Geschlechtercodierungen ihren Beitrag dazu, dass Ungleichheiten in der Geschlechterfrage in Bezug auf Nachrichtenberichterstattung aufrecht bleiben bzw. rekonstruiert werden. (Wolf 2008, 67) Deutlich erkennbar ist, dass es sich um

eine zweifache Diskriminierung von politischer Berichterstattung durch Politikerinnen handelt:

- Überdurchschnittlich hohe Konzentration an Wortmeldungen männlicher Politiker in allen Bereichen außer im Bereich der Frauenpolitik
- Gesellschaftlich traditionelle Themenzuordnung in *harte* und *weiche* Themen bzw. Frauen- und Männerbereiche (Steininger 2006, 262)

Angesicht dessen, dass, wie Befunde zum Mediennutzenverhalten zeigen, mehr Frauen als Männer regelmäßig *Zeit* im Bild 16 rezipieren (siehe Seite 78), wäre eine zumindest angegliche Themenrepräsentanz (siehe Tab. 11) als Zielformulierung von Produzenten nachvollziehbar.

5.3 Verzerrte Ergebnisse bezüglich Medienrezeptionsverhalten

5.3.1 Geschlechterdifferente Mediennutzung

Werden die Übertragungsraten von Reden weiblicher Abgeordneter im österreichischen Fernsehen während der Übertragungszeit eines Ausschnittes einer Nationalratssitzung analysiert (siehe Statistik der Grünen 05 Tab. 3), zeigt sich auch 2009 noch ein eindeutiger Unterschied zugunsten der männlichen Abgeordneten in Bezug auf Redezeiten während der ORF-Übertragung bis 13.00 Uhr, obwohl als empirisch nachgewiesen gilt, dass die Mediennutzung von Männern und Frauen hinsichtlich Fernseh- und Radionachrichtensendungen so gut wie ausgeglichen ist. (vgl. Dorer, 2008, 173)

Eine mögliche Ursache kann darin gesehen werden, dass eine Fehleinschätzung vorherrscht, dass weibliche Rezipientinnen unterhaltungsorientierter sind als Rezipienten. Wie es dazu kommt bzw. gekommen ist, wird im Kapitel 5.3.2 kurz eingegangen.

5.3.2 Betriebsblindheit in Bezug auf Geschlechterdifferente Mediennutzung

Geschlechterblindheit führte und führt dazu, dass Erkenntnisse bezüglich Medienrezeption unhinterfragt übernommen wurden und werden. Eine weit verbreitete Ansicht, Frauen würden unterhaltungsorientiert und Männer informationsorientiert rezipieren, ist einer der aus der

Betriebsblindheit heraus entstehender Grund für die erschwerte Darstellung von Politikerinnen in den Medien. Warum dieser Dualismus nicht zutrifft, erläutert Johanna Dorer.

Aufgebaut auf das duale System der Konzeption nach Informationsgehalt und Unterhaltung weisen die Erkenntnisse aus diesen Untersuchungen auf geschlechtsspezifische Unterschiede im Nutzungsverhalten der Rezipient/innen hin. Dieser Erkenntnis wurde folgendes kritisch angeführt: Sport wurde als eigene Kategorie ausgewiesen. Dies bedeutet eine Gewichtung zu Informationsinteresse von Männern. Wäre Sport in die Kategorie der Unterhaltung einbezogen worden, wären Männer als wesentlich unterhaltungsorientierter als Frauen bestätigt worden. In dieser Form der Untersuchung wurde die Kategorie Sport als eigene Kategorie ausgewiesen und die verzerrte Darstellung der Mediennutzung von Männern und vor allem von Frauen fand seinen undiskutierten fixen Platz in der scientific community. Für wissenschaftliche Kategorien vorgegebene Maßstäbe wie Ausschließlichkeit, Vollständigkeit und Eindeutigkeit wurde Angesichts dieser Fakten in der Studie von Berg und Kiefer vernachlässigt und führten so zu Ergebnissen, die ohne hinterfragt zu werden, übernommen wurden. (vgl. Dorer 2008, 173)

5.3.3 Stereotype in der Medienrezeption

Dass trotzdem in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung von der These ausgegangen wird, Männer seien informationsorientierter als Frauen, die ihrerseits unterhaltungsorientierter in der Mediennutzung seien, findet auch in der Handlungsweise der Medienproduzenten seinen Niederschlag. Auflage und Einschaltquoten sind Orientierungspunkte in der Produktion von Fernsehen, Radio und Printmedien. (vgl. Dorer 2008, 173)

Empirische Befunde aus Untersuchungen von Ulram und Plasser bestätigen die Auffassung mittels einer 2003 durchgeführten repräsentativen Befragung des Fessel-Instituts zum Verhalten von Mediennutzern und Mediennutzerinnen. Auch hier wird Frau unterhaltungsorientiert und Mann informationsorientiert eingestuft. Trotzdem werden auch Erkenntnisse angeführt, die zeigen, dass es bei männlichen wie weiblichen Usern sehr wohl zur Informationsorientierung kommt. (vgl. Dorer 2007, 173)

Folgende Verhältniszahlen Männer zu Frauen ergaben die Untersuchung:

Männer : Frauen

- Lesen des innenpolitischen Teil der Tageszeitung 35% : 23%
- Befragung von Berufstätigen/Lesen des Innenpolitischen Teil der TZ 32% : 23%
- Fast täglich Fernsehnachrichten sehen 37% : 40%

Dorer bezieht sich auch auf Margit Böck (1998), die geschlechterspezifisches Mediennutzungsverhalten untersuchte und ähnliche Ergebnisse erzielte. Hier nützen Männer in größerem Ausmaß politische Fernseh- und Radiomagazine. Der politische Teil der Tageszeitung sowie politische Wochenzeitschriften gehören ebenso vermehrt zum Repertoire der männlichen Medienuser. Dem entgegen belegt Böcks Studie eine Ausgewogenheit zwischen dem Nutzungsverhalten von Frauen und Männern in Bezug auf Rezeption von Nachrichtensendungen in Fernsehen und Radio. (vgl. Dorer 2008, 173)

Wobei hier die Verbindung zu den Einschaltquoten des ORF hergestellt worden ist und ein Vergleich zeigt, dass 44 Prozent Männer und 56 Prozent Frauen Nachrichtensendungen nutzen. Auch politische Magazin-Sendungen des ORF werden zu annähernd gleichen Teilen von Frauen wie von Männern konsumiert werden. (vgl. Dorer 2008, 173) Dabei darf das Konsumverhalten von Frauen nicht außer Acht gelassen werden. Es zeigt sich zwar ein geringerer Lesekonsum von Frauen bei Tageszeitungen, aber bezüglich Fernsehkonsums ist der Anteil an Frauen höher. Dieses Medium unterliegt einem wesentlich größeren Wandel als Tageszeitungen. (vgl. Herrmann 2007, 71)

5.3.3.1 Männer suchen politische Information

Diese Erkenntnis prägt auch die Konstruktion vom Apolitischen Mannó versus der Aupolitischen Frauó. In der Arbeitswelt kommen Frauen nicht nur vor, sie handeln auch. (vgl. Klaus 2002, 25) Frauen werden im Zuge ihrer Tätigkeiten in weitem Rahmen nach wie vor im Kontext mit Ahäuslichen, beziehungsorientierten, alltäglichen Rollenó in der Öffentlichkeit dargestellt und erlangen in ihrem politischen Schaffen wenig Resonanzraum in der Öffentlichkeit und Medienwelt. Dadurch liegt nahe, dass Medien Geschlechterwelten, also AMänner- und Frauenräumeó schaffen und so ein Gesellschaftsbild entwerfen bzw. auch erhalten, welches von AZweigeschlechtlichkeitó geprägt ist. (vgl. Klaus 2002, 25) Insofern erscheinen die Erkenntnisse aus den Befunden der im Folgenden beschriebenen Untersuchung umso interessanter, da sie eine enggefaste Meinung über Medienrezeption von Frauen und Männern in wesentlich weitreichendere Blickwinkel stellt als bisherige Befunde aussagten.

Die Form der Befragung als Untersuchungsform erscheint im Rahmen von Mediennutzer/innenstudien ungeeignet. Die Sachverhalte zu eruieren, ohne vorherrschende Geschlechtsdiskurse mit einfließen zu lassen, erscheint schwierig. Der Einfluss der gesellschaftlichen Vorstellungen, welche Medieninhalte Frauen und Männer zu rezipieren haben^ó (Dorer 2008, 173), ist bei dieser Form der Untersuchung aufgrund der sozialen Erwünschtheit nicht zu verhindern.

5.3.4 Geschlechterdifferenzierung durch Einschaltquoten

Einschaltquoten des Österreichischen Rundfunks (ORF) scheinen ebenso geschlechterdifferenzierend zu wirken. Entsprechend der Einteilung, dass ORF 1 für Sport- und Unterhaltungssendungen steht, demgegenüber ORF 2 politische Informationen im Sinne eines öffentlich-rechtlichen Senders anbietet, finden sich hier wesentlich mehr Frauen als Userinnen^ó als Männer. Demgegenüber sind Männer wesentlich häufigere Nutzer von ORF 1 und aus dieser Erkenntnis könnte die These belegt werden, dass Männer unterhaltungsorientiert und Frauen informationsorientierte Mediennutzer sind. (vgl. Dorer 2008, 175) Der Schluss aus diesen scheinbar widersprüchlichen Ergebnissen scheint nicht nur Befragung als Form zu kritisieren. Bezüglich Politikinteresse wird die Form auch deshalb kritisch hinterfragt, da sie mit der großen und institutionalisierten Politik assoziiert wird, in der sich Frauen kaum wiederfinden. (vgl. Holtz-Bacha/Keil 2008, 240) Und sie hebt deutlicher hervor, dass es sich bei der Entscheidung, welches Medium wie und in welchem Ausmaß genutzt wird, um mehr handelt als um eine Einteilung nach Information und Unterhaltung. (vgl. Dorer 2008, 173)

5.3.5 Befragungen und Duale Konzeption

Nun werden Befragungen generell dazu herangezogen, um Rezipient/innenverhalten zu erfassen und Produktionen entsprechend dieser Erkenntnisse aufzubereiten. Verzerrte Ergebnisse durch Geschlechterunwissen kommt es zu einer unzutreffenden Aufbereitung von Nachrichtensendungen oder politischen Berichterstattung im Allgemeinen. Das heißt weiters, dass aufgrund der Verzerrungen die Nachrichten männlich codiert sind obwohl das Interesse an den Nachrichten, wie die Studien mehrfach belegen, von Frauen und Männern nahezu gleich hoch bzw. von Frauen noch höher ist. Darin mag auch der Grund liegen, warum Politikerinnen in den Nachrichten weniger Darstellungsraum und Zeit finden als ihre männlichen Kollegen, die nach der Methode der Befragung die scheinbar größere Zielgruppe, nämlich männliche User, erreichen.

Aufgrund der dualen Konzeption kommt es immer wieder zu Befunden, die dazu führen, dass weibliche Abgeordnete bzw. Politikerinnen als Sachpolitikerinnen nicht in dem Ausmaß in den Medien ihren Platz finden, der Ihnen zustünde, wenn mit der erwähnten geschlechterdifferenten Vorgangsweise Untersuchungen durchgeführt würden. Vielmehr ist auf kommunikationswissenschaftlicher Ebene zu eruieren, wie Untersuchungsdesigns in Zukunft gestaltet werden sollen, um die Realität nächstmöglich darstellen zu können. Die entsprechend dem Gesellschaftsdiskurs vorherrschende Meinung, Frauen seien unterhaltungsorientierter als Männer, kann mit einem breitgefächerten Untersuchungsdesign widerlegt werden. (Dorer 2007, 174)

Begriffe sind zu sprengen und neu zu ordnen. Wie im Bereich die politischen Begriffskultur hinterfragt wurde, so ist auch in diesem Bereich nach einer Dekonstruktion eine Neukonstruktion der Begriffe und auch der Untersuchungen dringend notwendig. Es ist wesentlich, dass beispielsweise mit dem Begriff Infotainment, welcher die zeitgleiche Vermittlung von Information und Unterhaltung beinhaltet, zielgerichtet eine Neukonstruktion stattgefunden hat. Schließlich hat sich die duale Konzeption als unpassend herausgestellt. Unterhaltung hat sich nicht als das Gegenteil von Information herausgestellt, sondern Langeweile. Demgegenüber ist das Gegenteil von Information Desinformation. Wie auch eine Neuartikulation von Medienbegriffen ist hier der logische Schluss, der gezogen werden muss. Bei Politikbegriffen bedeutete diese Neuartikulation, dass private und soziale Bewegungen miteinbezogen werden. Feministischer Politikbegriff bezieht demnach Familie, Unternehmen oder zivilgesellschaftliche Akteur/innen, ein weiterer Politikbegriff bezieht auch Kategorien wie Klasse, Ethnizität, Rasse, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Alter, Konfession sowie die Politik der Lebensstile und Konsumpraxen etc. mit ein. (vgl. Dorer 2008, 174)

Im politischen Bereich deutet dies darauf hin, dass bereits ein Umdenken in der Analysearbeit stattfindet. Dekonstruktion der Binarität von Privatheit und Öffentlichkeit als Teil der Neukonstruktion in politischen Begriffskonstrukten findet statt. In der feministischen Medienwissenschaft wäre ein ähnlicher Prozess in Gang zu setzen um aus der dualen Konzeption von Unterhaltung und Information im Sinne von Öffentlichkeit und Privatheit im politischen Bereich ein neues Verständnis entwickeln zu können, abseits einer Dichotomie, einem gegenseitigen ausschließen, das bisher vorherrschte. (vgl. Dorer 2008, 175)

5.3.5.1 **Frauen sind unpolitisch**

Im Detail wird deutlich, wie sehr bei der Selbstpositionierung von Männern und Frauen auf Rollenklischees zurückgegriffen wird. Betreffend politischer Berichterstattung bedeutet dies, dass sich Männer selber als politisch interessiert angeben und Frauen sich vermehrt als politisch uninteressiert sehen. Der Unterschied liegt darin, dass Männer zur Untermauerung ihrer eigenen Einschätzung eine Anzahl an politischen Sendungen und Magazinen anführen, die rezipiert wurden. Keine Wiedergabe von politischen Inhalten oder keine Auseinandersetzung mit politischen Inhalten werden angeführt und erläutert, sondern eine reine Aufzählung reicht als Betonung für politisch interessantes Verhalten. Dementgegen verhalten sich Frauen bei der Selbstpositionierung entsprechend gesellschaftlicher Klischees. In diesem Sinne bezeichnen Frauen sich als unpolitisch, was als anerkanntes weibliche Subjektposition, durchaus akzeptiert ist. Vor allem aufgrund des Faktors Zeit, den Frauen wegen beispielsweise Doppel- bzw. Mehrfachbelastung in zu geringem Maße zur Verfügung haben, handelt es sich um eine anerkannte Sicht der unpolitischen Frau. (vgl. Dorer 2008, 177)

5.3.5.2 **Unpolitische Frauen mit politischem Hintergrund**

Entgegen der Selbstdarstellung von Frauen als unpolitische Menschen wird in der Untersuchung deutlich, dass sich Frauen zwar spontan als unpolitisch bezeichnen aber im Zuge der Herangehensweise an die Aufgaben wird die inhaltliche Auseinandersetzung mit politischen Themen sehr wohl ausgearbeitet. Frauen setzten sich wesentlich öfter mit Themen auseinander als dies durch Männer passiert ist, die, wie schon erwähnt, eine Aufzählung rezipierter politischer Magazine als Indiz für ihr politisches Interesse angeben. In einem weiteren Punkt der Studie wird Selbstpositionierung einer Frau als politischer Mensch in Kombination mit einem Mann gesehen wird (vgl. Dorer 2008, 178):

„Mit ihrem Mann diskutiert sie oft und intensiv über nationale und internationale Politik. Auch im Rahmen der Familie wird mit ihrem Vater und den beiden Großvätern häufig politisiert.“ (zit. n. Dorer 2008, 178)

oder

„Wenn sie dann doch nur die Mädls zu Hause hat, geht es selten um in Politik im speziellen Sinn. (E) Der Vater ist schon eher am Weltgeschehen und Sport interessiert.“

*(ē) Mit ihm diskutiert sie über vergangene Geschehnisse und spekuliert über Zukünftiges.*⁶ (zit. n. Dorer 2008, 178)

Aus den Untersuchungen bezüglich Selbstpositionierung ergeben sich unterschiedliche Arten des Umgangs von Frauen mit politischer Berichterstattung (vgl. Dorer 2008, 178):

- **Politisches Interesse auf inhaltlicher Ebene:** politisch desinteressiert, konterkariert durch thematisieren und kommentieren von politischen Ereignissen
- **Relativiertes politisches Interesse:** Politisch interessiert und Information suchend, nivelliert durch hervorheben üblicher Klischees des unpolitischen Weiblichen
- **Interesse für Politik und weiblicher Subjektposition nur mit Integration männlicher Diskussionspartner:** Aufwertung der eigenen Person durch Integration in männlich codierte Bereiche wie z. B. politische Berichterstattung, bei gleichzeitiger Verringerung der abwertenden Zuschreibungen von weiblichen Subjektpositionen
- **Auslassung des Weiblichen und der unpolitischen Frau** und anführen der Teilnahme an Gesprächen und somit wird die eigene Person in eine männliche Subjektposition gerückt. (vgl. Dorer 2008, 178-179)

Es bleibt bei einer bewegten Herangehensweise an politisches Interesse und die Wichtigkeit, dass das Bild der unpolitischen Frau als stereotypes Gesellschaftsbild auf dem Weg zum Aufbruch befindet. Eine reale Veränderung, wo manifestierte Bereiche wie Konventionen, Rituale und Normen neu konstruiert werden, ist noch weit entfernt. (vgl. Dorer 2008, 179) Aber der Beginn wurde geschafft.

5.3.5.3 Aktive und passive Informationssuche

Auffallend tritt bei der Untersuchung zur Informationssuche hervor, dass die Selbstpositionierung der Männer im aktiven Bereich festgelegt wird. Frauen hingegen scheinen nach den Befunden von Dorer den passiven Rezipienten der politischen Berichterstattung anzugehören. Werden die Ergebnisse aus der Nähe betrachtet, steht bei Männern die Informationssuche aktiv im Vordergrund und wird dementsprechend in der Selbstpositionierung hervorgehoben und mit Beispielen untermauert.

„Ohne sich groß Gedanken zu machen, schaltet er immer auf Teletext, Seite 111. In diesem Verzeichnis sieht er, ob ihn etwas interessiert. (6) Ab der Seite 126 wird es richtig interessant. Da beginnen Außenpolitik und die Weltgeschehnisse.“
(zit. n. Dorer 2008, 179)

Damit wird unterstrichen, dass er aktiv am Informationsgeschehen interessiert ist, Information gezielt ausgesucht und verfolgt und damit das politische Interesse explizit betont wird. Nicht nur aus der Selbstverständlichkeit sondern auch als generell vorherrschendes männliches Verhalten wird diese Form der Informationssuche von männlichen Personen betont. Dass eine ungezielte Informationsaufnahme erfolgt, bleibt im weitesten Sinne verborgen. (vgl. Dorer 2008, 179)

Wird das weibliche Rezeptionsverhalten bezüglich Informationssuche herangezogen, wird deutlich, dass der Weg von Frauen, politische Informationen zu erhalten, überwiegend passiv bestritten wird. Darüber hinaus findet die Informationssuche auf verschiedenen Wegen statt.

Dadurch ergeben sich verschiedene Typen von Informationssucherinnen (vgl. Dorer 2008, 180):

- **Gezielte Informationssucherin:** holt Information in überwiegendem Maß über Internetseiten und Onlinezeitungen UND kritisiert zeitgleich Lücken in der Berichterstattung bzw. in der Handhabung der Internetseiten
- **Nicht explizit angeführte Informationssuche:** Kombination der Informationsaufnahme mit atypisch weiblich codierten Tätigkeiten (Dorer 2008, 180) wie Bügeln, Aufräumen etc. oder Unterhaltung, was im Kontext mit der dualen Konzeption ebenfalls weiblich codiertes Verhalten widerspiegelt. Begleitend wird durch den Ausdruck an z.B. Zufälligkeit, mit der die Information aufgenommen wird, eine zweite Botschaft, die des Desinteresses, angeführt. (vgl. Dorer 2008, 180)

„Während sie kocht, hört sie zufällig wieder die Radio-Nachrichten, aber sie hört sie flüchtiger als in der Früh.“ (zit. n. Dorer 2008, 180)

5.3.5.4 Unterschiedliche Bedeutung der Medienberichterstattung

Für beide Teile der Gesellschaft, Männern wie Frauen, ist die Bedeutung der Berichterstattung unterschiedlich. Die Selbstverständlichkeit, mit der Männer an die Informationssuche aktiv herangehen und das Verfolgen von Medienberichterstattung als selbstverständlich anerkennen, zeigt sich undiskutiert männlich codiert. Kommt es dennoch zu einer Begründung, dann beschreibt diese den Wissenszuwachs, der hinter der aktiven Information zu stehen scheint. (vgl. Dorer 2008, 180)

Frauen dagegen führen einerseits in ihren Positionierungen Begründungen an. Daraus ergibt sich der Befund, dass die „weibliche“ Position offenbar eine Begründung für ihr informationsorientiertes Rezeptionsverhalten (Dorer 2008, 180) evoziert. Darüber hinaus wird auch die Erwartung, die an ein weibliches Gesellschaftsbild gekoppelt ist, abgedeckt. (Dorer 2008, 180)

Andererseits kommt es zu einer Angleichung an die der Information suchenden Selbstpositionierung als „aktualisiertes Verhalten“ von Frauen an das von Männern, das wiederum im gesellschaftlichen Kontext von Männern erwartet wird. Zusätzlich zu diesen unterschiedlichen Herangehensweisen kommt noch ein veränderbares Verhalten bei Frauen hinzu, die in Zusammenhang mit sozialen Beziehungen bzw. Gruppendruck stehen. Dabei geht es z. B. um eine Einstellung pro aktive Informationssuche einer Studentin, die in einer Wohngemeinschaft als Gruppe nicht anerkannt scheint und weshalb von der Frau eine andere Subjektposition eingenommen wird. Nachdem der vorrangige Wunsch dem Informationsgewinn gilt, wird das zwischenzeitlich andere Verhalten dennoch aufgegeben und zum aktiven Informationssuchen hin verändert. (vgl. Dorer 2008, 181)

5.3.5.5 Politische Berichterstattung und eigener Lebenskontext

Wird die Rezeption der politischen Berichterstattung von Frauen weiter analysiert, verdeutlicht sich der Zusammenhang von Lebenskontext und politischer Berichterstattung. Berichte werden zum Impulsgeber für Handlungen und Emotionen, die durch Kontext mit Lebensgeschichte oder Lebenssituation hergestellt werden. Darin liegt auch die von Frauen beurteilte Wichtigkeit oder Unwichtigkeit von Berichten und deren Inhalten, was entsprechend argumentiert wird, um Objektivität zu erreichen. Damit steht auch die unterschiedliche Rezeptionsweise in Zusammenhang, die mehr oder weniger emotional ausfällt, wenn Zusammenhänge zur eigenen Lebenssituation vorhanden sind. Wobei eine

korrekte Darstellung der Rezeptionsweise notwendig ist, um sicherzugehen, ob es sich um ein emotionales Rezeptionsverhalten handelt oder um Bezugnahmen zum eigenen Lebenskontext. Zweiteres kommt bei dieser Untersuchung so gut wie ausschließlich nur bei Frauen vor. (vgl. Dorer 2008, 181)

5.3.5.6 Sensationsorientierte Berichterstattung

Aus diesem Zusammenhang entwickelte sich noch ein weiterer Befund. Betroffen ist ebenfalls das Rezeptionsverhalten in Zusammenhang mit dem Lebenskontext. Bei Frauen kommt deutlicher Kritik an der Gestaltung der politischen Medienberichterstattung zum Tragen. Der enge Politikbegriff wird in der Berichterstattung zu eingeschränkt gegenüber der Themenpalette, die auf politischer Ebene herrsche, dargestellt und welche viele interessante Spektren umfasst und auch in den Lebenskontexten von Rezipientinnen passt. Die politische Berichterstattung gestalte sich zu sensationsorientiert und emotional, ohne in mindestens genauso großem Ausmaß informierend zu sein. Der enge und weite Politikbegriff ist deckungsgleich auf den Informationsbegriff der Medien einzusetzen. Kritik wird auch daran geübt, dass die Berichterstattung wesentlich an männlichen Lebenskontexten orientiert ist. (vgl. Dorer 2008, 182)

5.3.5.7 Unweibliche Berichterstattung und Umgang mit Genres

Frauengruppen weisen bei der Ausarbeitung im Zuge der Untersuchung wesentlich stärker auf notwendige Veränderungen in der politischen Berichterstattung hin, vor allem, wenn es sich um eine reine Frauengruppe handelt. Sind die Gruppen gemischt, fällt die Kritik am Medien- und Politikbegriff weniger stark aus. Darüber hinaus erscheint wesentlich, dass die Themenbreite weitreichender gestaltet werden soll, als dies derzeit noch überwiegend der Fall ist. Die stärkere Artikulation des eigenen Informationsbedürfnisses und dem höheren Interesse an Politik wird auch in reinen Frauengruppen deutlicher Ausdruck verliehen. (vgl. Dorer 2008, 182)

In diesem Zusammenhang wird deutlich, wie unterschiedlich Männer und Frauen an die Berichterstattung herangehen. Einerseits verdeutlichen Männer klar die Informationssuche und das politische Interesse. Scheinbar emotionslos wird Sport dargestellt, obwohl an konkreten Beispielen Emotionalität erkennbar ist. Äŕ sie schauten sich das Spiel an, amüsierten sich königlich ö (zit. n. Dorer, S. 183-185) wäre ein Nebensatz, der auf emotionaler Ebene Aussagekraft verleiht. Distanzierte Sprache stellt einen großen Teil der

männlichen Darstellung dar, ebenso die mit Faktenwissen untermauerten Bemerkungen und Schlussbetrachtungen, wie es beim Sport deutlich wird. Wobei dieser narrative Rahmen bei Sportsendungen durch die oben angesprochene Emotionalität in den Hintergrund gerät und das Unterhaltungsmoment eindeutig an Gewicht gewinnt. Ein Faktum, welches die nicht eindeutige Zuordnung von Sportsendungen zum Unterhaltungs- oder Informationssektor hervorhebt.

Auch werden männlich codierte Genres von Rezipienten aufgezählt, die auch gesellschaftlich Aufwertung erfahren. Im gleichen Ausmaß wie die Betonung erwähnter Genres werden weiblich codierte Genres, wie auch Unterhaltungssendungen, Kultur und z. B. Wetterberichte abgewertet. Durch die Betonung männlicher Genres und der dargestellten Rezeption dieser (z. B. Wirtschaftsnachrichten, Börsenkurse, politische Magazine, Informationssendungen, Reportagen und Kommentare auf hohem politischen Niveau) wird an unterhaltungsähnlichen Sendungen wie Musiksendungen im Radio, Musikzeitschriften thematisch gestreift und ein Gespräch über einen Film geführt. Insgesamt erfolgt die Eigenkonstruktion eindeutig in Richtung politisch interessierte Person, die auch in einer gesellschaftlich aufgewerteten Position zu finden ist. (vgl. Dorer 2008, 184)

5.3.5.8 Weiblich codierte Genres ñ AñBunte Medienrezeptionó

Umgekehrt betonen Frauen weiblich codierte Genres. Eine vordergründige Positionierung als Añpolitische Frauó wird durch die Vorliebe für Seifenopern und Tratsch, Prominachrichten und Serien untermauert und das Stereotype Bild von Añpolitischer Frauó dadurch zusätzlich hervorgehoben. Darüber hinaus ist dies nicht die einzige Darstellung von Frauen, die vorherrscht. Im Gegensatz zu den männlichen Teilnehmern der Untersuchung wird durch die vielfältige Art der Eigenkonstruktion ein Añuninteresó Bild der Medienrezeptionsmöglichkeiten gegeben. Unterhaltung und Information wird ñ im Gegensatz zu den männlichen Darstellungen ñ nicht strikt getrennt sondern überschneiden sich. Bei Genres beider Arten wird durch Auslassung weiblich codierter Genres der Versuch der Aufwertung unternommen. Auch hier wird der gesellschaftliche Zusammenhang deutlich. Es bedeutet, dass Frauen zur Aufwertung männlich codierte Genres anführen, um in der Eigenkonstruktion Informations- und Politikorientierung klarzustellen und hervorzuheben. (vgl. Dorer 2008, 183)

Die größere Gruppe bewegt sich auf dem Sektor der unter unterhaltende Genres einzuordnenden Darstellungen. Auf Informationsebene wird ein umfassendes Spektrum

angeführt. Dazu werden über politische Informationssendungen hinaus Prominachrichten, Inserate, Wetter etc. sowie weiblich codierte Genres wie *AHuman Interestsó* oder *AKulturó* einen im Verhältnis großen Raum einnehmen. Ausschlaggebend ist im Zuge dessen der Umgang mit der Berichterstattung bzw. Informationsaufnahme durch dieses breite Feld an Sendungen. (vgl. Dorer 2008, 184) Gefahr in Hinsicht der politischen Kommunikation ist in dem Risiko zu sehen, welches die Tatsache birgt, dass Veränderungsprozesse übersehen werden können. Kurzfristig können sie nicht im gleichen Ausmaß wie in der langfristigen Wirkungsweise beeinflussen und verändern. Weltbilder, kulturelle Deutungsmuster und Werte können in den Bereichen der Veränderungen fallen. (Bisky 2007, 23) Insofern liegt hier die Chance der Einwirkung auf Veränderung auch auf dem Konstrukt der Geschlechterpräsentation bzw. ñ konstruktion verborgen.

Folgende Bereiche ergeben sich vordergründig aus den Untersuchungen von Konstruktionen der Frauen (vgl. Dorer 2008, 184):

- Aufwertung oder wenigstens eine Gleichstellung unterhaltender Genres durch hohe Bedeutung für den eigenen Lebenskontext in Bezug auf Alltagsbewältigung
- Abwertung und hierarchische Unterordnung gegenüber den Informations- und Politiksendungen
- Fließender Übergang zwischen Informations- und Unterhaltungsgenres: Einschätzung der Relevanz an Informations- und Unterhaltungssendungen nach Alltagsbezug und Qualität mit eingeschlossener Kritik gegenüber der Gestaltung der Sendung

Aus diesen Befunden erscheint plausibel, warum Frauen grundsätzlich *Aunpolitischó* und Männer als *Apolitischó* gelten. Entsprechend der Ergebnisse, dass alleine Fernsehnachrichten mehr von Frauen als von Männern rezipiert werden, wäre es umso wesentlicher, bei der Berichterstattungserstellung sowie bei der Programmgestaltung auf Erkenntnisse dieser Art zu stützen um Rezipientinnenpotential aktiv anzusprechen. Solange das Programm und die Berichterstattung männlich codiert bleiben, wird mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Österreich, das sind Frauen, nicht berücksichtigt. Wird der Gedanke weiterverfolgt, erscheint es auch notwendig, die politische Berichterstattung gezielter für Frauen zu gestalten und auch

von Frauen und somit auch Nationalrätinnen als aktiven Beteiligten als Interviewpartner oder in Form von inhaltlichen Beiträgen mit einzubeziehen.

6 Conclusio

Die Ursachen der medialen Unterrepräsentation von Politikerinnen/Nationalrätinnen lassen sich aus mehreren Blickwinkeln formulieren. Die vier Bereiche der ~~A~~institutionellen Politikó, der ~~A~~Politischen Kommunikationó, sowie der ~~A~~Politischen Berichterstattungó und des ~~A~~Rezeptionsverhaltens als Entscheidungsfaktor für Medienmacheró und den ~~A~~Konkreten Hürdenó, mit denen Politikerinnen im medialen Alltag konfrontiert sind, geben Einblick in die Geschlechterungleichbehandlung im politischen und medialen Alltag.

So zeigte sich in den Ausführungen des institutionellen politischen Feldes, dass hier eine wesentliche Ursache für die Unterrepräsentation zu orten ist. Nationalrätinnen sind derzeit zu ca. 27 Prozent im Nationalrat vertreten. Ein Anteil, wenn bedacht wird, dass Frauen 1919 das erste Mal in den Nationalrat eingezogen sind und zuvor per Gesetz aus der politischen Mitgliedschaft und Aktivität ausgeschlossen waren, der auf jeden Fall ausbaufähig ist. Seither sind beinahe neunzig Jahre vergangen. Nicht nur die Frauenanteile in den Nationalratsparteien sind relevant, sondern auch die Anteile an Frauen in leitenden politischen Funktionen u.a. des Nationalrates. Vereinzelt sind Frauen an Spitzenpositionen zu finden. Die erste Nationalratspräsidentin Mag^a. Barbara Prammer (SPÖ) steht an der Spitze des Nationalrats, steht an der Spitze des Präsidiums und der Präsidiale. Drⁱⁿ. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne) steht als Obfrau an der Spitze der Grünen und die Klubdirektorin des BZÖ, Mag^a. Peschko-Gruber ist ebenfalls eine Frau.

Es bietet sich an, dass von ~~A~~der Ausnahme, die die Regel bestätigtó, gesprochen wird. Auch wenn die vereinzelt Frauen an Spitzenpositionen sind, so sind zum Einen an den Vertreter/innenpositionen überwiegend Männer und an Schlüsselfunktionen, die die Repräsentation nach außen bedeuten, auch überwiegend mit männlichen politischen Akteuren besetzt. Auffallend ist, dass während der ganzen Arbeit in allen Bereichen die Konstruktion der Geschlechterstereotypen der Gesellschaft widerspiegelt werden. Diese Erkenntnis spiegelt sich in der Besetzung der Bereichsprecher/innen und in der Positionierung von Nationalrät/innen in führenden Ausschussfunktionen wieder. Der Bogen spannt sich von

dieser politischen Realität zu den Medienrealitäten, die in Wechselwirkung mit der Gesellschaft und den vorhandenen Öffentlichkeiten die politischen Akteur/innen unterstützen, gesellschaftliche Konstrukte übernehmen. Dies geschieht in Hinblick auf Auflagenzahlen und Einschaltquoten.

Entsprechend dem ständigen Druck von Konkurrenz und Zeit entstehen Geschlechterkonstruktionen, die offensichtlich nicht der Ausnahme entsprechen sondern dem traditionellen Gesellschaftsbild. Nach wie vor gilt A♀rau und Politikó weitreichend als Ausnahme, als etwas Besonderes, nicht zuletzt auch deshalb, weil es in den Medien als solches transportiert wird. Die Nachrichtencodierung ist demnach männlich, auch wenn Redakteurinnen den Bericht erstellen, da viele Abläufe unbewusst, entsprechend angelernter Mechanismen ablaufen. Dass dies nicht der Fall sein muss, zeigen Erkenntnisse aus der Medienrezeptionsforschung, wo durch die Veränderung der Art der Untersuchungen von Befragungen, die soziale Erwünschtheit impliziert, auf eine umfassendere Art der Hinterfragung ausgeweitet wird.

Dies bedeutet, dass Erkenntnisse auftreten, die davon abrücken, dass Frauen als unpolitisch und Männer als politisch gelten. Der Unterschied liegt in der Rezeptionsweise bzw. im Mediennutzungsverhalten und der Art der Informationssuche von Frauen. Letztendlich zeigen Befunde aus diesen Untersuchungen, dass Frauen nicht weniger politisch sind als Männer. Trotzdem berufen sich gesellschaftliche und redaktionelle Konstruktionen auf traditionelle Geschlechterrepräsentationsmuster.

Insofern liegt noch ein langer Weg vor uns, um Muster weiter aufzubrechen, die auf dem Weg zu einer annähernd geschlechtsneutralen Politik nur hinderlich sind. Dass der Weg noch weit ist, zeigen die unzähligen Fakten zur Unterrepräsentation von Politikerinnen in den Medien. Die verschiedenen Herangehensweisen sind dazu dienlich, zu erkennen, dass es sich vielfach um künstlich geschaffene Ungleichheiten handelt, die in dieser Form vehement abgebaut werden sollen um Inhalte und Visionen ins Zentrum zu rücken und nicht den Faktor A♂Geschlechtó.

Ein Schritt ist sicher die Veränderung von der Frauenbewegung in die Genderforschung, die in alle Bereiche der Kommunikationsforschung reicht und abgesehen von der Geschlechterdifferenz ebenso auf Klassendenken, sexuelle Orientierung und auch Ethnizität eingeht. (Dorer/Klaus 2006, 81)

Dass im Österreichischen Parlament diesbezüglich gleich mehrere Fragen für die Zukunft auftauchen, kann im Zusammenhang mit der Gleichbehandlungsdebatte aus dem Jahr 2008 angeführt werden. Im Zuge dieser Debatte wurde wieder klar, dass noch große Überzeugungsarbeit geleistet werden muss, um Wortmeldungen wie „Stoppt den Genderwahn“, nicht mehr als Teil der hohen Politik hinnehmen zu müssen.

Die Fragen, die sich aus der Arbeit ergeben, befassen sich zum Einen mit den politisch institutionellen Systemen auf Bundesebene und Landesebene wie auch Wahlkreis- und Bezirksebene. Wie kann die Repräsentanz der Frauen, die über fünfzig Prozent der Bevölkerung darstellt, auch in den politischen Strukturen in Richtung zumindest steigender Zahlen an politischer Akteurinnen gearbeitet werden? Wird dabei die für Herbst geplante Enquete des Nationalrats zum Thema „Frauen in der Politik“ ihren Beitrag dazu leisten können? Daraus ergibt sich die nächste Frage: Wird es gelingen, den Besuch der Enquete ausgeglichen zu gestalten oder wird es wieder eine Frauenveranstaltung, da aus der Sicht der männlichen Akteure nach wie vor kein Handlungsbedarf besteht.

Während der gesamten Arbeit ist nicht zu vergessen, dass in Österreich die Geschlechterdiskussion erst in den letzten dreißig Jahren durch die Neue Frauenbewegung der 1970iger Jahre Veränderungen erreicht hat, die per Gesetz Fuß gefasst haben. Es handelt sich um „Freiheiten“, die im Alltag wenig kommuniziert werden und heute für selbstverständlich erachtet werden. Die Gleichstellung der Frau, im Sinne von realen Chancen der Umsetzung, wie oben erwähnt, steht auf einem anderen Blatt Papier. Das Werkzeug wurde geschaffen und das ist noch keine dreißig Jahre her. Es kann von einer Generation gesprochen werden, die dies per Gesetz beschlossen hat, die Arbeit der Umsetzung geht in langsamen Schritten voran. Das zeigt sich im Themenbereich „(Ohn-)macht der Nationalrätinnen“ wieder, da es sich wie im Kapitel I erläutert, nicht nur um eine mediale sondern nach wie vor auch um eine politisch, inhaltliche Ohnmachtstellung handelt, obwohl mit der Position als Nationalrätin der Eindruck der Macht nahe liegt. Der Weg ist noch weit.

Auf theoretischer und empirischer Ebene sind im Bereich der „Medienproduktion, Medieninhalte und Medienrezeption“ (Dorer 2008, 175) Schritte zu setzen, um die Entwicklung zum Aufbruch der bisherigen Strukturen in Gang zu setzen. Kleine Schritte in diese Richtung zeigen Untersuchungen, die Prozesse der Rezeption genauer Betrachten und die Komplexität der Prozesse mit einbeziehen versuchen. (vgl. Dorer 2008, 173)

Unter anderem ist ein Ziel, das es zu erreichen gilt, die mögliche Darstellung der Apolitischen Frau ohne Rechtfertigung, Entschuldigung und Erlaubnis. Geschlechterdifferenzen herauszuarbeiten um Informationsdefizite zu korrigieren und die Informationssuche als Teil des Weiblichen akzeptiert zu sehen. Gesellschaftliche Stereotype für die politische Berichterstattung aufzubrechen und kontinuierlich an einer Dekonstruktion zu arbeiten, ist ein Baustein, der dazu führen kann, dass Politikerinnen und im engeren Sinne Nationalrätinnen des österreichischen Parlaments in der politischen Berichterstattung an Präsenz gewinnen.

7 Abstract

In *„Ohn-“*Macht der Nationalrätinnen – Ursachen der medialen Unterrepräsentation von Politikerinnen – wird der Zusammenhang zwischen traditionellen Rollenbildern, Geschlechterkonstruktionen und politischer Berichterstattung sowie Rezeptionsverhalten und der Unterrepräsentation von Politikerinnen hergestellt und erläutert. Als österreichische politische Bezugsgröße wird der Österreichische Nationalrat herangezogen. Politische Parteienstrukturen inklusiver Frauenanteil, Rekrutierungsmechanismen und Zuordnung der Themen innerhalb der Parlamentarischen Fraktionen sowie die Frage nach der Bedeutung von gender-mainstreaming in den Klubs können zu den primären Ursachen der Unterrepräsentation gezählt werden.

Die Ausarbeitung der politischen Strukturen führen über die Themenzuordnung innerhalb der Parlamentsklubs mittels Bereichssprecher/innen zu den Zusammenhängen politischer Strukturen und Medien. Auch in diesem scheinen Stereotype Rollenbilder hergestellt bzw. erhalten zu werden. Nonverbale Kommunikation ist spielt vor allem in Bezug auf Politikerinnen eine wesentliche Rolle.

Im Zuge der Aufarbeitung der politischen Berichterstattung wird der Zusammenhang zwischen der Themenzuordnung in den Nationalratsfraktionen und der Medienpräsenz bewusst. Sind die Bereichssprecher/innen in den entsprechenden *„hard news“*/harten Themen oder *„soft news“*/weichen Themen verankert, zeigt sich in den Ausführungen zur Politischen Berichterstattung anhand ausführlicher Tabellen die Themenkonzentration entsprechend männlich oder weiblich codierter Gesellschaftsbereiche. So sind Politiker hauptsächlich in Themen wie Verkehr, Wirtschaft, Finanzen etc. präsent und Frauen vordergründig den Frauen- und Familienthemen zugeordnet.

Hindernisse im Medienalltag von Politikerinnen sind weitere Ursachen, die in Folge zur medialen Unterrepräsentation führen können. Dazu zählen ungleiche Präsenz von Politiker/innen bei Redezeiten, Maskuline Selbstverständigung im Wahlkampf sowie die Überalterung des politischen Begriffs und medialen Perspektiven wie z. B. auch die reduzierte Form der Kommunikation, Trivialisierung, *„Unsichtbarkeit“* und *„Nicht-Existenz“*, Öffentlich ist männlich – Privat ist weiblich.

Eine wesentliche Ursache scheint in verzerrten Mediennutzer/innenbefunden verborgen zu sein. In diesem Kapitel geht es konkret darum, die Ergebnisse der Studien anzuführen um eine Änderung des Blickwinkels anzuregen. Hier wird in erster Linie darauf abgezielt, die duale Konzeption ebenso zu hinterfragen wie Betriebsblindheit, Stereotype in der Medienrezeption etc.

Es lässt sich ein direkter Zusammenhang zwischen traditionell gesellschaftlicher Einstellungen, der politischen Präsenz ñ medial wie institutionell - und der Macht der Medien herstellen. Insofern ist es wichtig, im Nationalrat an der politischen Gleichstellung vehement weiterzuarbeiten um die mediale Präsenz von Nationalrätinnen real zu verbessern.

8 Literatur

- AUBAUER, Gertrude (2001): Hohes Haus. Possen ñ Pannen ñ Pointen. Überreuter. Wien
- AVENARIUS, Horst (2000): Public Relations. Die Grundformen der gesellschaftlichen Kommunikation. Primus Verlag. Darmstadt
- BECK, Klaus (2006): Gatekeeper. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 79
- BIEBER, Christoph (1997): Erst surfen, dann wählen? Die US-Präsidentschaftswahlen 1996 und das Internet. Transit Heft 13. Medien und Demokratie. Verlag Neue Kritik. Frankfurt/Main. S. 94-103
- BISKY, Lothar, (2007): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. In: FROMME, Johannes/SCHÄFFER, Burkhard (Hrsg.). Medien-Macht-Gesellschaft. WV Verlage. Wiesbaden. S. 15-27
- BLÖBAUM, Bernd (2006): Personalisierung. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 214-215
- BRANAHL, Udo (2006): Öffentliche Aufgabe. S. 202-203
- BURKART, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Böhlau Verlag Wien. Köln. Weimar
- DORER, Johanna (2008): Geschlechterkonstruktion im Prozess der Rezeption politischer Berichterstattung. In: Johanna Dorer/Brigitte Geiger/Regina Köpl (Hrsg.): Medien ñ Politik ñ Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wien. S. 172-187
- DORER, Johanna/KLAUS Elisabeth (2006): Genderforschung. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 81
- DORER, Johanna/MARSCHIK, Matthias (1993): Kommunikation und Macht. Public Relations ñ eine Annäherung. Verlag Turia & Kant. Wien
- FAHR, Anette (2006): Nonverbale Kommunikation. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.
- FILZMAIER, Peter (2004): Internet und neue Foren der Mediendemokratie. In: PLASSER, Fritz (Hrsg.) Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung. Band 29. WUV-Universitätsverlag. Wien

HAUCH, Gabriella (1995): Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919-1933. Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 7. Verlag für Gesellschaftskritik. Wien

HERRMANN, Ulrike (2007): Wie alternativ ist die Alternativpresse wenn es um die Frauenfrage geht? In: Macht und Medien. Über das Verhältnis von Politik und Kommunikation. Internationaler Verlag der Wissenschaften. Peter Lang GmbH. Frankfurt am Main. S. 67-74

HOFER, Thomas (2005): Spin Doktoren in Österreich. Die Praxis amerikanischer Wahlkampfberater. Was sie können, wen sie beraten, wie sie arbeiten. DUCHKOWITSCH, Wolfgang/Fritz Hausjell. Band 5. Kommunikation.Zeit.Raum. LIT Verlag. Wien

HOLTZ- BACHA Christina/Annette Keil (2008): Zielgruppe Frauen ñ ob und wie die großen Parteien um Frauen werben. In: Holtz-Bacha Christina (Hrsg.): Frauen, Politik und Medien. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 235-265

KLAUS, Elisabeth (2002): Perspektiven und Ergebnisse der Geschlechterforschung in der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Medien als Mittler zur Welt. In: Marie-Luise Angerer/Johanna Dorer (Hrsg.): Gender und Medien. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Praxis der Massenkommunikation: Ein Textbuch zur Einführung. In: Wolfgang R. Langenbacher. Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Band 9. Braumüller Verlag. Wien

KÖPL, Regina (2008): Verschiebungen ñ Neuvermessungen ñ (Wieder)Entdeckungen. Feministische Diskurse zum Verhältnis von Öffentlichkeit/Privatheit als zentralen Kategorien politischer Kommunikation. In: Johanna Dorer/Brigitte Geiger/Regina Köpl (Hrsg.): Medien ñ Politik ñ Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 35-50

LENGAUER Günther/PALLAVER Günther (2008): Weibliche Repräsentanz und Media Frames. Politikerinnen in Österreichs Medien. In: Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte/Köpl, Regina (Hrsg.): Medien-Politik-Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 104-123

LENGAUER Günther/PALLAVER Günther/PIG Clemens (2004): Redaktionelle Politikvermittlung in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung. Band 29. WUV-Universitätsverlag. S149-236

LÜNENBORG, Margareth (2006): Genre. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 81-83

MARSCHALL, Stefan (2002): Aforum der Nation? ñ Die Volksvertretung, die Medien und die Publizität parlamentarischer Arenen. In: Schatz, Heribert/Rössler, P./Niemand J.-U. (Hrsg.) (2002): Politische Akteure in der Mediendemokratie. Politiker in den Fesseln der Medien? Teil 21. Auflage. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden. S. 147-162

MÖLLER, Ralph J. (1998): Die Rolle von Zwischenrufen im Parlament. Eine Untersuchung von Zwischenrufen in den Parlamentsdebatten des österreichischen Nationalrates. Diplomarbeit. Wien

PANTTI, Mervi (2008): Portraying Politics: Gender, Politik und Medien. In: Holtz-Bacha, Christina/Nina König-Reiling (Hrsg.): Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 16-47

PELINKA, Anton/ROSENBERGER, Sieglinde (2003): Österreichische Politik. Grundlagen - Strukturen - Trends. 2. Auflage. WUV. Wien

PERLOT, Flooh (1994): Alles wird neu und alles bleibt gleich ñ Politische Fernsehnachrichten in Österreich. In: Marie-Luise Angerer/Johanna Dorer (Hrsg.): Gender und Medien. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Praxis der Massenkommunikation: Ein Textbuch zur Einführung. Wolfgang R. Langenbacher. Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Band 9. Braumüller. Wien

PFETSCH, Barbara/BOSSERT, Regina (2006): Öffentliche Kommunikation. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 203

ROSENBERGER, Sieglinde K. (2006): Frauen- und Gleichstellungspolitik. In: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.). Politik in Österreich. Das Handbuch. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. Wien. S. 743-752

ROSSMANN, Eva (1995): Unter Männern. Frauen im Österreichischen Parlament. Folio Verlag. Wien. Bozen.

SON, Mi-Duk (2003): Parlamentarische Repräsentanz von Frauen: Ihr Zusammenhang zu Wahlsystemen, Bildungsniveau, Bildungsniveau und Erwerbstätigkeit der Frauen sowie die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Dissertation. Wien

SCHEFBECK, Günther (2006): Das Parlament. In: Dachs, Herbert u. a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien. S. 139-167

STEININGER, Barbara (2006): Frauen im Regierungssystem. In: Dachs, Herbert u. a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien. S. 247-276

STEININGER, Barbara (2000): Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation. In: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung. Band 22. Wien, S. 141-167

SCHEUFELE, Bertram (2006): Framing. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 75

SCHWEIGER, Wolfgang (2006): Selektivität. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 258

TRAXLER, Günter (2003): - Subjektivität. In: Juch, Monika/Lyon/Medien.Macht.Meinung. Zukunftswerkstätte (Hrsg. und Verleger) Wien. S. 19

VOWE, Gerhard (2006): Akteur. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 11

VOWE, Gerhard (2006): Politische Kommunikation. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 217

VOWE, Gerhard (2006): Medienmacht. In: Bentele, Günter/Hans-Bernd Brosius/Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 177-178

WALLISCH, Stefan (1995): Von der Demokratie zur Telekratie? Silvio Berlusconi und seine Medienparteió Forza Italia. Eine Analyse des Laborfalles Italien. Dissertation. Wien

WENDT, Tosca (2003): Körper Macht Geschlecht. Über die Rolle des körpersprachlichen Habitus bei der (RE-)Produktion sozialer Ungleichheit am Beispiel von Politiker/innen. Dissertation. Wien.

N.N. Æ doch wehe, sobald sie zu stimmen begehrenë ó, (1999) 80 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich. Ausstellungskatalog. Parlament. Wien.

9 Internetquellen

www.parlament.gv.at, Homepage des Österreichischen Parlaments

www.spoe.at, Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

www.oevp.at, Österreichische Volkspartei (ÖVP)

www.bzoe.at, Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)

www.fpo.e.at, Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

www.diegruenen.at, Die Grünen, Parlamentsfraktion

www.rtr.at, Rundfunk- & Telekom Regulierungs-GmbH

http://www.parlament.gv.at/PG/VHG/VHG NR/ANTRAG/A AE/AS/MP_36987/XXIII.shtml

Selbständige Anträge von Abgeordneten der XXIII. Gesetzgebungsperiode nach antragstellenden Abgeordneten. Mag^a. Rosa Lohfeyer. ~~A~~Erweiterung der Pflegefreistellung für Arbeitnehmer/innen auf die Begleitung ihres Kindes während eines Spitalaufenthaltes (769/A(E), 2.7.09

http://www.parlament.gv.at/PG/VHG/VHG NR/J JPR M/JMIN/AS/MP_01806/XXI.shtml,

Schriftliche Anfragen an die Bundesregierung bzw. deren Mitglieder der XXI. Gesetzgebungsperiode nach Anfragesteller. Emmerich Schwemlein ~~A~~Umfahrung Mittersill und Saalfelden (2594/J)ó, 2.7.09

http://www.parlament.gv.at/PG/VHG/VHG NR/ANTRAG/A AE/AS/MP_14847/XXII.shtml,

Selbständige Anträge von Abgeordneten der XXII. Gesetzgebungsperiode nach antragstellenden Abgeordneten. Erika Scharer "Offensiv-Konzept" für die "Pinzgau-Bahn" zu einer westbahneingebundenen, bevölkerungs-, wirtschafts- und tourismusorientierten Normalspurbahn zur Verbesserung der Verkehrsinfrastrukturó (703/A(E), 2.7.09

http://www.parlament.gv.at/NR/AUFGG/Aufgaben_Portal.shtml, Homepage des Österreichischen Parlaments. Nationalrat ñ Aufgaben und gesetzliche Grundlagen, 15.5.09

http://www.parlament.gv.at/NR/ZS/default_Portal.shtml, Das Österreichische Parlament, Zusammensetzung des Nationalrates XXIV., 20.5.09

<http://www.parlament.gv.at/WW/NR/STAT/FRAU/ENTW/entwfrauenanteil.shtml>, Das Österreichische Parlament, Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat, Stichtag: Beginn der jeweiligen Gesetzgebungsperiode, 21.3.09

<http://www.parlament.gv.at/WW/NR/STAT/FRAU/frauenanteil.shtml>, Das Österreichische Parlament, Frauenanteil XXIV. GP, 10.4.09

<http://www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx>, Das Bundeskanzleramt. Kanzler und Regierungen seit 1945, 1.7.09

http://www.parlament.gv.at/BV/Inhalt_Portal.shtml, Bundesversammlung ñ Aufgaben und gesetzliche Grundlagen, 3.7.09

http://www.parlament.gv.at/NR/PRAES/AUFGG/Aufgaben_Portal.shtml, Präsidium des Nationalrates ñ Aufgaben und gesetzliche Grundlagen. 15.4.09

http://www.frauen.spoe.at/www/page_33980.html, Frauenquote im Nationalrat, 30.6.09

<http://www.parlament.gv.at/PG/AUS/NR/AUSF/ausfunk.shtml>, Ausschussfunktionen aktueller Stand im Nationalrat, 26.6.09

<http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40019556>, Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramts, BG, §10 Abs. 4, ORF-G, 16/02 Rundfunk, 2.7.09

http://www.gruene.at/uploads/media/Redezeiten_05.pdf, Zusammensetzung des Nationalrates 2005. Redezeiten von Männern und Frauen im Plenum, 2005, 5.6.09

www.parlament.gv.at/PA/FRPA/show.psp?P_INF2=8, HP des Österreichischen Parlaments, Pallas Athene, die Männergleicheit, 3.4.09

www.parlament.gv.at/PA/FRPA/show.psp?P_INF2=14, HP des Österreichischen Parlaments, Karyatiden – Anmutige Trägerinnen schwerer Last, 3.4.09

www.parlament.gv.at/PA/POSW/DEMRECHT/show.psp?P_TEXT=1&P_MEHR=J, HP des Österreichischen Parlaments, Das Parlament im demokratischen Rechtsstaat, 20.5.09

www.parlament.gv.at/PA/PAHEUTE/BGG/show.psp?P_TEXT=1&P_MEHR=J, Der Weg der Bundesgesetzgebung, 5.6.09

www.parlament.gv.at/BE/PGEB/RING/show.psp?P_TEXT=6&P_MEHR=J, Ringstraßenansicht – Der Monumentalbrunnen mit dem Standbild der Pallas Athene, 5.4.09

www.parlament.gv.at/NR/PRAES/AUFGG/Aufgaben_Portal.shtml, Präsidium des Nationalrates – Aufgaben und gesetzliche Grundlagen, 15.4.09

www.parlament.gv.at/PA/PAHEUTE/PKLUB/show.psp, Die Parlamentarischen Klubs, Stand: Juni 09

<http://www.rtr.at/de/komp/DigiBericht2007>, Digitalisierungsbericht 2007 und erstes Halbjahr 2008

I. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Mandatsverteilung im österreichischen Parlament (XXIV. GP) ...	16
Tabelle 2:	Anzahl der Frauen im Nationalrat (XXIV. GP) ...	19
Tabelle 3:	Frauenanteile in der Parteiexekutive der ÖVP auf Bundesebene 1945-2005 ..	22
Tabelle 4:	Landes- und Bezirksparteiobfrauen und -männer der ÖVP (Stand 2004) ...	23
Tabelle 5:	Landes- und Bezirksparteivorsitzende der SPÖ (Stand 2004) ...	24
Tabelle 6:	Landes- und Bezirksparteiobfrauen und -männer der FPÖ (Stand 2004) ...	25
Tabelle 7:	Landes- und Bezirkssprecherinnen der GRÜNEN (Stand 2004) ...	26
Tabelle 8:	Frauenanteile in den Präsidien der Nationalratsklubs gesamt (XXIV. GP) ...	31
Tabelle 9:	Ausschüsse mit Frauenvorsitz (XXIV. GP) ...	34
Tabelle 10:	Auszug an Bereichssprecher/innen nach Themen ...	36
Tabelle 11:	Geschlechterspezifische Themenrepräsentanz in der ARB 10 (in %) ...	48
Tabelle 12:	Die dominierenden Hauptthemen (in %) - Detailanalyse ...	49
Tabelle 13:	Die dominierenden Hauptthemen der Hörfunk- und Fernsehnachrichtenbeiträge (in %) - Detailanalyse in Prozent ...	51
Tabelle 14:	Die dominierenden Hauptthemen der Print-Beiträge Detailanalyse (in %) ...	52
Tabelle 15:	Geschlecht der Hauptakteure in der österreichischen politischen Berichterstattung (in %) ...	53
Tabelle 16:	Geschlechterverhältnis in der politischen Berichterstattung (O-Ton) im Jahresverlauf ...	54
Tabelle 17:	Wortmeldungen während der TV-Übertragungszeit ...	56
Tabelle 18:	Frauenanteile in deutschsprachigen Nachrichten, (in %) - GMMP 2005 ...	57
Tabelle 19:	Frauenanteile in den Nachrichten weltweit, nach Medien (in %) - GMMP 1995, 2000, 2005 ...	58
Tabelle 20:	Redner/innen des Nationalrates absolut und (in %) ...	67

II. Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Die Entwicklung des Frauenanteils im Österreichischen Parlament
seit 1918-2008 .17
- Abb. 2: Frauenanteile in den Parlamentsklubs in Prozent (XXIV. GP) ...18
- Abb. 3: Zusammensetzung der Präsidien der Parlamentsklubs (XXIV. GP). 32
- Abb. 4: Anzahl an Redner/innen im Plenum während der ORF-Übertragungszeit 2005 .55

III. Anhang

Anhang 1: Entwicklung des Anteils an Nationalrätinnen im Nationalrat: 1919-2008

Gesetzgebungsperiode	Beginn	Anzahl	Frauen	Prozent
Provisorische Nationalversammlung	1918	208	0	0,00
Konstituierende Nationalversammlung	1919	159	8	5,03
I. GP	1920	175	9	5,14
II. GP	1923	165	8	4,85
II. GP	1927	165	6	3,64
IV. GP	1930	165	11	6,67
V. GP	1945	165	9	5,45
VI. GP	1949	165	9	5,45
VII. GP	1953	165	10	6,06
VIII. GP	1956	165	9	5,45
IX. GP	1959	165	10	6,06
X. GP	1962	165	10	6,06
XI. GP	1966	165	10	6,06
XII. GP	1970	165	8	4,85
XIII. GP	1971	183	11	6,01
XIV. GP	1975	183	14	7,65
XV. GP	1979	183	18	9,48
XVI. GP	1983	183	17	9,29
XVII. GP	1986	183	21	11,48
XVII. GP	1990	183	36	19,67
XIX. GP	1994	183	40	21,86
XX. GP	1996	183	47	25,68
XXI. GP	1999	183	49	26,78
XXII. GP	2002	183	62	33,88
XXIII. GP	2006	183	57	31,15
XXIV. GP	2008	183	51	27,87

Quelle: www.parlament.gv.at, Homepage des Österreichischen Parlaments, 27.6.09

Anhang 2: Frauenanteil im Österreichischen Nationalrat

Klub	Anzahl/Mandate	Davon Frauen	Prozent
SPÖ	57	21	36,84
ÖVP	51	12	23,53
FPÖ	34	6	17,65
BZÖ	21	2	9,52
GRÜNE	20	10	50,00

Quelle: www.parlament.gv.at, Homepage des Österreichischen Parlaments, Stand: Juni 09

Lebenslauf

PERSÖNLICHE DATEN

Name: Klima
 Vorname: Ulrike
 Familienstand: verheiratet, vier Kinder
 Telefon: 0664/3459056
 e-mail: ulrike.klima@parlinkom.gv.at

SCHULAUSBILDUNG

2004 1. Diplomprüfung Sozialwissenschaftliche Fakultät
 2002 Studium Publizistik u. Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
 Zweitfach: Politikwissenschaft
 1990-97 Studium der Ernährungswissenschaften an der Universität Wien
 1987-90 Aufbaulehrgang der HBLA (Höhere Bundeslehranstalt für Wirtschaftliche Berufe in Wien XIX.) mit Matura 1990
 1983-87 Fachschule der HBLA für Wirtschaftliche Berufe in Saalfelden
 1979-83 Hauptschule St. Johann/Pongau und Saalfelden
 1975-79 Volksschule St. Johann/Pongau

BERUFLICHE TÄTIGKEITEN

2008: Praktikum als Volontärin bei Fa. AD-Dress Werbeagentur
 Seit 2000 Parlamentarische Mitarbeiterin des Österreichischen Parlaments
 2000-2002: Parl. MA von Abg. z. NR Emmerich Schwemlein/Tourismussprecher
 2002-2006: Parl. MA von Abg. z. NR Erika Scharer
 2006-2007: Parl. MA von Abg. z. NR Anita Fleckl/Verkehrssprecherin
 Seit 2006 : Parl. MA von Abg. z. NR Mag^a. Rosa Lohfeyer

- 1995-01 Telaarbeiterin bei A-Z Direct Marketing Bertelsmann GmbH & CoKG
- 1993 Tutorin an der Universität Wien (Übungen zur Mikroskopie)
- 1988 Dreimonatiges Praktikum im Senioren- und Pflegewohnheim Saalfelden
- 1985-91 Verschiedene Praktika in unterschiedlichen gastronomischen Betrieben im Service und in der Küche

ZUSATZQUALIFIKATIONEN

- Seminar (2009): Berufsfeld Politik: Systemkompetenz ñ Instrumente ñ Entwicklung
Lehrgang für Politikmanagement (Jänner ñ November)
- Seminar (2001): Gestaltung von Homepages: ÄPräsent im Internetó
- Seminar (2000): ÄPressearbeit wirkungsvoll gestaltenó
- Kommissionelle Prüfung für Stenotopie und Schnellschrift
- Kommissionelle Prüfung in Haushaltsökonomie

FREMDSPRACHEN

- Englisch
- Französisch